Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

5. Mai 1980
Jg. 8 Nr. 19

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Nachrichtenwesen in Ländern der Dritten Welt wird stärker ausgebaut

z.ere. Auf Maßnahmen zur Stärkung der Nachrichten- und Kommunikationsmöglichkeiten haben sich in Paris die in der UNESCO zusammengeschlossenen UNO-Mitgliedsländer geeinigt. UNESCO-Generalsekretär M'Bow aus Senegal wurde beauftragt, einen Finanz- und Organisationsplan der nächsten Generalkonferenz der UNESCO vorzulegen. Die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt im Bereich Kultur, Wissenschaft und Bildung wurde zuletzt auf der sechsten Konferenz der Blockfreien bekräftigt, um „die Folgen der Kolonialherrschaft und auch die neuen Formen des Kolonialismus und der Abhängigkeit" zu beseitigen. Die Imperialisten weigerten sich auf der Pariser Konferenz, konkrete Angaben über die von ihnen geforderte Unterstützung zu machen.

Arabische, lateinamerikanische Nachrichtenagenturen kooperieren

Arabische, lateinamerikanische Nachrichtenagenturen kooperieren

z.gek. Die Leiter von 12 Nachrichtenagenturen aus arabischen und lateinamerikanischen Ländern haben auf einer Konferenz in Damaskus am 17. April beschlossen, ihre Agenturen „von der Kontrolle und dem Einfluß internationaler Presseagenturen zu befreien". Sie wollen dazu den Austausch von Nachrichten und Bildern intensivieren und sich gegenseitig ihre Einrichtungen zur Verfügung stellen. „Es ist notwendig, den Kampf der arabischen Nation und der lateinamerikanischen Völker gegen Kolonialismus, Imperialismus und Rückständigkeit zu unterstützen", heißt es in dem Schlußdokument. – Während des letzten OAU-Gipfels hat auch die Panafrikanische Nachrichtenagentur ihre Arbeit aufgenommen. Koordiniert werden alle diese Aktivitäten über die UNO und den Nachrichtenpool der Blockfreien.

Einheitliche OPEC-Preispolitik bei Naturgas

z.pel. Die Expertengruppe des OPEC-Preiskomitees für Gas hat am 21.4. eine einheitliche Empfehlung über eine gemeinsame Preispolitik bei Naturgas an die nächste OPEC-Ministerkonferenz beschlossen. 1000 Kubikfuß (30 m^3) sollen künftig zwischen 5 und 6 $ kosten, in der Folge werden die Gaspreiserhöhungen denen für Öl entsprechen. Die Mitglieder des OPEC-Komitees – Algerien, Abu Dhabi, Libyen, Iran, Indonesien und Qatar – halten 39% der Weltgasreserven. Bestätigt die Ministerkonferenz den Beschluß, so kann den Spaltungsbemühungen der imperialistischen Staaten wirkungsvoller begegnet werden. Gegenwärtig verweigern USA und Frankreich gegenüber Algerien, die SU gegenüber Iran die verlangten Preiserhöhungen, während an Kanada, Mexiko, Norwegen schon weitaus höhere Preise gezahlt werden.

UNCTAD beschließt Kontrolle imperialistischer Konzerne

z.elb. Auf einer Konferenz der UNCTAD, der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung, beschlossen 87 Länder eine Richtlinie, mit der die Beziehungen im Handel zwischen den imperialistischen Konzernen und den Ländern der Dritten Welt kontrolliert werden sollen. Seit vier Jahren forderten die Länder der Dritten Welt Maßnahmen gegen Preisabsprachen der imperialistischen Konzerne untereinander, gegen Absprachen über Auftragslieferungen und über die Aufteilung der Märkte. Mit dem Kompromiß, daß diese Richtlinie für die einzelnen Staaten nicht verbindlich ist, konnten die Länder der Dritten Welt den Beschluß gegenüber den Imperialisten durchsetzen. Bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen wird diese Richtlinie als nicht verpflichtender Beschluß eingebracht und verabschiedet werden.

Bewegte Vorzeichen für den „Wirtschaftsgipfel"

EG-Gipfel geplatzt / USA blockieren Währungskonferenz in Hamburg / Selbst die „Reallöhne" sinken fast überall

z.frb. Am 22. und 23. Juni soll in Venedig ein neuerlicher „Weltwirtschaftsgipfel" stattfinden. Zum sechsten Mal treffen sich die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der USA, Kanadas, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Westdeutschlands und Japans zu solcher Konferenz. Die Treffen waren eingeführt worden, nachdem die OPEC-Länder die Kolonialpreise für Erdöl im Reich der Erinnerungen geschickt hatten. Letztes Jahr war im Kommuniqué von „Neuen Herausforderungen" die Rede. Kernenergie und Steigerung der Kohleproduktion sei unverzichtbar, um der OPEC entgegenzutreten. Die Inflation erhalte wieder Auftrieb. Konstruktive Nord-Süd-Beziehungen seien wesentlich für eine „gesunde Weltwirtschaft". Inzwischen steht eine weltweite Wirtschaftskrise bevor und die politische Lage hat sich auch verändert.

Letzte Woche haben die fünf wirt-
tische Lage hat sich auch verändert.

Letzte Woche haben die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute ihr Frühjahrsgutachten vorgelegt, worin sie von der hohen Warte unbefleckter Forschung eine Senkung des „Steuerpakets" oder gleichzeitige Erhöhung der Mehrwertsteuer empfehlen. Auch auf die Lage der Weltwirtschaft gehen sie ein. In den USA stehe die Krise unmittelbar bevor. Die Industrieproduktion ist in den letzten Monaten bereits gesunken, wird festgestellt. Die Zahl der Beschäftigten nahm seit der Jahreswende nicht mehr zu, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Die Erhöhung der Stundenlöhne liege schon seit zwei Jahren deutlich unter der Inflationsrate. In Japan nahm die Industrieproduktion nach der Jahreswende wie zuvor rasch zu, befördert durch Neuinvestitionen der Kapitalisten und Steigerung des Exports. Eine Verringerung des Exports, auch wegen Einfuhrbeschränkungen der Konkurrenten, deutet sich aber bereits an. In Westeuropa hat sich die Produktion im Winterhalbjahr noch ausgeweitet, nur in Großbritannien hat ein Rückgang schon eingesetzt. Das reale Sozialprodukt soll sich noch um 1,5% erhöhen gegenüber 3,4% im Vorjahr. In fast allen Ländern blieben die Lohnerhöhungen schon jetzt hinter den Preissteigerungen zurück, und diese kommen erst richtig in Fahrt.

Auch so herum läßt sich die Zinstreiberpolitik der USA-Imperialisten sehen. Fast alle anderen Währungen sind unter Abwertungsdruck gekommen, und jene Länder mußten mit den Zinsen mitziehen, um den Abfluß von Geldkapital aufzuhalten. Die Bundesbank hat letzte Woche den Leitzins auf eine Höhe gesetzt, wie sie erst einmal erreicht war. Den USA kommen die hohen Zinsen richtig, sonst aber zu früh. Zirkulation und Akkumulation werden eingeschnürt, die Konkurrenten in die Krise geschickt, just bevor die USA-Imperialisten sich zu einem neuen Angriff gestärkt hoffen.

In Hamburg gingen soeben eine Reihe von Konferenzen des Internationalen Währungsfonds zu Ende. Ein lang gehegtes Projekt sollte das Licht der Welt erblicken: Das Substitutionskonto. Die Zentralbanken halten die meisten ihrer Währungsreserven in US-Dollar. Sie sollten einen Teil dieser Dollars umtauschen können in Sonderziehungsrechte, eine im Rahmen des

Dollars umtauschen können in Sonderziehungsrechte, eine im Rahmen des

Währungsfonds verwendete Währung, auf daß sie den dauernden Verlusten durch Kursschwankungen und Abwertung des Dollars entgehen könnten. Auch die US-Imperialisten konnten für den Plan gewonnen werden, denn auch sie hätten einen Vorteil daraus. Die eingezahlten Dollars würden nämlich an die US-Regierung verliehen, die sich damit ein nettes Sparschwein erschlossen hätte. Allerdings: welchen Zins muß die US-Regierung zahlen, welchen Zins erhalten die einlegenden Zentralbanken. Zweites Problem: Wie sollen die Einleger gegen Kursverluste des Dollar gesichert werden. Sinkt nämlich der Dollarkurs, so erhöht sich der Wert der Sonderziehungsrechte, der aus den Kursen von 16 Währungen errechnet ist. Läßt sich jetzt eine Zentralbank ihre in Sonderziehungsrechten gemessene Einlage in Dollar zurückzahlen, so erhielt sie mehr Dollar, als sie eingezahlt hat. Die Dollars auf dem Konto sind aber inzwischen nicht mehr geworden. So hatten sich die Imperialisten im IWF gedacht, das Gold des Fonds zur Ausgleichszahlung zu benutzen. Eine famose Idee. Doch die Entwicklungsländer hätten zugestimmt, wenn ihre Forderungen erfüllt worden wären. Sie wollen 45% statt 33% Anteile, jährliche Erhöhung leicht verfügbarer Kredite und weitere Zinsverbilligungen.

Der Plan ist geplatzt, wie man hört wegen der USA. Und die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt: „Aber Washingtons Wege sind auch in der Währungspolitik unerforschlich". Doch dann forscht die Zeitung doch. Es wird der „Stand der amerikanisch-europäischen Beziehungen vor dem Hintergrund der Krisen in Afghanistan und vor allem Iran" ins Feld geführt, „welcher der Konzessionsbereitschaft Präsident Carters und seiner Mannschaft nicht gerade zuträglich" sei.

Geplatzt ist auch der EG-Gipfel Montag letzter Woche. Über die Maßnahmen gegen Iran, die ihre Außenminister beschlossen hatten, waren sich die neun Regierungen einig, wenngleich sie Carter mittlerweile kräftig brüskiert hatte. Gescheitert ist die Konferenz an der Frage der EG-Finanzen. Schmidt sprach von einem Schlag für die EG. 1,25 Mrd. soll er Großbritannien geboten haben, obwohl er von seinem Ministerrat nur zu 600 Mio. DM ermächtigt war. Die britische Delegation lehnte ab. Eine Regelung für nur ein Jahr war ihr zuwenig. Frankreichs Präsident Giscard kommentierte vor der Presse mit Kraftausdrücken. Die Agrarpreisbeschlüsse (5% Anhebung war vorgeschlagen), die Beschlüsse zur Fischerei, über Schaffleisch liegen auf Eis. Darüber sollen nun die Minister weiter verhandeln. Der nächste Gipfel im Juni soll jedenfalls, so Schmidt, ganz der Vorbereitung des Siebener-Treffen dienen. Die nahende Krise heizt die Widersprüche an und schränkt den Spielraum der Imperialisten ein. Man kann annehmen, daß der letzte Wirtschaftsgipfel gegenüber dem kommenden eine vergleichsweise geruhsame Veranstaltung war.

Schweden: Mehr als 100 000 im Lohnstreik,

Schweden: Mehr als 100 000 im Lohnstreik, 800 000 sind ausgesperrt – Für 11,3% mehr Lohn



z.coi. Stockholm. Seit dem 2. Mai sind außer den 14000 Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst ca. 100000 Arbeiter in der Industrie sowie im Einzelhandel und im Hotel- und Gaststättengewerbe im Streik für höheren Lohn. Die Kapitalisten haben mit der gleichzeitigen Aussperrung von ca. 800000 Arbeitern (ca. ¼ der Lohnabhängigen) bis zum 11.5. geantwortet. Fast die gesamte Industrie ist lahmgelegt und der Warenverkehr mit dem Ausland ist bis auf Ausnahmen gestoppt. Durch den Streik im öffentlichen Dienst ist u.a. der gesamte Flugverkehr unterbrochen und der Zugverkehr erheblich gestört. Malmö, siehe *Bild*, war schon vorige Woche von jeglicher Fernzugverbindung abgeschnitten.

SU mobilisiert verbliebenen Anhang für Entspannungspropaganda

Fast ein Drittel der eingeladenen Parteien nicht auf europäischem Revisionistentreffen

z.gkr. Am 29. April ging die zweitägige Konferenz der revisionistischen Parteien Ost- und Westeuropas in Paris zu Ende. Nur 22 der 30 geladenen Parteien waren dem Ruf Moskaus, vorgetragen durch die polnischen und französischen Revisionisten, als Gastgeber gefolgt. Darunter die belgischen und die schweizer Revisionisten nur als Beobachter. Die Sozialimperialisten nutzten die Beschlüsse der NATO zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa, vor allem in der BRD, wie auch ihre Aggressivität im Nahen Osten, um hinter einem Neuaufguß ihres Entspannungsschwindels die „Bruderparteien" zu versammeln. Auf dieser Konferenz für „Frieden und Abrüstung" sollten sie auf den außenpolitischen Kurs der Sowjetunion festgelegt werden. Entsprechend war die Vorbereitung. Nicht über Beratung wurde das Abschlußdokument erstellt, sondern auf Geheiß der Sozialimperialisten zur unveränderten Annahme. Für diese Art Beratung mußten sich nicht die Generalsekretäre der Parteien treffen, so wurden alle Parteien durch führende ZK-Mitglieder vertreten.

Einige der geladenen Parteien waren nicht bereit, sich diesem Diktat zu beugen. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) und die italienischen und spanischen Revisionisten hatten schon frühzeitig ihre Teilnahme abgesagt, in der Woche vor der Konferenz auch Rumänien. Ebenfalls nicht vertreten waren Großbritannien, Niederlande, Schweden und San Marino. Das aber hatte Breschnew offensichtlich in Kauf genommen. Noch vor vier Jahren, als das letzte Mal eine entsprechende Revisionistenkonferenz in Ostberlin stattfand, war die Lage anders: Die Sozialimperialisten hatten gehofft, alle revisionistischen Parteien Europas unter ihrer Führung mit einem Programm zusammenfassen zu können. Demgegenüber gelang es den Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens, in den 1½jährigen vorbereitenden Beratungen, den Sozialimperialisten den Verzicht auf die Formel „Proletarischer Internationalismus", worunter sie die Vorherrschaft in den revisionistischen Parteien verstanden, abzutrotzen. Aber noch nahmen alle Parteien an der Konferenz teil.

Mit einem „Appell an die friedliebenden Kräfte Europas" soll das Friedensgesäusel der Sozialimperialisten weitergetragen werden, verabschiedet kurz nachdem sich die Sowjetunion für ihre Interventionspolitik in Afghanistan hatte applaudieren lassen. Die Forderung nach Annullierung des NATO-Beschlusses über die »Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa *oder seine effektive Aussetzung* ist berechnet auf die in der BRD geführte Auseinandersetzung um diesen Beschluß. Eine europäische Konferenz in Warschau über militärische Entspannung und Abrüstung, zu der alle „friedliebenden Kräfte" kommen sollen, Sozialisten, Sozialdemokraten, Christen, das ist auf die Parteien berechnet, die jetzt nicht teilgenommen hatten. Die rumänische KP z.B. hatte gerade mit der Begründung, das Treffen enge eine Aktionseinheit ein, abgesagt.

Allerdings, die Aggressivität der anderen Supermacht läßt die eigene Aggression nicht so leicht vergessen. Der Boden für die Spaltungsversuche der Sozialimperialisten bleibt gering. Selbst auf der Konferenz erntete die SU von Seiten der belgischen Beobachter Widerspruch.

8. Mai: Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Nazis



Gegen Reaktion und Faschismus, gegen US-Besatzung, gegen NATO und Warschauer Pakt, Austritt aus der NATO und Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages! Dazu führt der KBW zum 8. Mai Veranstaltungen durch.

z.sth. **Die erste Novelle des Energiespargesetzes gibt der Bundesregierung die Ermächtigungsgrundlage, eine verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung für alle Mieträume einzuführen.** Weiter kann sie begrenzte Anforderungen an den Wärmeschutz in bestehenden Gebäuden und an bestehenden heizungstechnischen Anlagen festlegen. Dieses Gesetz, verabschiedet in 2. und 3. Lesung am 24.4. im Bundestag, gilt für nichtpreisgebundene Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und gewerblich genutzte Räume mit mehreren Wirtschaftseinheiten. Das bisherige Gesetz galt nur für Neubauten und den sozialen Wohnungsbau. Durch die Änderung wird ein Großteil aller 24 Mio. Wohnungen erfaßt. Über die Hälfte aller Gebäude wird mit Heizöl beheizt. Dieser Heizölanteil am Gesamtheizölverbrauch liegt etwa bei 50%. Die Heizkosten sollen nicht wie bisher nach Wohnfläche berechnet werden, sondern durch Bezahlung der verbrauchten Menge an Heizöl, die durch Ablesen an installierten Geräten an den Heizkörpern festgestellt wird. Alle anfallenden Kosten können nach Auffassung der Bundesregierung auf die Mieten übertragen werden. Auf eine Kontrolle und Überwachung soll verzichtet werden, da der Verwaltungsaufwand nach Auffassung der Politiker doch erheblich wäre. Auf diese Art und Weise braucht das Heizöl nicht rationiert werden, sondern werden durch Erhöhung der Heizölpreise „Spareffekte" erzielt.

z.hev. **1979 ist die Zahl der meldepflichtigen Infektionskrankheiten um insgesamt 7% auf 98000 gestiegen, fast ausschließlich auf Grund der starken Zunahme von Salmonellenerkrankungen (23%).** Sie machen inzwischen beinahe die Hälfte der gemeldeten Infektionskrankheiten aus, und ihr Anstieg seit Beginn der 60er Jahre ist ungebro-

nahe die Hälfte der gemeldeten Infektionskrankheiten aus, und ihr Anstieg seit Beginn der 60er Jahre ist ungebro-chen. Die Salmonellen, die Durchfälle auslösen, infizieren den Menschen über Fleisch, Wurst, Milch, Eier, Geflügel, Fleischsalate und Muscheln. Die Tiere sind ein Reservoir für die Bakterien, ohne selbst krank zu sein. Beim Schlachten werden Fleisch und insbesondere das Geflügel verunreinigt. Ungenügende Kühlung, falsche Lagerung und unhygienischer Transport und Verkauf führen dann zur starken und krankmachenden Vermehrung der Salmonellen. Viehhaltung in großem Maßstab, eiweißreiches Futtermittel, häufig infiziertes Fischmehl, der Zusatz von Antibiotika zum Futter und mangelnde Hygiene in den Ställen halten das Salmonellenreservoir aufrecht. Schon kleine Fehler bei der Massenproduktion, der Lagerhaltung und dem Verkauf der Lebensmittel führen wegen der immer stärkeren Monopolisierung bei den Nahrungsmittelproduzenten, den Supermärkten und bei den Großküchen und Kantinen zu weiterer Verbreitung.

z.hev. **Auf dem Ärztetag in Berlin (13. – 17. Mai) wollen die Spitzenfunktionäre der Ärzteschaft einen Vorstoß zur Einführung einer „Selbstbeteiligung" der Versicherten an den Kosten der ambulanten Behandlung machen.** Vor 20 Jahren war ein solcher Versuch des damaligen Arbeits- und Sozialministers Blank (CDU) an den Gewerkschaften *und* der Ärzteschaft gescheitert. Jetzt wollen diese Funktionäre mit dem Vorschlag einer 30 Mark Selbstbeteiligung im Quartal – das deckt fast die Hälfte aller Behandlungsfälle – noch Minister Ehrenberg überholen, der ja immerhin schon die 20%ige Beteiligung an den Zahnersatzkosten und die Arzneikostengebühr eingeführt hat und die Negativliste vorbereitet. Kommen die Ärzteführer auf dem Ärztetag mit ihrem Vorschlag durch, dann werden es die Ärzte noch schwerer haben, sich gegen die Kostendämpfungsprogramme zur Wehr zu setzen: sie werden die gesamte Arbeiterbewegung gegen sich haben und die Regierung bekommt weiteren Spielraum, Sozialversicherte und Ärzte zu spalten und so die Kostendämpfung voranzutreiben.

z.mak. **Ab 1.3. wurde der Ortszuschlag für Alleinstehende mit Kindern und die jährlich bezahlte Dienstbefreiung für die Betreuung kranker Kinder für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst gekürzt.** Bisher erhielten auch Alleinstehende mit Kindern die Stufe 2 des Ortszuschlags, wenn sie „gesetzlich oder sittlich" zum Unterhalt dieser Kinder verpflichtet sind (§40 Abs. 2 Punkt 4., Bundesbesoldungsgesetz (BBesG); §29 Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) gilt entsprechend). Die Änderung dieser Paragraphen bedeutet für einen Teil der Beschäftigten eine Lohnsenkung. Es kriegen jetzt diejenigen Alleinstehenden mit Kindern, die monatlich Unterhaltszahlungen von mehr als 210 DM erhalten, nur noch Stufe 1 plus dem entsprechenden Kinderzuschlag. Das bedeutet z.B. für eine geschiedene Angestellte mit einem Kind, die nach BAT VIb bezahlt wird, und die von ihrem geschiedenen Mann monatlich 220 DM für das Kind bekommt, 109,49 DM Gehalt im Monat weniger. Des weiteren wurde der §52 BAT geändert. Konnten vorher „bei schwerer Erkrankung des Ehegatten oder eines Kindes ... wenn der Angestellte die nach ärztlicher Bescheinigung unerläßliche Pflege des Erkrankten deshalb selbst übernehmen muß ..., zweimal im Kalenderjahr bis zu vier Tagen Dienstbefreiung beantragt werden, so ist künftig nur noch eine bezahlte Dienstbefreiung von einmal 6 Tagen möglich. Für den 9. ordentlichen Gewerkschaftstag 1980 der ÖTV liegen zahlreiche Anträge vor, die die Rücknahme dieser Kürzungen fordern.

z.ebk. **796050 DM kassiert ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank 1978.** Ein Bankangestellter der Leistungsgruppe IV muß bei seinem Monatsgehalt von 1904 DM ganze 35 Jahre für dasselbe arbeiten. In ihrem Jahresbericht über die Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der westdeutschen Unternehmen stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" fest, daß die Vorstandsbezüge sich von 1968 bis 1978 verdoppelt haben. Noch wesentlich höher waren die Steigerungsraten der Pensionen für die ausgedienten Vorstandsmitglieder. Die Aufsichtsratstantiemen sind mit durchschnittlich 14400 DM im Jahr gleich geblieben. Zusammen strichen die Vorstände, Aufsichtsräte und pensionierten Vorstände 1978 den Betrag von 1,01 Mrd. DM ein, ein Viertel davon ging an die Pensionäre. Bundespräsident a.D. Scheel ist als Thyssen-Aufsichtsrat u.a. mit 20000 DM dabei.

dent a.D. Scheel ist als Thyssen-Aufsichtsrat u.a. mit 20000 DM dabei.

z.frb. **Um 7,8 Mrd. DM haben sich die Direktinvestitionen westdeutscher Kapitalisten im Ausland im Jahre 1979 erhöht.** So entnimmt man der dieser Tage veröffentlichten jüngsten Erfolgsbilanz des Wirtschaftsministers. Es ist der höchste Betrag seit Einführung der Statistik 1952. Bezogen auf die Neuinvestitionen im Inland sind es knapp 5%. Die Summe aller Übertragungen seit 1952 beläuft sich damit auf 66 Mrd. DM. Regional gliedern sich die Summen so: Europa 52%, Nordamerika 25%; Mittel- und Südamerika 13%; Afrika 4,9%; Asien 4,2%; Australien 0,6%. Nordamerika hat relativ gewonnen (1970 noch 16,4%), was Europa zurückblieb (1970 57%). Der Anteil der Entwicklungsländer ist in den letzten Jahren leicht gefallen auf 27,4%. Hier hat Asien gegen Afrika an Bedeutung gewonnen. – Auch die Bundesbank hat ihre Statistik zum Kapitalexport veröffentlicht. Sie erfaßt nicht die laufenden Übertragungen, sondern die bestehenden Anteile am Eigenkapital von Unternehmen. Danach übertrafen Ende 1977 die aus dem Ausland in der BRD angelegten Beträge den Gesamtbestand der unmittelbaren westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland um gut ein Drittel. Obwohl der Kapitalexport nach USA seit Jahren an der Spitze der Länderskala steht, macht der Bestand des US-Kapitals in der BRD immer noch das Vierfache des BRD-Kapitals in den USA aus. Fast ebenso, aber auf niedrigerem Niveau, ist das Verhältnis zu Großbritannien. 9351 westdeutsche Unternehmen im Ausland, in denen 1,2 Mio. Lohnabhängige ausgebeutet werden, zählt die Bundesbank. Ihr Umsatz erreichte 189 Mrd. DM, das waren zwei Drittel des Warenexports aus der BRD.

z.hku. **Das Bundesverfassungsgericht hat erneut festgestellt, daß es die „ehemaligen deutschen Ostgebiete" nicht als Ausland erkennt.** Es ging um die Zahlung von Rente an einen heute in Slask (Schlesien) Lebenden durch die Sozialversicherung der BRD. Die Rente war seit längerem festgestellt, nach dem Rentenabkommen mit Polen von 1976 müßte sie ausgezahlt werden. Das Bundessozialgericht hatte das Verlangen auf Zahlung abgewiesen, weil diese Gebiete weder Inland noch Ausland seien, also unter keine der bestehenden Regelungen fallen. Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Urteil bekräftigt. Es hat dabei erklärt, die Territorialfrage sei nicht allein entscheidend; die Sozialversicherungen konnten entscheiden, welche „Altlasten" sie nach dem Krieg übernahmen und welche nicht. Wegen der außergewöhnlichen Situation könne hier weder der „Gleichheitsgrundsatz" noch die „Eigentumsgarantie" angewendet werden. – Die polnische Presse hat das Urteil als „durch Gesetzgebung betriebene Aggression" verurteilt, da es ebenso wie das neue Umsatzsteuergesetz die Grenzfrage bewußt offen lasse.

Bürgerliche Parteien geben sich kinderfreundlich

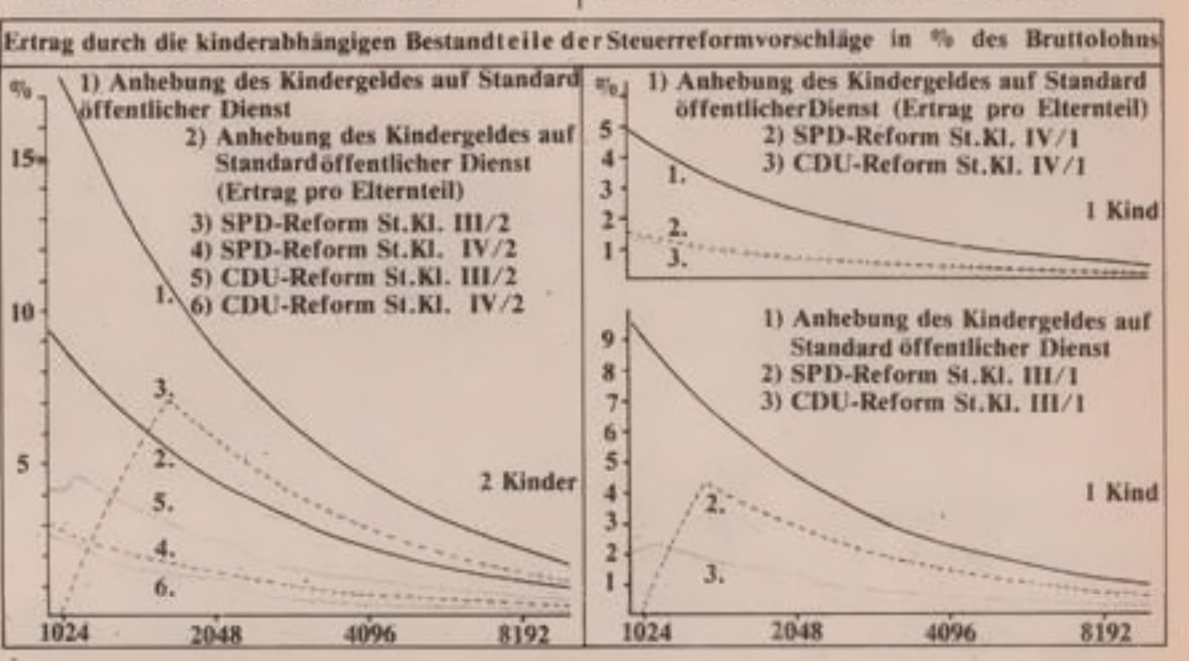
CDU: Mehr Kindergeld / SPD: Kindergrundfreibetrag / Offen, ob überhaupt was rauskommt

z.kar. Seit 1975 hat die Bundesregierung das Kindergeld für das 1. Kind nicht mehr erhöht, sondern bei 50 DM eingefroren. Für das 2. Kind wurde das Kindergeld 1977 und 1979 jeweils um 20 DM erhöht und beträgt heute 100 DM. Für das dritte und jede weitere Kind wurde das Kindergeld in denselben Jahren um 30 DM bzw. 50 DM auf jetzt 200 DM erhöht. Familien mit drei und mehr Kindern findet man auf der Einkommensskala in erster Linie bei Einkommen über und weit über dem Durchschnittslohn. Seitdem es der Kapitalistenklasse gelungen ist, den Preis der Arbeitskraft so weit zu drücken, daß der Lohn für die Aufzucht der Kinder nicht ausreicht, sondern diese Kosten als Kindergeld ausgezahlt werden, haben sie dies dafür genutzt, daß die unteren Einkommensklassen die Aufzucht der Kinder in den oberen Einkommensklassen mitfinanzieren müssen und selbst die Aufzucht der Kinder der Bourgeoisfamilien, seitdem die Einkommenshöchstgrenze für die Anspruchsberechtigung auf Kindergeld beseitigt ist. Das war der Grund für die Nichterhöhung des Kindergeldes für das 1. Kind, die kleinliche Erhöhung für das 2. Kind, aber die relativ starke Erhöhung für das 3. und jedes weitere Kind.

Im vergangenen Jahr, das die bürgerlichen Politiker zum „Jahr des Kindes" erkoren hatten, haben sie Steuerreformpläne, die kinder- und familienfreundlich sein sollten, vorgestellt, und die CDU/CSU hat auch eine Erhöhung des Kindergeldes ins Gespräch gebracht. Die SPD/FDP-Koalition will einen Kindergrundfreibetrag in Höhe von 1600 DM für jedes Kind in den Steuertarif einbauen. Sie hält das für besonders sozial, weil ein Grundfreibetrag für alle Einkommensklassen denselben absoluten DM-Ertrag erbringt, im Gegensatz zu einem allgemeinen Freibetrag, der mit wachsendem Einkommen wachsende Entlastung bringt. Einen solchen allgemeinen Freibetrag in Höhe von 300 DM für jedes Kind will aber die CDU/CSU einführen. Er kostet so gut wie nichts, weil die CDU/CSU gleichzeitig die Höchstgrenze bei der Vorsorgepauschale für Steuerpflichtige mit Kindern senken will. Das einzige, was eine geringe Entlastung bringt, ist die Erhöhung des Kindergeldes um 20 DM für das 1. und 2. Kind, wie es die Sozialausschüsse von CDU und CSU vorschlagen.

Das erste Ergebnis der Reformdebatte ist, daß 1980 weder die Steuer gesenkt noch das Kindergeld erhöht wird. Ob diese Reformpläne 1981 durchgeführt werden, machen die bürgerlichen Parteien inzwischen von der Entwicklung der internationalen Lage abhängig. Welchen Ertrag ihre Reformpläne erbringen, ist in den Schaubildern aufgetragen. Bereits 1969 hat die IG Chemie auf ihrem Gewerkschaftstag den Antrag beschlossen, das Kindergeld dem des öffentlichen Dienstes anzupassen. Nicht einmal das wird erreicht. Dabei machen die kinderabhängigen Bestandteile der Steuerreformvorschläge mehr als 50% des gesamten Ertrages aus. Und die bürgerlichen Parteien wollen ein und dieselbe Refom auch noch zweimal verkaufen, einmal als Steuerentlastung und zum anderen als Kindergelderhöhung.

Ertrag durch die kinderabhängigen Bestandteile der Steuerreformvorschläge in % des Bruttolohns



„Entwicklungshilfe" der Bundesregierung

„Entwicklungshilfe" der Bundesregierung

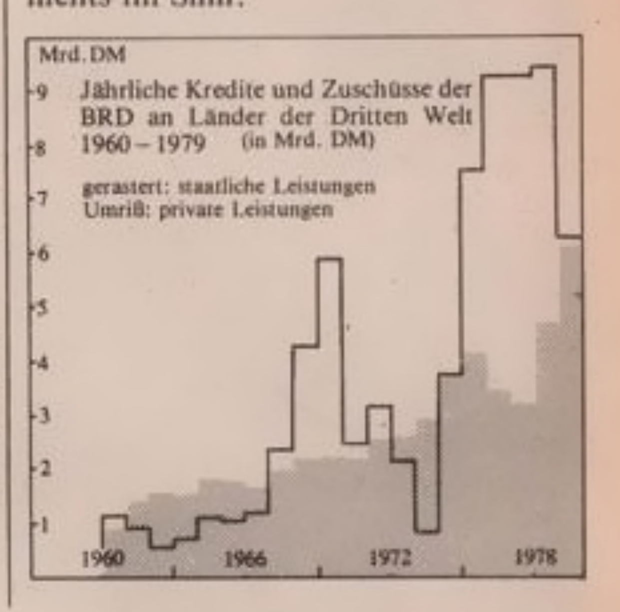
ebnet Kapitalexport den Weg

z.rua. Am 25.4. beriet der Bundestag den 3. und 4. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung. Einigkeit bestand bei allen Parteien, daß der Entwicklungshilfeetat weiter aufgestockt werden müsse; Streit gab es darum, wer die Adressaten sein sollen. Die CDU/CSU fordert, die Entwicklungshilfe schwerpunktmäßig auf die „dem Westen besonders verbundenen Staaten" zu konzentrieren, während SPD und FDP bei einem solchen Vorgehen fürchten, den Sozialimperialisten Terrain zu überlassen. Sie sind für die Forcierung der Entwicklungshilfe in den sogenannten unterentwickeltsten Ländern und „Schwellenländern" – Länder, in denen infolge Kapitalexports eine begrenzte Industrie besteht. Einig wiederum sind sich alle Parteien, daß nur *die* Länder der Dritten Welt Anspruch auf Entwicklungshilfe erheben können, die sich „ihrer Aufgaben und Pflichten" bewußt sind.

Diese „Aufgaben und Pflichten" bestehen in der profitabelsten Bereitstellung des Landes und seiner Arbeitskraft für die imperialistischen Konzerne. Mit dem Erstarken des BRD-Imperialismus auf dem Weltmarkt forcierte die Bundesregierung seit Beginn der 60er Jahre ihre Entwicklungshilfe. Diese ist generell projektgebunden und hauptsächlich auf den Ausbau der Transportwege und die Erschließung von Rohstoffquellen konzentriert. Fast alle zwischen der Bundesregierung und dem jeweiligen Land der Dritten Welt geschlossenen Verträge werden von westdeutschen Firmen ausgeführt. Seit 1960 wurden insgesamt 13000 Entwicklungshilfeprojekte durchgeführt; an die Länder der Dritten Welt wurden hierfür Kredite in Höhe von 36 Mrd. DM vergeben. Sie haben Laufzeiten zwischen 10 und 50 Jahren und Zinssätze zwischen 0,75 und 4,5%. 1979 strich die Bundesregierung 820 Mio. DM an Zinsen ein. Seit 1978 werden an „bestimmte Länder" der Dritten Welt auf Antrag und nach „eingehender Prüfung" nicht rückzahlbare Zuschüsse vergeben; die Bedingung, westdeutsches Kapital ins Land zu lassen, ist Voraussetzung. 44 Ländern der Dritten Welt hat die Bundesregierung mittlerweile Verträge zum Schutz westdeutscher Kapitalanlagen abgepreßt.

Die westdeutschen Direktinvestitionen in der Dritten Welt in der verarbeitenden Industrie wurden von 1972 bis 1978 auf 207% (12,235 Mrd. DM) erhöht. Die höchsten Steigerungsraten liegen in der Teilefertigung der Elektroindustrie (255%), der Metallindustrie (283%) und der Textilverarbeitung (270%). Insbesondere in den Krisen drängte das westdeutsche Kapital mit privater Kreditvergabe in die Dritte Welt, um sich weitere Anlagesphären zu erobern (s. Schaubild).

In den Jahren 1980 bis 1983 will die Bundesregierung den Entwicklungshilfehaushalt jährlich um 12,5% steigern. Bis 1990 soll die staatliche Entwicklungshilfe 0,7% des Bruttosozialproduktes ausmachen. Die Bundesregierung spielt sich damit als Freund der Dritten Welt auf, die diese Forderung in der UNO durchgesetzt hat. Mit der Erfüllung der Forderung nach *bedingungsloser* Entwicklungshilfe hat sie nichts im Sinn.



z.gkr. **Die Anzahl der Ganztagsschulen soll bis 1985 auf 15% aller Schulen ausgebaut werden, wie es die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans als Obergrenze vorsieht.** Das empfiehlt der Gesprächskreis Bildungsplanung. Bisher gibt es 800 Ganztagsschulen, etwa 3%, davon alleine 500 Sonderschulen. An erster Stelle wird als Grund für den notwendigen Ausbau genannt: Veränderte Lebenssituation, d.h. zunehmende Erwerbstätigkeit beider Eltern und schlechte Wohnverhältnisse. Nimmt man die Erwerbsquote von Frauen als Maßstab dafür, wie häufig beide Elternteile arbeiten bzw. alleinstehende Mütter arbeiten, so ergibt sich folgendes: Sie ist von 1974 auf 1978 von 41,8% auf 42,2% gestiegen bei Frauen mit einem Kind und leicht zurückgegangen bei Frauen mit zwei Kindern unter 15 Jahren. Bessere Verfügbarkeit über die Arbeitskraft der Frauen ist Ziel der Bourgeois. Dabei vergleichen sie den Stand mit den imperialistischen Konkurrenten. In Frankreich, Großbritannien und Italien gibt es fast ausschließlich Ganztagsschulen. Gleichzeitig bedeutet die „Verbindung von Unterricht und Freizeit" unter der Herrschaft des Staatsapparates nur Ausdehnung der Unterdrückung.

z.gih. **Die Kultusministerkonferenz hat am 17./18. April „eine Übereinstimmung (erzielt) über die Darstellung des Berufsgrundschuljahres und die Berücksichtigung des Berufsgrundbildungsjahres in den Ausbildungsverordnungen des Bundes** ... Der Bund hat zugestimmt, eine berufsfeldbreite Grundbildung in den Ausbildungsordnungen des Bundes entsprechend den Rahmenplänen der Länder sicherzustellen." Nachdem die Durchsetzung des Berufsbildungsjahres auf heftigen Widerstand gestoßen ist, wollen die Kultusminister einheitlich ihre Ziele durchsetzen: Abbau der Schulpflicht – Verkürzung der Ausbildungszeit. Grundwissen, theoretisch und praktisch, soll den Jugendlichen vermittelt werden, damit sie, dann, entledigt der Berufsschulpflicht, den Kapitalisten zur Ausbeutung zur Verfügung stehen. Die Anrechnungsverordnung legt für die einzelnen Lehrberufe eine Verkürzung der Ausbildungszeit von ½ bis 1 Jahr fest.

z.mak. **Auch ein Erfolg der SPD: Die Erwerbsquote für Jugendliche ist 1979 wieder gestiegen.** Dieses Ergebnis einer jährlichen Erhebung des Statistischen Bundesamtes läßt erkennen, daß die Bemühungen von seiten der Bundesregierung, die Berufsschulpflicht immer mehr zu durchlöchern, ihre Wirkung zeigen. Bewirbt sich ein Jugendlicher um einen Ausbildungsplatz, muß er oft als erstes dem Kapitalisten die Frage beantworten, ob er noch berufsschulpflichtig ist oder nicht. Hat, zum Teil als Reaktion auf die steigende Zahl der jugendlichen Arbeitslosen, die Bourgeoisie eine Zeitlang die schulische Ausbildung ausgedehnt – z.B. das 10. Pflichtschuljahr eingeführt, so macht sich jetzt eine gegenläufige Entwicklung bemerkbar.

Erwerbsquote der Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren (in %)

Jahr	männlich	weiblich
1973	58,8	56,3
1974	57,4	53,0
1975	57,2	50,6
1976	52,8	47,5
1977	50,9	45,2
1978	50,6	44,1
1979	51,9	46,2

Quelle: Ergebnis des Mikrozensus, in: Wirtschaft und Statistik 1974 bis 1980

z.ebk. **Der Bundesgerichtshof bestätigt in einem Urteil vom 23.4.80 gegen 4 Drucker des „Info berliner undogmatischer Gruppen" die Strafvorschrift des**

Gefahr bewaffneter Konflikte zwischen Iran und Irak

Warum kein gemeinsamer Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus?

z.ges. Die iranische Führung macht den Irak verantwortlich für die Besetzung der iranischen Botschaft in London, durch die die Freilassung von Iranern arabischer Nationalität in der Provinz Khusistan erzwungen werden soll. Die irakische Führung läßt keinen Zweifel, daß sie hinter Bombenattentaten im Irak die iranische Führung als Drahtzieher vermutet. Der Iran hat 32 Millionen Einwohner. Die übergroße Mehrzahl sind schiitischer Glaubensrichtung. Neben Iranern persischer Nationalität gibt es zahlreiche Minderheiten, darunter Kurden und Araber. Unter Berufung auf die Glaubensgemeinschaft versucht die iranische Führung den Staat zusammenzuhalten, ohne die Forderungen der nationalen Minderheiten zu erfüllen. Der Irak hat 13 Millionen Einwohner. Fast die Hälfte davon sind Schiiten, rund 80 Prozent sind Araber und etwa 15 Prozent sind Kurden. Der Irak wird durch die panarabische, laizistische sozialistische Baath-Partei geführt. Iran und Irak sind die beiden größten Staaten am Golf. Ihre Zusammenarbeit kann die Interventionsbemühungen der beiden Supermächte wie der anderen Imperialisten entscheidend erschweren, ihre Konflikte können diese Interventionen entscheidend erleichtern.

Panislamismus und Panarabismus werden von den unterdrückten Völkern im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus genutzt, sie können aber auch zu einem Instrument der Spaltung der unterdrückten Völker werden. Widersprüche, auf Grund deren diese Spaltung betrieben werden kann, gibt es genug.

In seiner Grußbotschaft zum iranischen neuen Jahr meinte der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini: „Das Bestreben der beiden Supermächte zielt auf die Vernichtung der unterdrückten Völker. Wir müssen alle Unterdrückten der Welt unterstützen. Wir müssen bestrebt sein, unsere Revolution in die Welt hinauszutragen. Wir müssen den Gedanken, unsere Revolution nicht zu exportieren, aufgeben, weil der Islam zwischen den einzelnen islamischen Ländern keinen Unterschied macht und alle unterdrückten Völker der Welt unterstützt." Der Irak fordert die Herausgabe dreier vom Schah den arabischen Scheichtümern abgeknüpften Inseln an die Araber. Er unterstützt den Kampf der arabischen Minderheit im Iran unter Berufung auf den arabischen Nationalismus. Er unterstützt auch den linken, laizistisch-sozialistischen Flügel der Kurden im Iran. Khomeini rief am Jahrestag der ‚Islamischen Revolution Iran' aus: „Wir werden unsere Revolution in die ganze Welt hinaustragen, denn unsere Revolution ist universal! Der Kampf wird solange anhalten, bis der Ruf *Es gibt keinen Gott außer Gott und Mohammed ist der Prophet* in der ganzen Welt erschallt." Der Gedanke, mit dem islamischen Revolutionsexport im Irak zu beginnen, ist naheliegend. Der Irak ist dazu übergegangen, Teile der schiitischen Geistlichen zu verfolgen und die Iraner im Irak zu vertreiben. Laut Radio Teheran meinte Ayatollah Montazeri nach einem Gespräch mit Ayatollah Khomeini: „Unsere beraubten irakischen Brüder kommen nun ständig zu uns und erklären, wir erwarten, daß Iman Khomeini die irakische Revolution in der Weise leitet, wie er die iranische Revolution zum Sieg geführt hat. Sie sagen, Iman Khomeini sei ein islamischer Führer und im Islam gebe es kein Problem der Geographie, Rasse oder Sprache. Der Imam habe geantwortet: Erwähnt das Wort Führung nicht in dem Zusammenhang. Das Problem der Führung gibt es nicht. Doch unsere Pflicht gegenüber dem Irak und allen Muslimen werden wir erfüllen. Zum Abschluß berichtete Ayatollah Montazeri dem Pars-Korrespondenten: Wie wir sehen, gibt es für den Islam Iran und Irak als solche nicht." So wird folgende Meldung des „Baghdad Observer" aus Teheran glaubhaft, wonach der iranische Armeeoberkommandierende nach einem Gespräch mit Khomeini und Bani Sadr gegenüber Reportern geäußert habe: „Der Irak sagt, daß die drei Inseln, nämlich Großtumb, Kleintumb und Abou Mousa, nicht iranisch seien. Der Irak weiß nicht, daß der Irak selber persisch ist." So kann islamischer Universalismus persischen Chauvinismus decken. Tatsächlich war der Irak mal Bestandteil des persischen Sassanidenreiches. Der irakische Panarabismus braucht um die Antwort auf den persischen Panislamismus nicht verlegen zu sein. Vor Studenten der Mustansiriya-Universität, an der es zu einem Bombenattentat gekommen war, meinte Saddam Hussein, Präsident des Irak und Führer der irakischen Baath-Partei: „Es ist nicht unsere Art zu drohen, aber wir sagen euch bei Gott, bei Gott und abermals bei Gott, sagen euch unter Berufung auf den Boden Mesopotamiens, daß das edle Blut, das auf dem Campus von Mustansiriya geflossen ist, nicht vergeblich geflossen sein soll. Den Feiglingen, die versuchen – denen sagen wir in eurem Namen, ihr Brüder, im Namen der Iraker und der Araber, wir sagen diesen Zwergen, die versuchen Quadisiyah zu rächen – wir sagen ihnen, daß der Geist von Quadisiyah, das Blut der Kämpfer von Quadisiyah und die Ehre, mit der sie die Botschaft auf den Bajonetten trugen, größer sind als ihre Bemühungen, und daß die Araber, die vor 1400 Jahren die Botschaft der Werten des Himmels auf Erden zuliebe trugen, daß sie besser in der Lage sein werden, den Geist der Botschaft 1400 Jahre später in diesem edlen Land um der Araber willen und um der Menschheit willen zu tragen." Versteckt sich persischer Chauvinismus unter dem Islam, so kann sich arabischer Chauvinismus nicht schlechter in den Islam hüllen. Bei Quadisiyah schlugen die arabischen Beduinenheere im Namen des Islam 636 die Truppen der persischen Sassanidenherrscher und drangen danach von irakischem Boden aus in den Iran vor und eroberten ihn für den Islam.

Der iranische Botschafter in Moskau hat auf seiner Pressekonferenz die UdSSR aufgefordert, dem Irak keine Waffen mehr zu liefern. Es gibt genug Widersprüche zwischen dem Irak und dem Iran, z.B. in der Erdölpolitik, wo der Irak dem Iran vorwirft, er würde durch seine Ölverkäufe am freien Markt die langfristige Politik der Preissicherung durch die OPEC gefährden. Aber all diese Widersprüche sind dem gemeinsamen Interesse an der Abwehr der Vorherrschaft der beiden Supermächte und der Einmischungsversuche der Imperialisten untergeordnet. Iran und Irak sind Mitglieder der Blockfreienbewegung. Diese hat einfache Prinzipien für den Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus. Es springt in die Augen, daß diese Prinzipien durch die Berufung auf Panislamismus und Panarabismus zwecks gegenseitiger Einmischung in die inneren Angelegenheiten untergraben werden. Die Zukunft der Völker kann sicher nicht in einer Vergangenheit gefunden werden, wo die Völker noch häufig gegeneinander und noch nicht, wie heute, in gemeinsamer Front gegen imperialistische Unterdrückung standen. Die Gegnerschaft zu den beiden Supermächten haben Iran und Irak gemeinsam, den Panislamismus oder Panarabismus nicht.



Ein solches Ende sollten imperialistische Abenteuer immer finden. Weitere Abenteuer hat die US-Regierung bereits angekündigt.



Vom 18.–24. April 1955 fand die Konferenz von Bandung statt, auf der die Grundprinzipien der Blockfreienbewegung verabschiedet wurden. Zu den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag wurde angesichts der führenden Rolle Chou Enlais in Bandung (*Bild*) auch eine Delegation der VR China eingeladen.

Presseorgane der Dritten Welt über Iran, Afghanistan und die Supermächte

z.gek. „*Kriegswolken über dem Golf.* – Kriegswolken ballen sich über dem Persischen Golf zusammen, wo sich die Supermächte offenbar auf eine Konfrontation einrichten, während Iran und Irak ihre verbalen Schlachten zu wirklichen Grenzgefechten gesteigert haben. US-Beamte haben auf verstärkte Bewegungen der sowjetischen Armee an der iranischen Grenze hingewiesen ... Die US-Flottenbewegungen sind ihrerseits als Signal an die Sowjetunion, den Iran und die arabischen Nationen der Region gedacht, daß die USA gewillt sind, auch Gewalt anzuwenden, um ihre vitalen Interessen zu verteidigen. Die US-Bemühungen werden von Australien und West-Deutschland unterstützt ... West-Deutschland wird Überwasserschiffe senden, um sich der US-Flotte anzuschließen ..."
(The Hindustan Times, Indien, 17.4.)

„*Die Sicherheit der Ölversorgung.* – Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß die Frage der Ölversorgung das Herzstück aller Krisen bildet, die jetzt den Weltfrieden bedrohen ... Es gibt Anzeichen, daß auch die Sowjetunion, die lange selbstversorgend war, jetzt daran geht, ihren Claim abzustecken und diese Forderung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln durchsetzen will. Für einige Beobachter zumindest ist die Frage heute schon nicht mehr, *ob* die Sowjets in diesem Sinne intervenieren werden, sondern nur noch, *wann* ... – Beiden Supermächten muß zu verstehen gegeben werden, daß ihre direkte Intervention in die Angelegenheit des Golfs, aus welchem Grund auch immer, niemals geduldet werden wird – daß es gerade solcher Interventionismus ist, nicht umgekehrt, der den Ölfluß bedroht. Dieser Punkt kann nur glaubwürdig gemacht werden, wenn eine wirksame Verteidigungspolitik konzipiert wird."
(Arab News, Saudi-Arabien, 24.4.)

„*Mißglückte Rettung.* – Das Fiasko des militärischen Rettungsversuchs der amerikanischen Geiseln in Teheran wird dem Ruf der US-Regierung und Präsident Carters schwer schaden ... Noch beunruhigender ist, daß die Sowjetunion immer mehr in diese Konfrontation hineingezogen wird, sich eifrig auf Irans Seite stellt und ihm für seinen Handel den Landweg anbietet. Die Sowjets sehen wohl, daß solche Hilfe für Iran geeignet sein könnte, die iranischen Gefühle gegen sie wegen der Invasion Afghanistans zu besänftigen. Irans Dankbarkeit zu gewinnen, könnte ihnen vielleicht den Zugang zum Öl verschaffen."
(Arab News, Saudi-Arabien, 26.4.)

„*Schlimme Anzeichen.* – Es ist leicht genug zu sagen, daß Afghanistan Rußlands Vietnam ist. Der Vergleich hinkt. Der wesentliche, entscheidende Unterschied ist, daß Rußland in einem Nachbarland kämpft, nicht tausende Meilen von zuhause. Die Bedeutung der sowjetischen Invasion ist, daß Moskau versucht, an die Stelle einer ‚besonderen Beziehung' eine zwischen Herr und Sklave zu setzen ... Abgesehen von der Sicherung seiner unmittelbaren Interessen wird Indien seine großen Interessen zu verfolgen haben: in Frieden und Freundschaft mit seinen Nachbarn zu leben und den Prozeß der Annäherung an China fortzusetzen. Die Ironie der Situation ist, daß die amerikanischen Gegenzüge gegen die sowjetische Invasion es für Indien viel schwerer machen, seine Interessen zu wahren."
(India today, 1.–15. Februar)

„*Sowjetischer Kreuzweg.* – (Der Artikel schildert zunächst ausführlich die Versuche des sowjetischen Vizeaußenministers Iljitschew, noch vor den Unabhängigkeitsfeiern nach Zimbabwe hineinzukommen, sowie dem sambischen Präsidenten Kaunda eine Reise in die VR China und die DVR Korea auszureden.) „Vorletzte Etappe einer Tournee, die immer mehr einem Kreuzweg ähnelt: Dar Es Salam, Tansania. Vor dem tansanischen Präsidenten Julius Nyerere verteidigt Iljitschew das sowjetische Dossier über Afghanistan. Der Präsident bemerkt mit großer Festigkeit, alles was diese Affäre Tansania bisher eingetragen habe, sei die Präsenz einer amerikanischen Armada im Indischen Ozean ..."
(Jeune Afrique, 30.4.)

„*Deng fordert Araber zur Einheit auf.* – Deng sagte Montag, daß wenn die 120 Millionen Araber sich wirklich zusammenschlössen, sie eine Kraft von großem Einfluß in der Welt sein würden. Lakhdar Brahimi, Leiter der Delegation der Nationalen Befreiungsfront Algeriens sagte, Algerien werde jede Anstrengung machen, um die feste Freundschaft zwischen Algerien und China zu festigen, die während langer und harter Kämpfe geschlossen worden sei."
(The Arab News, 23.4.)

§ 88a StGB. Gegen zahlreiche Proteste, vor allem aus der IG Druck und Papier, 1976 mit dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz erlassen, um „eine zunehmende Radikalisierung und eine wachsende Verwilderung der Methoden politischer Auseinandersetzung" zu bekämpfen, wurde die Vorschrift nach einer Antwort der Bundesregierung bisher in 111 Verfahren angewendet, die zu elf Anklagen und sechs Verurteilungen zu Freiheitsstrafen führten. Unter dem Druck der Forderung, das Gesetz ersatzlos zu streichen, manövriert die Regierungskoalition: Sie „erhebt gegen die Streichung der Vorschrift keine Bedenken"; denn in der Mehrzahl der Fälle ist „die Strafverfolgung zugleich wegen anderer Tatbestände eingeleitet worden".

z.bef. **Bei den Landtagswahlen im Saarland am 27. April erlitt die CDU hohe Verluste.** Die CDU erreichte 44,0%; sie verlor rund 42000 Stimmen bzw. 5,1%. 45,5% wählten die SPD; sie gewann rund 20000 Stimmen bzw. 3,6%. Die FDP erhielt 6,9% der Stimmen, 0,5% weniger als bei den letzten Landtagswahlen 1975. Die Grünen erhielten 2,9%, die CSWU (Christlich Soziale Wählerunion) 0,3%, die DKP 0,5% der Stimmen. Der KBW beteiligte sich an diesen Landtagswahlen noch nicht. Auf publizistischem Gebiet und im direkten Auftreten gegen die bürgerlichen Parteien hat der KBW die Landtagswahlen benutzt, um die Verbindung der Organisation mit der Arbeiterbewegung zu stärken und der Arbeiterbewegung zu nützen. Die größten prozentualen Verluste mußte die DKP hinnehmen. 1975 erreichte die DKP noch rund 6800 Stimmen, gegenüber rund 3700 Stimmen bei den diesjährigen Landtagswahlen. Das sind gegenüber 1975, 54% weniger Stimmen. Die DKP, Hebel des sowjetischen Sozialimperialismus, was sie ist, hat dafür die Quittung bekommen. Quittiert hat sie bekommen, daß die sowjetische Expansion und deren Militäraktionen gegen die Völker der Welt auf entschiedenen Widerstand der Volksmassen stoßen. Die Grünen haben auf Teilhabe im Landtag gehofft und waren merklich enttäuscht über den Ausgang. Manche negative Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise aufzuschlagen und dabei den revolutionären Charakter der Arbeiterklasse verachten, führt eben nicht weit.

z.rua. **Für die SPD sind die Grünen im Bundestagswahlkampf zu einem Risikofaktor geworden, der ihnen durchaus die erforderlichen Stimmen zum Wahlsieg abspenstig machen kann.** Sammlung der „Linken" hinter den Fahnen der SPD und unter dem Motto „Stoppt Strauß" ist den Sozialdemokraten dringlich. Vom 2. bis 5. Mai hat deshalb der „linke Flügel" der SPD zu einer „Theoriekonferenz" unter dem Motto „Ökologie und Sozialismus" nach Kassel geladen. Initiatoren dieser Konferenz waren der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Jansen, der Vorsitzende der SPD Hannover, von Oertzen, und die als „Steuerrebellen" publik gewordenen Bundestagsabgeordneten Coppik und Gansel. Zu den geladenen Gästen gehörten die aus der DDR emigrierten „Regimekritiker" Harich und der mit dem Gedanken an eine eigene Partei schwanger gehende Bahro; eingeladen wurden ferner Delegationen des KB Nord, des Sozialistischen Büros und der Vereinigten Deutschen Studentenschaften. Wenige Tage zuvor hatte sich Bahro auf einer Pressekonferenz in Wien gegen den „unsinnigen Klassenkampf" in der BRD und für „einen gemeinsamen Nenner innerhalb der Bewegung der Grünen" ausgesprochen. Es gelte, das Verbrauchswachstum bei Energie und Rohstoffen zu stoppen, um die Menschheit vor einer Katastrophe zu bewahren. Die Argumentation ist den Regierungssozialdemokraten recht. Dem Bruderkuß steht nichts im Weg.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

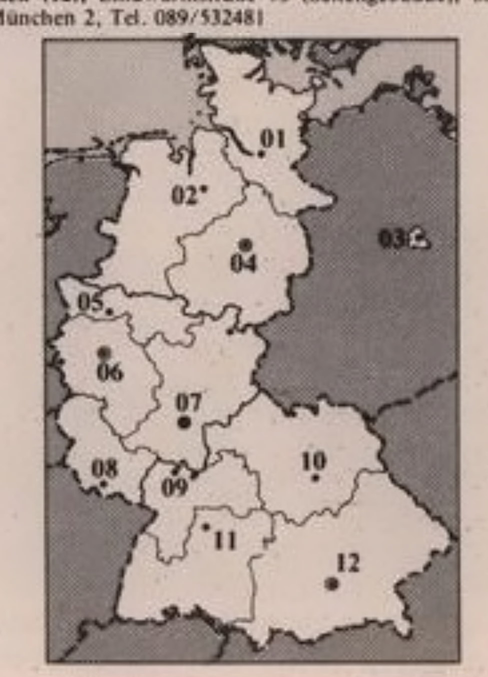
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

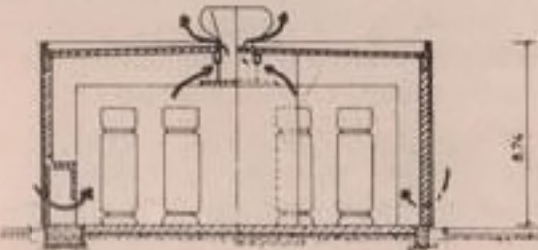
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481

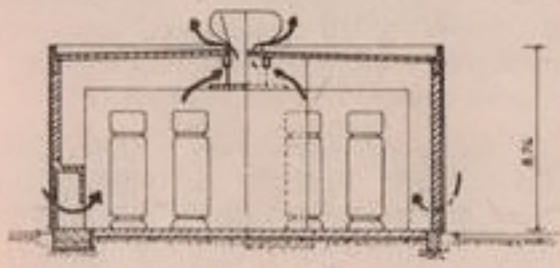


r.ham. **Der Vorstand des Kreisbauernverbandes Flensburg hat an Ertl ein Telegramm geschrieben:** „Der Vorstand ... verfolgt mit großer Sorge die Entwicklung der Preise und Kosten. Er stellt eine zunehmende Verschuldung und eine rapide Verschlechterung der Liquidität der Bauern fest. Er hat mit Verbitterung Kenntnis davon erhalten, daß einige zehntausend für Italien bestimmte Schweine aus Holland auf Bundesdeutsche Märkte umgeleitet werden. Er fordert Sie nachdrücklichst auf, diese Dinge unverzüglich durch geeignete Maßnahmen abzustellen.“ Seit Anfang März findet Preiseinbruch auf den Schlachtschweinemärkten statt. Damals stand die Notierung auf dem Hamburger Markt auf 2,94 DM/kg in der Klasse „fleischige Schweine“. Dann fiel der Preis um wöchentlich 6 bis 8 Pfg/kg. Das macht einen Mindererlös von 60 DM für ein schlachtreifes 100 kg Schwein! Alle Mäster können durch diese Preise höchstens die Futter- und Ferkelkosten abdecken, sie setzen also bares Geld auf jedes verkaufte Schwein zu. Das hat den Flensburger Beschluß veranlaßt. Aber er ist unzureichend, weil er Ertl offen läßt auf Italiens Bauern Druck auszuüben. Unter Druck muß Ertl. – Der Bauer Specht aus Blunk hat in einem Leserbrief ans Bauernblatt vorgeschlagen, daß die schweinehaltenden Bauern die Konkurrenz *untereinander* einschränken sollten durch „kooperatives Verhalten“.

r.rew. **Die Preußische Elektrizitäts AG will auf dem Gelände des Kernkraftwerks Würgassen ein sogenanntes Trockenlager bauen.** Das äußerst simple Konzept zeigt des Geldsacks Knauserigkeit, wo es nichts zu verwerten gibt: Abgebrannte Brennelemente werden in 40 Behältern zu je 16 in eine Halle mit gutem Durchzug gestellt (siehe Zeichnung). Die Behälter sind mit



ple Konzept zeigt des Geldsacks Knauserigkeit, wo es nichts zu verwerten gibt: Abgebrannte Brennelemente werden in 40 Behältern zu je 16 in eine Halle mit gutem Durchzug gestellt (siehe Zeichnung). Die Behälter sind mit



neutronenabsorbierenden Stoffen ausgekleidet und mit Helium zwecks Vermeidung von Oxidationen gefüllt, das Stück zu ca. 1 Mio. DM. Auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiative in Beverungen am 18.4. mit ca. 700 Teilnehmern wurden diese Pläne scharf angegriffen. Es wurde nachgewiesen, daß nicht geklärt ist, ob die Behälter einen Großbrand überstehen, oder einen Flugzeugabsturz. Zermürbungserscheinungen durch die starke Strahlenbelastung sind nicht auszuschließen. Würgassen befindet sich in einer Zone mit häufig auftretender Inversion, d. h. Zunahme der Lufttemperatur mit der Höhe in bestimmten Schichtungen (normal: Abnahme der Temperatur), was ein Weiteraufsteigen warmer Luftmassen vom Boden verhindert und zu Dunstbildung führt. Also Zurückhaltung radioaktiver Bestandteile der Abluft. Diese Klimabesonderheit hatte die Preußenelektra verschwiegen, sie erwartet aber eine Verdoppelung der Strahlenbelastung durch den Zusatzbau.

b.res. **Die Harburger SPD stimmt den Hafenerweiterungsplänen des Senats zu und der Vertreibung der Moorburger Bevölkerung.** Nachdem Senator Steinert am 2.4. auf einer Versammlung von über 450 Moorburgern den Widerstand gegen die Vertreibungspläne zu spüren bekommen hatte, wollte die Harburger SPD auf einer weiteren Versammlung sich ganz unvoreingenommen „nur die Meinung der Moorburger“ anhören. Einhellig bekräftigten diese ihre Forderungen. Wenn Moorburg überhaupt geräumt werden sollte, dann nur unter der Bedingung, daß das Dorf an anderer Stelle wieder neu aufgebaut wird, bei gleichen Grundstückspreisen und Mieten. Bei einer eventuellen Umsiedlung muß der Erhalt von Schule, Arzt und Lebensmittelversorgung gesichert sein. Zu diesen Forderungen äußerte sich die SPD Harburg nicht. In der Presse gab sie bekannt, daß sie der Räumung von Moorburg und Francop-Ost zustimme, wenn dann Schluß sei mit der Hafenerweiterung.

b.mav. **Mit einem Freispruch und einer Verurteilung wegen Unterschlagung zu 750 DM endete das Verfahren gegen zwei iranische Studenten in Kiel.** „Die Bundesregierung erwartet, daß die zuständigen Behörden der Länder Iraner, die in der Bundesrepublik Jagd auf mutmaßliche Spitzel des früheren persischen Geheimdienstes SAVAK machen, des Landes verweisen ... Es müsse unbedingt verhindert werden, betonte Bölling, daß die deutsche Rechtsordnung verletzt werde und die deutsch-iranischen Beziehungen sich verschlechtern“(KN vom 26.7.79), war seinerzeit die Begründung für die Hetzkampagne gegen iransche Studenten, für über 20 Inhaftierungen und die Einmischung in die politische Auseinandersetzung zwischen den Handlangern des Schah-Regimes und antiimperialistischen Kräften. Nachdem in der Verhandlung klar wurde, daß die Vorwürfe im wesentlichen auf Dichtungen der Polizei beruhten, versuchte Staatsanwalt Bauchrowitz die Anklage damit zu retten, daß er entlastende Aussagen iranischer Zeugen als erlogen hinstellte, diese hätten „Angst vor Repressalien“. Ganz so dreist und offen reaktionär wollte das Gericht nicht vorgehen, ließ den Vorwurf der räuberischen Erpressung fallen und verurteilte in einem Fall wegen „unrechtmäßiger Inpfandnahme von Gegenständen“ eines früheren SAVAK-Spitzels.

b.sis. **Große Anfrage der SPD an sich selbst über Verfassungsschutztätigkeit.** In der Bezirksversammlung Nord kompromittierte die SPD ihre Seantskollegen mit der Frage, ob tatsächlich Angaben über Anmelder von politischen Informationsständen usw. an den Verfassungsschutz weitergegeben würden. Knappe Antwort: natürlich hätten sich die Hamburger Behörden gegenseitg Rechts- und Amtshilfe zu leisten.



b.khg. **Hohe Geldstrafen beantragte Staatsanwalt Reumannn am vergangenen F-eitag im Prozeß gegen drei Hamburger Genossen.** Diesen wird vorgworfen, sich nicht damit abgefunden zu haben, daß die Polizei im Herbst 1977 versuchte, die Kundgebung des KBW gegen die Stationierung von US-Besatzertruppen in Garlstedt zu zerschlagen. Daß die vier als Zeugen geladenen Polizeibeamten alle völlig verschiedene Versionen von den Ereignissen schilderten, störte Reumann dabei wenig. „Im Kern“ seien die Aussagen übereinstimmend gewesen: Widerstand, Gefangenenbefreiung und Beleidigung. Für Richterin Bosse war das Plädoyer von Reumann dann doch etwas zu dürftig und wenig hilfreich für eine Verurteilung. Sie verschaffte sich selber noch reichlich Zeit zum Nachdenken, indem sie die Verkündung auf Dienstag verlegte.

b.wik.Husum. **Das Stadtverordnetenkollegium hat auf seiner Sitzung am 24. April einstimmig den Ausbau der Friedrichstraße beschlossen.** Diesem Beschluß war eine Anwohnerversammlung vorausgegangen, auf der die Anwohner sich dagegen ausgesprochen hatten, daß sie den Ausbau zum größten Teil selbst bezahlen sollen. Die Anwohner der Friedrichstraße bekämpfen ebenso wie die Bewohner der Fischersiedlung seit Jahren die Straßenbaupolitik der Stadt, die bis zu 75% der Ausbaukosten von den Anwohnern verlangt. Für alle Baumaßnahmen 1980 und 81 sind das insgesamt 8,33 Mio DM.

b.thf. **Beschlüsse der Hamburger Mediziner-Vollversammlung gegen Kriegsvorbereitung.** Mehr als 400 Studenten lehnten einen Antrag des MSB/SHB/JUSO-FSR ab, in dem zur Demonstration in Hannover in Sachen „Entspannung“ aufgerufen wurde. Stattdessen wurde verabschiedet: Auflösung von NATO und Warschauer Pakt. Auflösung aller Militärstützpunkte auf fremden Territorien. Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen. Abzug der sowjetischen Besatzer aus Afghanistan. Der neue FSR, ebenfalls MSB/SHB/JUSOs, mußte die Forderung nach Anbindung des BAFöG an den Durchschnittslohn in sein Programm aufnehmen. Der vds-Vorstand wurde aufgefordert, im Zusammenhang mit der Großkundgebung eine Demonstration durchzuführen. Letzteres forderte auch der FSR Mathematik.

Bundesmanteltarif für Monteure seit drei Jahren offen

r.rok. Nachdem etwa 4500 Monteure auf 700 Baustellen dem Streikaufruf der IG Metall zur Durchsetzung ihrer Forderungen zum Bundesmontagetarifvertrag (BMTV) folgten, kam nach 3 Jahren Bewegung in die 22. und 23. Verhandlung, berichtet die IG Metall.

Im BMTV werden die Bedingungen, zu denen die Montagearbeiter den Kapitalisten ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, geregelt. Der Lohn eines Montagearbeiters setzt sich aus dem tariflichen Grundlohn, der Leistungszulage und der im BMTV mit derzeit 12% vom Grundlohn berechneten Montagezulage sowie der Auslösung zusammen.

Der „Montagezuschlag ist zu zahlen, weil anerkannt wird, daß der Montagestammarbeiter wegen seiner Entsendung häufig wechselnde Arbeitsbedingungen an den Montagestellen vorfindet, daß von ihm im allgemeinen eine höhere Verantwortung gefordert wird und daß er oft unter schwierigeren Umweltbedingungen arbeiten muß als ein vergleichbarer Betriebsarbeiter“, sagte der bisherige BMTV aus. Die Kapitalisten wollen diese Zulage streichen und lehnen eine Erhöhung auf 15% und deren Bezahlung auch an Angestellte ab. Ebenso sollen die Montagezeitarbeiter, die oft nur für bestimmte Baustellen eingestellt werden, den Zuschlag von 15% zum Tariflohn erhalten. Angeblich haben sich die Bedingungen bei Arbeiten z.B. auf Neubauten, wo oft unter Kälte und Zugluft gearbeitet, oder im Freileitungsbau, wo man immer den Witterungsverhältnissen ausgesetzt ist, denen eines Fabrikarbeiters angeglichen. Im Fernmeldebau, beim Installieren von Nebenstellen-, Feuermeldeanlagen u.ä. muß man z.B. mit Rücksicht auf laufende Maschinen in der Produktion beim auftraggebenden Kapitalisten arbeiten. Die Aufenthaltsmöglichkeiten für Pausen bestehen meistens nicht, oder müssen sich mit den Montagematerial geteilt werden.

Mit der „Auslösung“ sollen die Mehraufwendungen bei Fernmontage für Verpflegung und Übernachtung abgegolten werden. Sie beträgt zur Zeit 39,50 DM, während der ersten 7 Wochen bei einer Entfernung bis 150 km und über 3,5 Std. Hin- und Rückfahrzeit. Die bisherige Kürzung der Fernauslösung nach 7 Wochen soll entfallen. Auch soll die Fernauslösung schon bei einer Fahrzeit über 3 Std. bezahlt werden. Die Kapitalisten verlangen frech, daß die Kürzung der Fernauslösung schon nach zwei Wochen und Bezahlung ab einer Entfernung von 200 km vorzunehmen ist. Bei Nahmontagen wird mit der Auslösung der Mehraufwand, die An- und Abreisezeit zur Montagestelle abgegolten. Die Zeitzonen (Hin- plus Rückf.) in Prozent der Fernauslösung bezahlt, sehen zur Zeit wie in der Tabelle aus:

Zone	Stunden	%	DM
1	bis 1	15	5,90
2	bis 1½	30	11,90
3	bis 2	40	15,80
4	bis 2½	50	19,80
5	bis 3	60	23,70
6	bis 3½	70	27,70

Man sieht, daß nach der bisherigen Regelung die Monteure unterbezahlte Arbeitszeit aufwenden, um den Kapitalisten 8 Std. täglich zur Ausbeutung zur Verfügung zu stehen. Um sich ein Mittagessen zu leisten, reichen die davon steuerfreien 5 DM auch nicht aus. Dagegen wird die Bezahlung der Fahrzeit außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit mit dem tariflichen Grundlohn (z.B. LG 7 = 9,30 DM) gefordert.

Um nicht allzuviel Zeit zusätzlich für den Kapitalisten aufzuwenden, benutzen die meisten Arbeiter in der Nahmontage bei T+N ihren Privat-PKW im Zusammenhang mit einem km/ Geld-Abkommen. Obwohl die T+N-Kapitalisten schon ein Kilometergeld von 0,36 DM zahlen, wie es auch zum BMTV gefordert wird, liegen die Vorteile weiter auf ihrer Seite. Obwohl die Kapitalisten nach den Streiks zu einigen Kompromissen bereit scheinen, versuchen sie es auf der anderen Seite mit Erpressung. Zur Durchsetzung der gesamten Forderung ruft die IGM zu weiteren Kampfmaßnahmen auf.

Töpfer-Konzern beherrscht den Futtermittelmarkt
Monopolprofite zu Lasten der Bauern und der Dritten Welt

r.mee. 20% des Getreideimports der BRD tätigte der Konzern Alfred C. Toepfer, Hamburg, schon 1969. Vom Aufkauf der Rohstoffe von den Ländern der 3. Welt bis zum direkten Verkauf von Agrarprodukten an die Bauern Westdeutschlands beherrscht der Konzern alle Stufen des Handels, des Transports mit eigenen Schiffen und

lich niedriger als der notierte Weltmarktpreis, der von Toepfer herausgegeben wird. Jedenfalls ist Toepfers Handelsspanne nicht gering und schwankt. 1977 betrug sie 5,09 DM je dt. 1978, wo der Tapioka-Weltmarktpreis immens gedrückt worden ist, betrug sie 17,79 DM/dt. Durch das Monopol kann Toepfer 1978 einen niedri-

Das hat 1978, als das Tapioka billig war, dazu geführt, daß die Futtermittelkapitalisten, um ihre Sollstärkezahl zu erfüllen, unverhältnismäßig viel Tapioka ins Futter gemischt haben. So viel, daß die Gesamtqualität des Futters rapide sank und schlechte Auswirkungen auf Gesundheit und Mastleistung vor allem der Schweine hatte.

Töpfer-Konzern beherrscht den Futtermittelmarkt
Monopolprofite zu Lasten der Bauern und der Dritten Welt

r.mee. 20% des Getreideimports der BRD tätigte der Konzern Alfred C. Toepfer, Hamburg, schon 1969. Vom Aufkauf der Rohstoffe von den Ländern der 3. Welt bis zum direkten Verkauf von Agrarprodukten an die Bauern Westdeutschlands beherrscht der Konzern alle Stufen des Handels, des Transports mit eigenen Schiffen und

der Weiterverarbeitung selbst und entwickelte sich bis 1973 zum größten europäischen Agrarhandelsunternehmen, welches systematisch in den Ländern der 3. Welt wie Indonesien und Brasilien Außenhandelsgesellschaften ausbaut. Der Zusammenschluß mit fünf europäischen und amerikanischen Genossenschaften und Raiffeisen in einer Gesellschaft Alfred C. Toepfer International im Dezember 1979 soll über das Vertriebs- und Produktionswesen von Raiffeisen, des früheren Konkurrenten, den Ausbau des Monopols sichern.

Im Innern verfügt der Toepfer-Konzern neben den genossenschaftlichen Verpflechtungen über die Club-Kraftfutterwerke und Sieck, Rendsburg, die Rohstoffe wie Kokos- und Palmkernexpeller, Baumwollsaatkuchen, Tapioka usw. zu Rindviehkraftfutter verarbeiten. Aus Südostasien bezieht Toepfer Tapioka, hauptsächlich aus Thailand. Die Tapiokawurzel ist sehr stärkereich und eiweißarm.

In der Tabelle haben wir das Tapioka preislich verfolgt. Der an Thailand gezahlte Preis liegt vermutlich wesent-

lich niedriger als der notierte Weltmarktpreis, der von Toepfer herausgegeben wird. Jedenfalls ist Toepfers Handelsspanne nicht gering und schwankt. 1977 betrug sie 5,09 DM je dt. 1978, wo der Tapioka-Weltmarktpreis immens gedrückt worden ist, betrug sie 17,79 DM/dt. Durch das Monopol kann Toepfer 1978 einen niedri-

gen Preis gegenüber Thailands Bauern durchsetzen als auch einen hohen Preis gegenüber den deutschen Bauern. Der deutsche Bauer muß zusätzlich den Landhandel einschalten, bis er sein Futtermittel, fast doppelt so teuer wie der Weltmarktpreis, auf dem Hof hat.

Preise für Tapiokapellets in DM/dt jeweils Monat April

	1980	1979	1978	1977	1976
Weltmarktpreis	27,18	31,58	18,46	26,16	–
Großhan.-preis HH	36,00	36,50	36,25	31,25	36,25
Preis frei Hof (Mitte Schles-H.)	41,50	42,60	42,40	36,90	42,40

Die meisten Bauern mischen die einzelnen Komponenten nicht selbst, sondern kaufen Fertigfutter. Seit die SPD 1976 das Futtermittelgesetz geändert hat, brauchen die Futtermittelkapitalisten nicht mehr die Komponenten eines Futters zu deklarieren, sondern nur noch die Stärkeeinheiten und Proteine.

Das hat 1978, als das Tapioka billig war, dazu geführt, daß die Futtermittelkapitalisten, um ihre Sollstärkezahl zu erfüllen, unverhältnismäßig viel Tapioka ins Futter gemischt haben. So viel, daß die Gesamtqualität des Futters rapide sank und schlechte Auswirkungen auf Gesundheit und Mastleistung vor allem der Schweine hatte.



Das häufige Wechseln der Futtermischungen entsprechend den Weltmarktpreisen einzelner Futterrohstoffe soll die Länder der 3. Welt unter Druck setzen und bringt dem deutschen Bauern einseitiges und oft schlechtes Futter.

b.jok. **Im Rahmen der Hamburger Polizeireform wird in Harburg eine neue Großwache an der Knoopstraße gebaut.** 1982 soll sie fertig werden. 84 Polizisten sollen von hier aus zu den Einsätzen kommandiert werden, was eine Konzentration sämtlicher Polizeikräfte im Harburger Kerngebiet bedeutet. Die drei Wachen, die es gegenwärtig gibt, werden dann vollständig aufgelöst; das ist zumindest die Senatsabsicht. Bei der offiziellen Grundsteinlegung am 9.4.80 erklärte Polizeisenator Staak: „Mit der Einrichtung dieses Polizeireviers schaffen wir die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Konzentration der Polizeikräfte und Einsatzmittel im Harburger Bereich. Durch funktionsgerechte Arbeitsplätze sowie rationelle Arbeitsmethoden und -abläufe und die verstärkte Verwendung von einsatztechnischen Hilfsmitteln wird für das Zentrum Harburgs die polizeiliche Betreuung intensiviert und effektiver gestaltet.“ Bessere und einheitlich kommandierte Kontrolle des Volkes ist die eine Seite, Ausweitung der Schichtarbeit für die einfachen Polizisten die andere. Am 1. Mai haben Polizisten der GdP vor der Saalveranstaltung des DGB ein Transparent aufgespannt gegen Nachtarbeit und die lächerliche Nachtzulage von 75Pf/Stunde. Auf Flugblättern forderten sie die Einschränkung von Nacht- und Wechselschichtarbeit.

b.jöf. **SPD für „Steuergerechtigkeit“, d.h. bei ihr vermehrte Steuerausplünderung auch der kleineren Bauern.** Die Pläne der Bundesregierung, das Einkommen der großen Mehrheit der nicht buchführungspflichtigen Landwirte (in S-H 24000 von 31000) nicht mehr nach Durchschnittssätzen zu besteuern, sondern durch die Ausweitung der Buchführungspflicht vermehrt abzukassieren, wurden von der CDU/CSU-Bundesratsmehrheit vorerst gestoppt. Die Kieler SPD-Landtagsfraktion zetert, das sei ungerecht „gegenüber den Arbeitnehmern“ (warum sollen nur diese ausgeplündert werden?) und fordert Stoltenberg auf, ihren Plänen zuzustimmen.

b.ale. **Großrazzia auf Disco in Immenstedt.** 28 Polizisten und 2 Sozialarbeiter vom Jugendamt führten an einem der letzten Sonnabende eine Großrazzia auf eine Disco in einem Landgasthof in Immenstedt, Nordfriesland, durch. Vorher war die Lage durch 2 Polizeispitzel ausgekundschaftet worden. Auf der Suche nach Jugendlichen drang die Polizei auch in die Privatwohnung des Wirtes ein und holte 10 Jugendliche heraus. „34 Jugendliche gingen der Polizei ins Netz“, läßt Einsatzleiter Hans Peter Johannsen seinen großartigen Erfolg melden. Die 34 wurden nach Husum auf die Polizeistation gebracht und die Eltern telefonisch aufgefordert, ihre Kinder dort abzuholen – um Mitternacht! Wen wundert es, daß die Eltern angesichts dieser Frechheiten nicht begeistert waren? Den Sozialarbeiter Hermann Lappe offensichtlich, der wahrscheinlich nicht am Sonntag früh um 5 zum Melken aufstehen muß: In den Husumer Nachrichten läßt er schreiben: „Gebügelt“ war Hermann Lappe am Abend der Razzia angesichts der Gleichgültigkeit, die die Eltern der 34 Jugendlichen an den Tag legten.“ Um den frechen Polizeiüberfall auf die Jugendlichen zu rechtfertigen, bekommt der Wirt eine Anzeige wegen Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz, die Eltern eine schriftliche Aufforderung vom Jugendamt, künftig ihren Pflichten nachzukommen. Vom Bau eines Jugendzentrums im ländlichen Gebiet ist nicht die Rede: Nackte Unterdrückung der Jugendlichen und ihrer Eltern entpuppt sich so als der Zweck der Razzia.

r.scm. **Einen Sonderbeauftragten für den Schülertransport will der niedersächsische Kultusminister Remmers einsetzen.** Er wolle mit dieser Einrich-



Die Beschäftigten im privaten Verkehrsgewerbe stehen im Lohnkampf. Ihrer Forderung nach 1,85 DM/Stunde Vorweganhebung plus 8,5% wurde am 1. Mai vielerorts Nachdruck verliehen gegen die Hetze der Speditionskapitalisten, die z.B. mit Streckenstillegungen drohen, wie Kapitalist Weihrauch in den Northeimer Neuesten Nachrichten. Bild: 1. Mai-Kundgebung in Hannover.

Wirtschaftsminister Westphal fordert weitere Steuergelder für Werften und Reeder

r.mes. Auf mehreren Tagungen von Kapitalistenverbänden der Reedereien und der Schiffbauindustrie setzte sich in letzter Zeit der schleswig-holsteinische Minister Westphal für den Ausbau des Hilfsprogramms für die deutschen Reeder und die Werftindustrie ein. ,,Mir ist völlig unverständlich, daß auf der einen Seite nach wie vor steuerliche Erleichterungen in der Größenordnung von 17 Mrd. DM vor den Bundestagswahlen versprochen werden und auf der anderen Seite die lebens-
ordnung von 17 Mrd. DM vor den Bundestagswahlen versprochen werden und auf der anderen Seite die lebens-
wichtigen Belange der Küstenwirtschaft verstärkt vernachlässigt werden.“ Eine Versorgung der BRD sei nur zu gewährleisten, wenn sie auch über eine eigene starke Handelsflotte verfüge.

Gegenwärtig hat die BRD zwar 12% Anteil am Export des Welthandelsvolumens, aber nur 2,5% an der Welthandelstonnage. Dabei geht es dem Herrn Minister keineswegs darum, die Ausflaggung in die Länder mit offenem Schiffsregister zu verhindern, die ein Unterlaufen vor allem der erkämpften Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeutet. Allein ein Drittel der Schiffe deutscher Reeder laufen nicht unter deutscher Flagge. Es geht darum, aus Steuergeldern die Konkurrenzschlacht auf dem Seetransport zu unterstützen. Dazu übernimmt bereits jetzt die Regierung die Kosten für die Entwicklung des ,,Schiffs der Zukunft“, das durch die rationelle Konstruktion billig herzustellen ist und vor allem eine bessere Ausbeutung der Mannschaften ermöglichen soll.
allem eine bessere Ausbeutung der Mannschaften ermöglichen soll.

Auf der anderen Seite fordert der Minister einen größeren Anteil an den der Arbeiterklasse über die Steuern geraubten Geldern für die Werften. Das Werfthilfeprogramm soll fortgeschrieben werden, damit noch besser als bisher auf den Werften die Rationalisierung vorangetrieben werden kann. So wurden schon aus dem jetzigen Programm bei HDW eine Zusammenfassung der Ausrüstungskais, der Rohrschlosserei, ein Zentrallager und ein Bürogebäude finanziert, die eine verbesserte Auspressung der Arbeiter und damit Konkurrenzvorteile ermöglichen.

Anteile an der Welthandelsflotte 1979

Land	Anzahl Schiffe	Mio. BRT	Mio. TDW
Liberia	2466	81,528 (+ 1,337)	160,038
Japan	9981	39,993 (+ 0,811)	66,315
Griechenland	3827	37,353 (+ 3,397)	63,310
Großbritannien	3211	27,951 (− 2,945)	45,080
UdSSR	8120	22,900 (+ 0,638)	25,293
Norwegen	2531	22,349 (− 3,779)	39,451
Panama	3803	22,324 (+ 1,575)	35,927
USA	5088	17,542 (+ 1,355)	26,259
Frankreich	1247	11,946 (− 0,252)	20,825
Italien	1711	11,695 (+ 0,203)	19,130
BRD	1926	8,563 (− 1,174)	13,745
VR China	1366	8,346 (+ 1,560)	12,602
Spanien	2773	8,314 (+ 0,258)	13,943

Gesundheitsversorgung Kiel – Ostufer

Der Notarztwagen kann das notwendige Krankenhaus nicht ersetzen

b.row. Die Zahl der im Bereich des Ostufers arbeitenden und wohnenden Menschen und die strukturelle Zusammensetzung steht in keinem Verhältnis zu der ärztlichen Versorgung dieses Gebietes. Wie aus der Karte zu ersehen, besteht auf dem Ostufer kein Krankenhaus. Von den 327 niedergelassenen Ärzten in Kiel (praktische Ärzte 140) praktizieren 73 (prakt. Ärzte 30) auf dem Ostufer. Das ist ein Arzt auf 2769 Einwohner. Von der kassenärztlichen Vereinigung ist als ,,optimal“ ein prakt. Arzt pro 2200 Einwohner angegeben. Passiert bei HDW ein Unfall, so muß der Krankentransport über die in Kiel am stärksten belasteten Straßen: Werftstraße zwischen Kaiserstraße und Franziusallee (37900 PKW.E./24 Stdn.), Werftstraße und Abfahrt zur Bahnhofsstraße (46500 PKW.E./24 Stdn.), Kaistraße zwischen Hauptbahnhof und Auffahrt Gablenzbrücke (35500 PKW.E./24 Stdn.) – aus Untersuchungen zum Generalverkehrsplan. HDW unterhält eigene Krankenwagen für Krankentransporte. Je nach Verkehrsaufkommen dauert ein Krankentransport von HDW/Dietrichsdorf bis zur Unfallklinik Jensen (kleinere chirurgische Eingriffe) fünf bis fünfzehn Minuten (dicke Linie – Karte), bei schwereren Unfällen bis zur Uni-Klinik noch einmal fünf bis zehn Minuten. Für die anderen Betriebe auf dem Ostufer werden die Krankentransporte zum größten Teil von der Feuerwehr, Ostfeuerwache in der Preetzer Chaussee, durchgeführt, die z.B. bis Hell/Dietrichsdorf noch einmal fünf bis zehn Minuten benötigt (nach Auskunft der Feuerwehr).

Im Bereich Ostufer einschließlich der Stadtteile Elmschenhagen, Meimersdorf, Moorsee, Wellsee und Rönne sind ca. 15000 Personen beschäftigt. Davon allein bei HDW 8000. Eine Untersuchung der Stadt Kiel zur Sanierung von Gaarden Ost und einen Teil von Gaarden Süd (Ostufer Mitte) hat 1974 ergeben, daß der größte Teil der hier Beschäftigten auch hier wohnen. Insgesamt wird die Wohnbevölkerung in diesem Bereich bestimmt durch mehr ältere Menschen und davon ein Großteil Frauen. Der Anteil der über 65-jährigen beträgt nach einer Untersuchung von 1972 in Mettenhof 1008 = 7,8%, im Bereich Ostufer Mitte 5329 = 20,8% davon sind 1938 Männer und 3346 Frauen. In Kiel insgesamt beträgt der Prozentanteil der über 65-jährigen 16,5.

Der geplante Notarztwagen der Stadt Kiel, Stadtort Barkauer Kreisel, kann an der Dringlichkeit eines Krankenhauses im Bereich des Ostufers für Unfälle und die Stationäre Behandlung von akuten Krankheiten (z.B. Herzinfarkt) nichts ändern.



Landesjugendplan des Hamburger Senats:

Landesjugendplan des Hamburger Senats: Bürokratische Schikane und Indoktrination der Jugend

b.hel. Die finanzielle Förderung für die Träger der Freien Jugendhilfe wird vom Hamburger Senat über den Landesjugendplan abgewickelt. Bei den Trägern handelt es sich um Jugendverbände wie CVJM, die Pfadfinder, die Falken und um Initiativen wie die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel und den Dachverband Hamburger Aktivspielplätze.

Der Landesjugendplan ist ein Instrument, über das der Senat sich seinen Einfluß auf die Verbands- und Jugendarbeit der freien Träger sichert. Für 1980 hat der Senat 9,732 Mio DM dafür veranschlagt. Die Mittel sind zweckgebunden und für Bereiche wie politische und kulturelle Jugendbildung, Jugendfreizeit und -erholungsmaßnahmen, innerdeutsche und internationale Jugendarbeit, Jugendschutz und Lebenshilfe, sowie Förderung von Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten der Jugendarbeit zu beantragen. Dies geschieht über den Ausschuß zur Förderung der Jugendwohlfahrt.

Um Mittel aus dem Landesjugendplan beantragen zu können, muß der Antragsteller ein Hamburger Träger der Freien Jugendhilfe sein, der nach § 9 JWG als förderungswürdig anerkannt ist.

Voraussetzung ist, daß die Träger ,,eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die parlamentarisch-repräsentative Willensbildung im Staat bejahen“ (Landesjugendplan 1980, S.14).

Bereits 4 Wochen vor Beginn einer Maßnahme (z.B. Veranstaltung) ist beim Amt für Jugend oder beim Bezirksamt ein Antrag einzureichen, in dem eine genaue Angabe der geplanten Maßnahme und deren Finanzierung vorgelegt wird. Spätestens 2 Monate nach Beendigung der Maßnahme ist vom Antragsteller unaufgefordert ein Verwendungsnachweis mit Erfolgsbericht beim Amt für Jugend einzureichen. Eine bereits erteilte Bewilligung kann widerrufen werden; ein Zuschuß kann zurückgefordert werden, ,,wenn der Zuwendungsempfänger... insbesondere durch unzutreffende Angaben“ den Zuschuß erhalten hat (Landesjugendplan 1980, S.17).

Aber nicht nur über das schikanöse Antragswesen sichert der Senat sich Einfluß und Kontrolle, sondern auch über ein jederzeitiges Zutrittsrecht der Behördenvertreter, sowie über die Verpflichtung des Trägers zur Offenlegung des Konzepts und der Finanzen. Als die Behörde z.B. den Aktivspielplatz Osdorfer Born absägen wollte, ist häufig der Behördenvertreter Hoffmann erschienen und hat die Kinder gezählt, um so den Beweis zu erbringen, daß nicht ,,effektiv“ gearbeitet wird.

Daß sich die Jugend dieser Gängelung und Indoktrination nicht unterwirft, wird deutlich, wenn man sich ansieht, wie wenig Geld der Senat z.B. für innerdeutsche Jugendarbeit veranschlagt hat; es sind nur 44000 DM. Mit dieser Maßnahme soll das Ziel verfolgt werden, die Jugend für das imperialistische Wiedervereinigungsstreben der BRD zu gewinnen durch Reisen nach Berlin, wo sich die Jugendlichen das Brandenburger Tor und die Mauer angucken dürfen. Offensichtlich gibt es nicht viel Bewerber für solche chauvinistischen Reisen.

Ebenso sieht es aus bei der Maßnahme der sozialen Jugendförderung, die mit 37000 DM ausgewiesen ist. Hierunter fallen pauschale Zuschüsse für Jugendgemeinschaftsdienste. Z.B. Arbeiten beim Bau von Kinderspielplätzen, Sportplätzen und in der Kriegsgräberfürsorge.

Anders ist es mit der Förderung pädagogisch betreuter Spielplätze. Hier muß der Senat immerhin 1,556 Mio DM bereitstellen, was auf den Druck der Familien zurückzuführen ist. Diese brauchen solche Spielplätze, weil der Wohnraum zu knapp ist und Gärten sowieso nicht vorhanden sind. Außerdem muß die Frau mitarbeiten und braucht deshalb eine Betreuung für die Kinder.

---

tung, die Mißstände und Schwierigkeiten beseitigen solle, sein ,,Engagement“ für die Schülerbeförderung auch nach der Schulgesetznovelle dokumentieren. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, die Kosten, von denen bislang ¾ die Landesregierung übernahm, auf die Landkreise und kreisfreien Städte abzuwälzen. Der kostenlose Schülertransport bei Wegen über 2 km wurde eingeführt, um die Zentralisation des Schulwesens mit damit verbundenen langen Anfahrtswegen durchsetzen zu können. Seither begründet die Landesregierung mit diesen Kosten die Verweigerung der Lernmittelfreiheit. Diese wurde in letzter Zeit von immer mehr Gemeinden auf eigene Rechnung beschlossen. Daß mit dem Druck auf die Kommunalfinanzen ,,Schwierigkeiten“ beim Schülertransport aufs Konto der Landesregierung gehen, soll Remmers Sonderbeauftragter vergessen machen.

b.fer.Heide. **Die Einstellung von Teilzeitkräften für den Waschdienst am Kreiskrankenhaus Heide bedeutet eine Intensivierung der Arbeit.** Die Kollegen arbeiten in Lohngruppe KR I von 6 bis 10 Uhr täglich und müssen jeweils 2 der großen Stationen versorgen. Da sie kaum mehr als 80 Stdn. im Monat arbeiten, spart der Kreis Sozialabgaben und Personal in den Lohngruppen KR III/IV ein, das vorher diese Arbeit übernehmen mußte.

b.ros.Kiel. **Laut den Förderungsgrundsätzen der von der schl.-holst. Landesregierung finanzierten Stiftung ,,Familie in Not“ sollen vor allem kinderreiche Familien, Alleinerziehende und alleinstehende Schwangere Hilfe erhalten.** Voraussetzung ist, daß die gesetzlichen Leistungen des sozialen Netzes ausgeschöpft sind und die Antragsteller ihre ,,Not“ bis ins Detail belegen. Wird eine Leistung erschlichen, muß diese mit 5% verzinst zurückgezahlt werden. Unverschuldet ist die Not bei Tod, Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Geburt eines weiteren Kindes. ,,Geholfen“ wird durch ,,Aufzeigen und Vermitteln von Hilfen anderer Stellen, durch Zuschüsse, Darlehen oder Bürgschaften“. Also erneute Lauferei und nicht ,,unbürokratische und schnelle Hilfe“ (Annemarie Schuster, MdL). Im Einzelfall mag ein zinsloses Darlehen die Schuldenzwinge lockern. Letztlich dient die Stiftung nur dazu, den Banken und Kredithaien die Gelder zu sichern und die Familien in vollständige politische und materielle Abhängigkeit vom Staat zu pressen.

Veranstaltungskalender

7./8. Mai – Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Nazis. Agitationstage gegen Reaktion und Faschismus. Gegen US-Besatzung. Gegen NATO und Warschauer Pakt. Forderung nach Austritt aus der NATO und Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages

Flensburg, 8.5.80, 20 Uhr, ,,Apenrader Hof“, Apenrader Str.; *Husum*, 7.5.80, 20 Uhr, ,,Bahnhofgaststätte“; *Rendsburg*, 5.5.80, 20 Uhr, ,,HolstenECK“, Schiffbrückenplatz; *Neumünster*, 6.5.80, 20 Uhr, ,,Winterhuder Eck“, Rendsburger Str.; *Itzehoe*, 7.5.80, 20 Uhr, ,,Kajüte“; *Lübeck*, 8.5.80, 20 Uhr, Franke-Schule, Schildstraße; *Kiel*, 9.5.80, 20 Uhr, ,,Wiker Post“, Holtenauer Str. 322, *Eutin*, 10.5.80, 20 Uhr, Gasthaus ,,Am See“; *Lüneburg*, 10.5.80, 10 Uhr, Gaststätte Kaltenmoor, Kaltenmoor; *Stade*, 5.5.80; *Hamburg: Altona/-Eimsbüttel, 6.5.80, 19.30 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Bundesstr. 6;; Harburg/Landkreis Harburg*, 7.5.80, 20 Uhr, Gaststätte ,,Zum Stader Tor“, Stader Straße 1; *Mitte-West*, 8.5.80, 19.30 Uhr, Schule Ludwigschule; *Nord*, 9.5.80; *Wandsbek/-Mitte-Ost*, 10.5.80, 16 Uhr, Gaststätte Herschel, Hammer Landstraße 244

Prozeß gegen Cerny wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz

Rendsburg, 6.5.80, 11.00 Uhr, Amtsgericht Rendsburg, Raum 58

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C. U. Monica

Flensburg, 7.5.80, 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Raum 58

Ehrenbergprozeß gegen Dirk Steenken

Lüneburg, 9.5.80, 14 Uhr, Landgericht, Staatsschutzkammer, Am Markt 7, Zimmer 21

Prozeß wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz

Neumünster, 8.5.80, 10 Uhr, Amtsgericht Neumünster, Raum 42

Prozeß gegen Gifhorn und Steffens wegen Freiheitsberaubung Prof. Kaltefleiters im Zusammenhang mit dem Ausländerkolleg

Kiel, 12.5.80, 9 Uhr, Landgericht Kiel, Raum 220

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Kiel, jeden Samstag, 15 Uhr, Kindergarten im Schützenpark

Sportkurs Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten

Hamburg, 11.5.80, 10 Uhr, Große Stadtparkwiese

Schwimmkurs

Hamburg, jeden Samstag, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße

Zeichenkurs

Hamburg, 9.5.80, 18 Uhr, Thema: Renaissance in Deutschland, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a

97% der privaten Transportfahrer arbeiten mehr als 60 Stunden

b.sah. Die ÖTV hat seit 1978 Untersuchungen über die Arbeitsbedingungen im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe gemacht. Ergebnis: nur 21% der Betriebe haben einen Betriebsrat; nur bei 33% sitzen im Fernverkehr 2 Fahrer in der Kabine, ansonsten nur einer. Nur 3% der Fahrer arbeiten nicht mehr als 60 Stunden/Woche, 17% arbeiten 70 Stunden, 49% 80 Stunden, 17% 90 Stunden, 14% arbeiten 100 Stunden. Gleichzeitig mit der übermäßigen Ausdehnung des Arbeitstages ist die Arbeit noch intensiver geworden. Fuhr im Futtermittelhandel früher ein Fahrer pro Tag einmal von Schleswig nach Hamburg, so muß er heute 2-3 mal am Tag fahren. Die Touren gehen dann oft von 3 Uhr nachts bis abends 18-20 Uhr. Zeit zum Schlafen ist evtl. mal während der Wartezeiten.

Die Kapitalisten wollen ihre Waren schnell umschlagen, Profite können nur so realisiert werden. Die toten Kosten, wie z.B. Anzahl der LKWs, wollen die Kapitalisten dabei möglichst gering halten. So werden die Arbeiter gezwungen, gegen die gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen, Schutz- und Verkehrsvorschrifnen zu verstoßen. So werden die Fahrer allein durch den niedrigen Lohn gezwungen, mehr Fahrten in kürzerer Zeit zu machen, allein zu fahren statt mit Beifahrer. Das Überschreiten der vorgeschriebenen km/h (Landstraße 60, Autobahn 80 km/h) sowie Überladen um mind. 20% wird von den Kapitalisten voll mit eingeplant. Oft zahlen sie die Strafgelder, wenn nur ihre Ladung schneller umgeschlagen wird.

Die meisten Fahrer werden unter Tarif bezahlt. Die ÖTV-Untersuchung ergibt: von 100 Fahrern erhalten 5 bis zu 200 DM unter Tariflohn, 15 erhalten zwischen 200-400 DM weniger, 22 zwischen 400-600 DM, 12 600-800 DM, 10 800-1000 DM, 22 bekamen über 1000 DM unter Tarif ausgezahlt. Nur 10 wurden nach Tarif, 4 übertariflich bezahlt. Gleichzeitig wird noch angetrieben durch Prämien, Pauschalabrechnungen pro Tour etc. Gegen diese elenden Arbeitsbedingungen setzen sich die Transportfahrer zunehmend zur Wehr. Seit der Befragungsaktion der ÖTV haben sich rd. 9000 neue Mitglieder organisiert, über 100 Betriebsräte wurden gebildet, bzw. Wahlen dazu eingeleitet. Auf der 1.Mai-Demonstration in Hamburg wurden 2 Transparente mitgetragen, auf denen die Angleichung der Löhne an die übrigen Transportarbeiter auch für das Speditionsgewerbe gefordert wurde.

Jubiläumsveranstaltung der NGG – Kampf der schrankenlosen Vernutzung der Arbeitskraft

b.loh. Am 23.4. führte die NGG anläßlich des 90-jährigen Bestehens eine Ausstellung und eine Veranstaltung mit ca. 150 Kollegen im Gewerkschaftshaus durch.

In Hamburg gibt es z.Zt. ca. 4350 Betriebe in diesem Gewerbe, die einen Umsatz von über einer Mrd. DM machen. Hamburgs 2. Bürgermeisterin Elstner versprach diesem „expandierenden Gewerbe" staatlicherseits auch weiterhin kräftige Unterstützung. Der 1. Vorsitzende der NGG Döding sprach anschließend. Er kritisierte das „patriarchalische und konservative Klima" in den Betrieben und die Arbeitsbedingungen und meinte, das auf der NGG-Fachtagung beschlossene Aktionsprogramm sei die richtige Antwort. Die Fachtagung fordert u.a.:

Einführung der 40-Stundenwoche, bzw. die rollierende 5-Tage-Woche. Zur Zeit arbeiten die Beschäftigten 46 Stunden pro Woche. Ebenfalls gefordert werden zeitgemäße Tariflöhne und -gehälter. Ein Koch z.B. erhält in den ersten 6 Jahren nach der Lehre 1051 DM (bei 184 Std./Mon.). Die NGG wird den Kapitalisten einen neuen Tarifvertrag vorlegen, der ein einheitliches Tarifraster mit 13 Tarifgruppen für das gesamte Bundesgebiet enthalten soll. Es soll die Bezahlung prozentual nach dem Umsatz abgeschafft werden. Weitere Forderungen sind der Abbau der Schichtarbeit, sowie der unregelmäßigen und ungünstigen Arbeitszeitbedingungen durch bezahlte Ausgleichsfreizeit und die Verlängerung der Mindesturlaube und Abkehr von der Praxis, den Urlaub nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit zu gewähren. Auch soll ein verstärkter Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer erreicht werden. Um das Aktionsprogramm durchzusetzen, müsse, so Döding, der Organisationsgrad stark erhöht werden. Seit 1975 sind zwar die Mitgliedszahlen im Gaststättengewerbes des Bundesgebietes von 17309 auf über 23000 kontinuierlich gestiegen, doch sind das nicht einmal 10%. Um die Stärkung der Gewerkschaft voranzubringen, sollen auf Grundlage des Beschlusses des 8. Ordentlichen Gewerkschaftstages in allen Betrieben Vertrauensleute gewählt werden.

der NGG-Fachtagung beschlossene Aktionsprogramm sei die richtige Antwort. Die Fachtagung fordert u.a.:

Einführung der 40-Stundenwoche, bzw. die rollierende 5-Tage-Woche. Zur Zeit arbeiten die Beschäftigten 46 Stunden pro Woche. Ebenfalls gefordert werden zeitgemäße Tariflöhne und -gehälter. Ein Koch z.B. erhält in den ersten 6 Jahren nach der Lehre 1051 DM (bei 184 Std./Mon.). Die gramm durchzusetzen, müsse, so Döding, der Organisationsgrad stark erhöht werden. Seit 1975 sind zwar die Mitgliedszahlen im Gaststättengewerbes des Bundesgebietes von 17309 auf über 23000 kontinuierlich gestiegen, doch sind das nicht einmal 10%. Um die Stärkung der Gewerkschaft voranzubringen, sollen auf Grundlage des Beschlusses des 8. Ordentlichen Gewerkschaftstages in allen Betrieben Vertrauensleute gewählt werden.

Die Verdichtung des Studiums wird von den Pharmaziestudenten nicht hingenommen

b.mek. Zu Semesterbeginn ist für die Studenten des Grundstudiums Pharmazie die Laborarbeitszeit gekürzt worden, bei gleichbleibender Analysenzahl. Die Vollversammlung der Pharmaziestudenten hat letzte Woche die Fachschaft beauftragt, mit der Institutsleitung Verhandlungen zu führen um die entsprechende Kürzung der Analysenzahl. Sollten den Verhandlungen kein Erfolg beschieden sein, wird auf einer in 1 Woche einzuberufenden VV über Maßnahmen beschlossen werden. Vor der Fachschaft erklärte sich Prof. Haller nicht bereit, Analysen zu streichen: ‚Unter den Studenten herrsche in den letzten 10 Jahren so eine Stimmung, die keine Experimente zuließe. Würde eine Analyse gestrichen, so sei es unmöglich, sie wieder einzuführen, weil das dann gleich als Verschärfung angeprangert würde'.



Studenten auf der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration in Hamburg.

Unter den Studenten herrscht seit langem Unmut über die Vielzahl der Analysen. Schon in den letzten Semestern haben Analysenerhebungen der Fachschaft ergeben, daß die Studenten nicht die vorgesehene Anzahl kochen müssen, sondern durchschnittlich doppelt so viele. Es liegt in der Hand der Assistenten, eine Analyse als richtig abzuhaken oder als falsch, was zur Folge hat, daß sie nochmals gekocht werden muß. Im letzten Semester hat die VV gefordert, daß eine 4. Wiederholung der Analysen nicht erlaubt sein soll, daß die Analyse dann als richtig gewertet werden muß.

Bei Vergleichen mit der Studienordnung und der allgemeinen Bundes-Approbationsordnung für Apotheker (AO) ergab sich zusätzlich, daß die Zeit, die in der AO für Praktika veranschlagt worden ist, nicht als reine Laborzeit behandelt werden darf, weil zum Bestehen des Praktikums ja die Vorbereitung der Analysen und die Vorbereitung auf die Abschlußprüfungen genauso gehört wie die Durchführung der Versuche. Der Fachbereichskonvent wird sich am 7. Mai mit einem entsprechenden Antrag beschäftigen müssen. Professor Haller hat ein Angebot gemacht. Nur noch leichte Analysen sollen ausgegeben werden, um damit die Laborzeit zu verkürzen. Die Fachschaft wird in der Vorbereitung der VV die ausgegebenen Analysen untersuchen und die Arbeitsersparnis für die Studenten berechnen. Entspricht diese nicht den Forderungen der Studenten, wird man den Professoren durch Bestreikung der Vorlesungen klar machen müssen, wie ernst es den Studenten mit den Forderungen ist.

Landesdelegiertenkonferenz Druck

Verbot der Nachtarbeit! Keine Akkordsysteme in der Druckindustrie!

b.hej. Am 26./27. April fand in Hamburg der 12. ordentliche Landesbezirkstag der Druck und Papier, Landesbezirk Nordmark, statt. Neben der Neuwahl des Vorstandes, Uwe Körner ist Nachfolger von Heinz Wolf, wurden auch die 22 Delegierten zum Gewerkschaftstag gewählt.

Unter anderem sind folgende Anträge verabschiedet worden: *Verteidigung der Einheitsgewerkschaften.* Der Landesbezirkstag fordert alle Gremien auf, die Einheitsgewerkschaft, so wie sie nach 1945 entstanden ist, zu verteidigen. Jeder „Gewerkschaftspluralismus" dient der Spaltung und Schwächung der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegenüber den vereinigten Unternehmerverbänden. – *Berufsgrundbildungsjahr.* Der Antrag des Ortsvereins Hamburg wurde angenommen, dem BGJ nur unter Erfüllung der Mindestforderungen (siehe auch Beschluß der IG Metall Hamburg) zuzustimmen. – *Bildungsurlaub.* Es ist anzustreben, daß die tarifvertraglich vereinbarten Urlaubsgeldzahlungen auch für den gesetzlichen Bildungsurlaub angewandt werden. – *Verbot der Leiharbeit.* Jegliche Geschäftemacherei mit der Verleihung menschlicher Arbeitskraft ist zutiefst unmenschlich und daher zu verurteilen. ... – *Jahresleistung unabhängig vom Kündigungstermin.* Der § 4 Manteltarifvertrag (Druckindustrie) soll dahingehend geändert werden, daß die Jahresleistung unabhängig von der Ziffer 4 gezahlt wird. Durch die Ziffer 4 sind die Arbeitnehmer, wenn sie in den Genuß der Jahresleistung kommen wollen, einseitig an den Betrieb gebunden. – *35-Stundenwoche.* Der Gewerkschaftstag bekräftigt seine Beschlüsse, die 35-Stundenwoche tariflich anzustreben. Ferner ist die Schichtarbeit tariflich und gesetzlich einzuschränken. Für die besonderen Belastungen der Schichtarbeit sind durchzusetzen: 1.) 1 Stunde bezahlte Pause bei jeder Art von Schichtarbeit. 2.) 6 Freischichten im Jahr für Schichtarbeiter. – *Forderung Sockel und Prozente.* Der Hauptvorstand und die große Tarifkommission werden aufgefordert, bei künftigen Lohnverhandlungen die Forderung in einen Sockelbetrag und eine Prozenterhöhung zu unterteilen. Bei einer prozentualen Tariflohnerhöhung wird die Lohnschere immer weiter auseinandergehen. – *Streichung der Lohngruppe I Druckindustrie.* – *Schichtzuschläge.* (Wie 35 Stundenwoche) Dazu pro Arbeitsjahr im 2-Schichtbetrieb tariflicher Anspruch auf 2,4 Monate vorzeitiger Ruhestand (bei 20 Jahren – 4 Jahre). Bei Schichtbetrieb 3,6 Monate (bei 20 Jahren – 6 Jahre). Verbot der Nachtarbeit auch für Männer. Tarifliche und gesetzliche Einschränkung der Schichtarbeit. Keine Akkord- und Prämiensysteme in der Druckindustrie. – *Initiativantrag: Gegen die Schürung der Kriegsgefahr.* Verurteilung des Einmarsches der sowjetischen Truppen in Afghanistan und des Überfalls der USA im Iran.

Mit diesen Beschlüssen kann man arbeiten, auch wenn sie noch lange nicht ausreichend sind und viele offene Flanken haben. Die Vertrauenskörper in den Druckbetrieben werden sich damit befassen müssen, um gerade auch im Hinblick auf den Gewerkschaftstag diese Forderungen weiterzuentwickeln.

„Hand in Hand" für die Wiederinbetriebnahme des KKW Brunsbüttel

b.wiv. Von den 47 Monaten seit der Inbetriebnahme im Juni 1976 hat das KKW Brunsbüttel ganze 16 Monate Strom produziert, davon 6 Monate auf Probe. Die (geheime) Störfalliste der Reaktorsicherheitskommission führt über 100 Schnellabschaltungen auf. Auch nach der Stillegung im Juni 1978 gab es mehrere schwerwiegende Störfälle, zuletzt sind im März 1980 150000 Liter radioaktives Wasser ausgelaufen.

Bis auf K.-O. Meyer vom SSW haben alle Landtagsparteien am 22.4. beschlossen, das Schrott-KKW Ende Mai wieder anlaufen zu lassen. Bei der CDU war das klar. FDP-Sprecher Schumacher hingegen verlangte während der Debatte nur noch „mehr Informationen" von der Landesregierung, obwohl sich der FDP-Landesparteitag für die sofortige und endgültige Stillegung ausgesprochen hatte. Die Judos haben bereits Konsequenzen für ihren „Einsatzwillen" zu den Bundestagswahlen angekündigt. Die SPD hatte ihren Schwenk auf Zustimmung bereits seit längerer Zeit durch eine rege Veranstaltungstätigkeit im Unterelbegebiet vorbereitet. Auf ihrem Landesparteitag drei Tage vor der Landtagssitzung hieß es dann gegen einen Antrag der Jusos für die sofortige und

parteitag für die sofortige und endgültige Stillegung ausgesprochen hatte. Die Judos haben bereits Konsequenzen für ihren „Einsatzwillen" zu den Bundestagswahlen angekündigt. Die SPD hatte ihren Schwenk auf Zustimmung bereits seit längerer Zeit durch eine rege Veranstaltungstätigkeit im Unterelbegebiet vorbereitet. Auf ihrem Landesparteitag drei Tage vor der Landtagssitzung hieß es dann gegen einen Antrag der Jusos für die sofortige und

endgültige Stillegung: „Der SPD-Landesvorsitzende Jansen hatte erklärt, der Juso-Antrag sei durch die Berliner Parteitagsbeschlüsse der Sozialdemokraten nicht abgedeckt" (KN 21.4.). Oppositionsführer Matthiesen brachte den Kurs der SPD auf die Formel: Brunsbüttel und Krümmel ja, Brokdorf als Kohlekraftwerk. Er vergaß nicht, darauf hinzuweisen, daß Stoltenberg versucht, „noch vor der Bundestagswahl eine Dreierkoalition aus den Landesregierungen in Kiel und Hamburg sowie der Bundesregierung für Brokdorf (als KKW, Red.) zu erreichen."(ebd.).

Durch ihren Sprecher Hans Wiesen fordert die SPD die Einrichtung eines Fernüberwachungssystems, einen Probelauf vor der endgültigen Inbetriebnahme, mehr Außenmeßstellen, Verbesserung des Katastrophenschutzes und die Sicherung einer notfalls schnellen Reaktorabschaltung. Die SPD hat *nichts* dagegen, daß der Sozialminister Braun *höhere* Grenzwerte für die Jod 131-Abgabe genehmigen will als bislang; sie müssen nur gemessen werden. Auch stört die SPD nicht, daß der Katastrophenschutzplan des Landrats die sofortige Abriegelung der betroffenen Einwohner vorsieht; nur probiert müßte es mal werden. Seit neustem will Matthiessen sogar „Hand in Hand mit der Landesregierung weg vom Öl".

Diese gemeinsame Geschäftstätigkeit der bürgerlichen Parteien erklärt sich aus den Absichten der Bourgeoisie, schneller mit der Herrichtung des gesamten Unterelbegebiets für die Profitproduktion voranzukommen. Die Konkurrenz drückt. Neuester Meilenstein dieser Absichten soll die in Brunsbüttel geplante Kohlevergasungsanlage für 1 Mrd. DM (davon 400 Mio. aus Steuergeldern bei Schaffung von 150 Arbeitsplätzen!) sein. BP ist daran zu 50%, der Kruppkonzern und die Ruhrkohle-AG zu je 25% beteiligt. Den billigen Strom sollen die Kernkraftwerke Brunsbüttel und Brokdorf liefern; wie man sieht, ohne Rücksicht auf Verluste.



Auf ihren letzten Gemeinderatssitzungen haben die Gemeinden Wewelsfleth und Dammfleth beschlossen, Berufung gegen das Brokdorf-Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig einzulegen, obwohl ihnen das Gericht mit rotzfrechen Begründungen das Klagerecht überhaupt abgesprochen hat. Die meisten anderen Kläger, vor allem die Bauern, gehen ebenfalls in die Berufung. Gelingt es, die sofortige und endgültige Stillegung des KKW Brunsbüttel durchzusetzen, so schafft das günstige Bedingungen für die Vorbereitung dieser politischen Auseinandersetzung vor dem OVG Lüneburg.

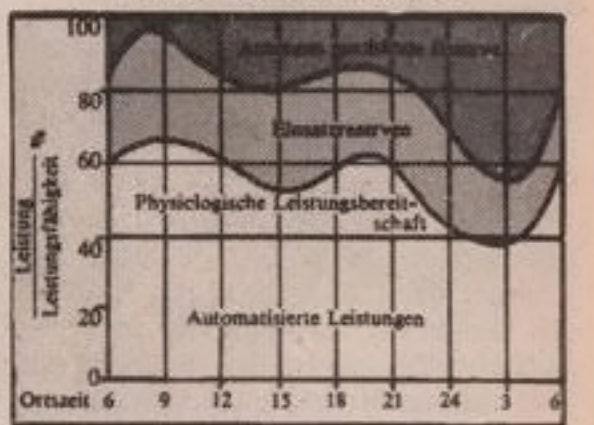
Die „Freiheit" des Lehrers, sich die Arbeitszeit selbst einzuteilen – Aktion „Gläserne Schule"

b.trg. Bei der Auswertung der Aktion „Gläserne Schule", die von ca. 2000 Lehrern vom 14.4. bis 25.4.80 in Hamburg durchgeführt wurde, ist herausgekommen, daß die Lehrer im Durchschnitt 3,8 Stunden Mehrarbeit machen.

Die Berufsschullehrer an der G5 haben es so zusammengefaßt: „In der ersten Woche wurden in der Auswertung 136 Arbeitstage von 25 - 28 teilnehmenden Kollegen erfaßt. Die Normalarbeitszeit für 136 Arbeitstage hätte 1156 h betragen (136 x 8,5). Darüberhinausgehend hätten die Kollegen 397,25 h arbeiten müssen, um alle anfallenden Arbeiten erledigen zu können. Der Überstundensatz beträgt 34,36%, d.h. wir arbeiten innerhalb von 3 Jahren ein 4. Jahr in Form von unbezahlten Überstunden. Zur Abdeckung dieser Überstunden wären bei 27 Kollegen 9,3 zusätzliche Planstellen notwendig." Klarheit haben die Lehrer über die intensive Vernutzung ihrer Arbeitskraft gewonnen. Dies zeigt die Wandzeitung, die während der Aktion an der G 5 von Kollegen aufgehängt wurde.

Nachmittags nach dem Unterricht kann der Lehrer sich ausruhen, spazierengehen, Kaffee trinken, ein Nickerchen machen. Das ist von Vorteil, heißt es. Es ist von Vorteil. Die Kurve unten beweist, daß der Mensch zwischen 13 und 18 Uhr sowieso wenig leistungsfähig ist. Ihr merkt es an eurer besonderen Müdigkeit in der 7. und 8. Stunde. Diesen Vorteil müssen wir uns aber teuer erkaufen durch Arbeitszeit am Abend oder am Wochenende, für die man normalerweise Schicht- oder Sonntagszulagen erhält. Für unseren Arbeitgeber ist eine solche Arbeitseinteilung nur von Vorteil, weil er unsere Arbeitskraft zu Zeiten erhält, in denen wir mehr schaffen können, sie also intensiver nutzen kann, ohne einen Pfennig mehr zu zahlen. Würden wir immer – wie jetzt bei der „Gläsernen Schule" – unsere Arbeitszeit von 8 bis 17.15 Uhr haben, könnten wir weniger leisten. Für die gleiche Leistung müßte der Staat, unser Arbeitgeber, also mehr Lehrer einstellen.

Tagesperiodik der physiologischen Leistungsbereitschaft



Neben der bestehenden Forderung zur Pflichtstundenzahlkürzung werden jetzt weitere Forderungen unter den Lehrern diskutiert und aufgestellt. So z.B. gegen die zunehmende Verwaltungsarbeit – Verweigerung bestimmter Verwaltungsaufgaben. Gegen das Übermaß von Korrekturen – Abschaffung der vielen Klassenarbeiten. Senkung der Klassenfrequenzen – Einrichtung von Kantinen in großen Schulen oder im Schulkreis. Den Lehrern ist bei der Aktion klar geworden, daß sie ihre Forderungen nur mit den anderen DGB-Gewerkschaften zusammen durchsetzen können. Als erster Schritt müssen die Ergebnisse der Aktion an alle Betriebs- und Vertrauensleutekörper geschickt werden. Schulpatenschaften mit Betriebsräten in den Schulkreisen wären eine gute Sache.

Lohnverteilung der Lohnsteuerpflichtigen Landkreis Stade

b.mis. Der Artikel untersucht die Lohnverteilung der Lohnsteuerpflichtigen für den Kreis Stade, sowie die Wirtschaftsstruktur des Landkreises. Es macht dabei einen Mangel aus, daß die Zahlen von unterschiedlichen Jahren sind, und vor allem schon älteren Datums. Die Lohnsteuerstatistik ist aus dem Jahre 1974, die anderen Zahlen über die Wirtschaftsstruktur, die Betriebsgrößen sowie die Berufspendler nach Hamburg sind aus dem Jahre 1970. Wir haben alle Zahlen hochgerechnet auf die Preise von 1979, indem wir sie mit dem Faktor malgenommen haben, um den auch der Durchschnittslohn aller Rentenversicherten angestiegen ist.

Das Schaubild 02 zeigt die Lohnverteilung der Lohnsteuerpflichtigen für den Kreis Stade, unterlegt mit der Verteilung von Niedersachsen. Man muß dabei berücksichtigen, daß bei der Steuerstatistik „gemeinsam veranlagte" Eheleute mit ihrem zusammengezählten Bruttolohn als eine Steuerperson zählen, und entsprechend in der Lohnskala aufgetragen sind.

Man kann dem Schaubild entnehmen, daß die Verteilung Kreis Stade leicht besser dasteht gegenüber Niedersachsen. Etwas mehr Leute haben höhere Bruttoeinkommen, etwas weniger niedrige. Dies läßt sich nur erklären, weil ein ganz erheblicher Teil der Arbeiter und Angestellten gezwungen ist, seine Arbeitskraft in Hamburg zu verkaufen und dort einen höheren Lohn hat. Das Ausmaß der Pendlerströme haben wir für einige Orte auf der Karte eingetragen. In Buxtehude arbeiten z.B. 1970 8009 Arbeiter und Angestellte in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten, 3407 „pendeln". In Hemmor arbeiten 1994, 276 arbeiten in Hamburg.

Der Unterschied in der durchschnittlichen Bezahlung der Arbeitskraft in Hamburg und im Kreis Stade ist erheblich und läßt sich auch statistisch nachweisen. Der in der Steuerstatistik angegebene Durchschnittsbruttolohn für den Kreis Stade (also mit Pendlerlöhnen) beträgt im Geldausdruck von 1979 1864 DM, in Buxtehude 1619 DM, in Harsefeld 1410 DM, in Cadenberge (Land Hadeln) 1265 DM. Im Kreis Stade beträgt er im Durchschnitt 1585 DM.

Es ist zum einen der Unterschied zur hochkonzentrierten Arbeiterklasse in den großen Ballungsgebieten wie Hamburg, es ist dieser Unterschied aber auch im Kreis selber zu spüren. So beträgt der Durchschnittslohn in Industriebetrieben mit mehr als 20 Beschäftigten im Kreis Stade 2320 DM, der Durchschnittsverdienst, also mit Gehältern, 2605 DM.

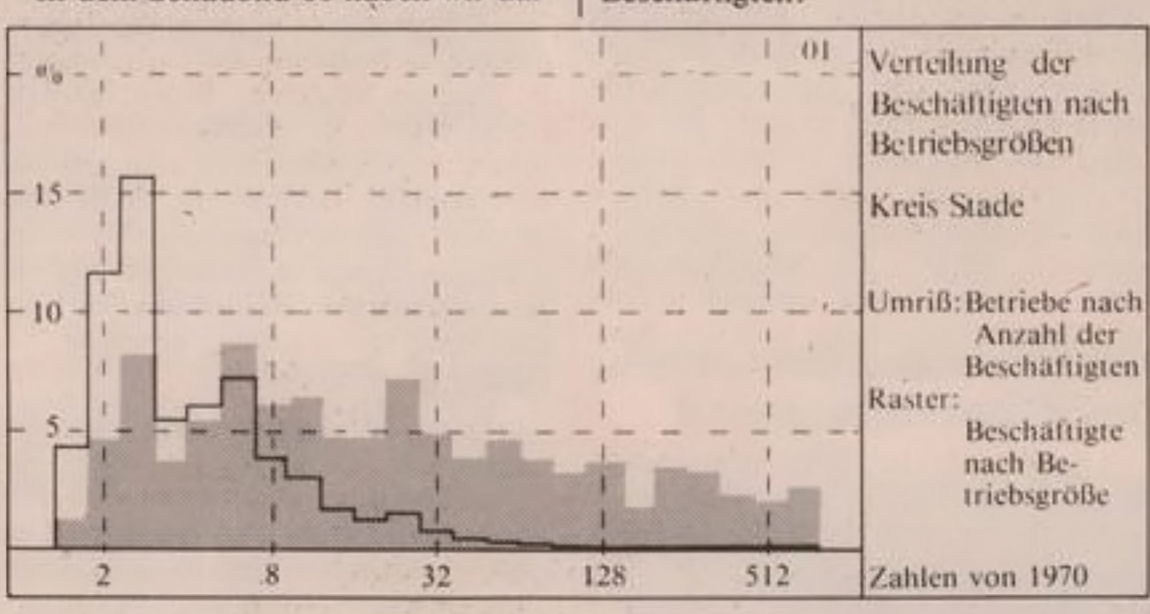
In dem Schaubild 01 haben wir dargestellt die Verteilung der Betriebe nach Größenklassen, sowie die Verteilung der Beschäftigten auf diese Betriebe. Rund 54% aller Betriebe haben weniger als 20 Beschäftigte, und in diesen Betrieben arbeiten immerhin 47% aller Beschäftigten.

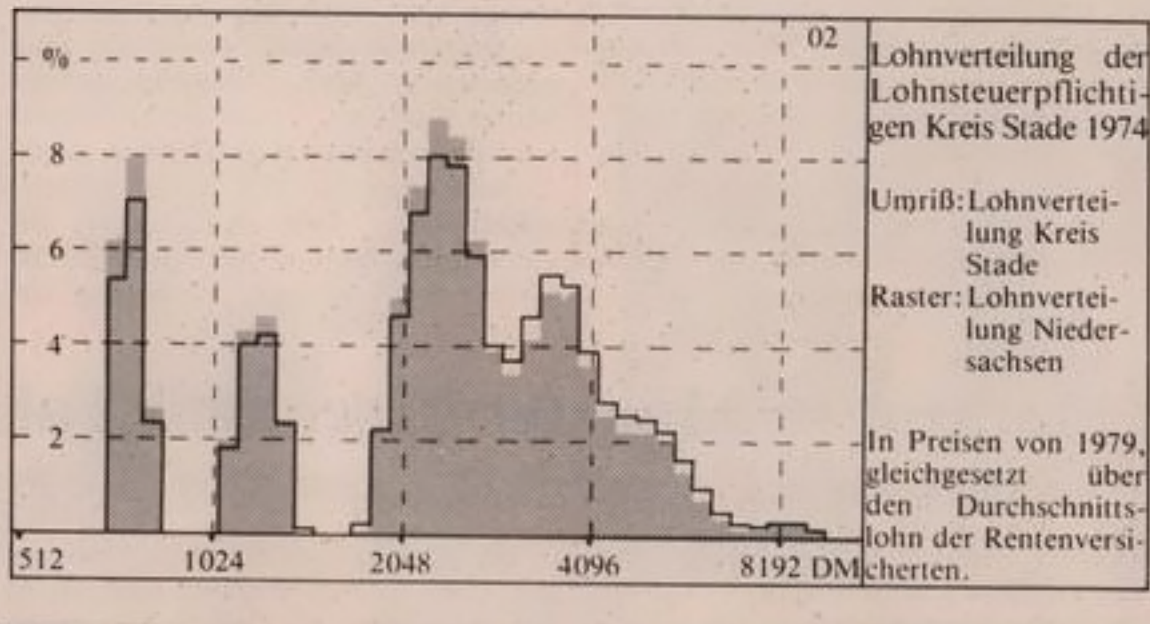
Wirtschaftsstruktur Kreis Stade

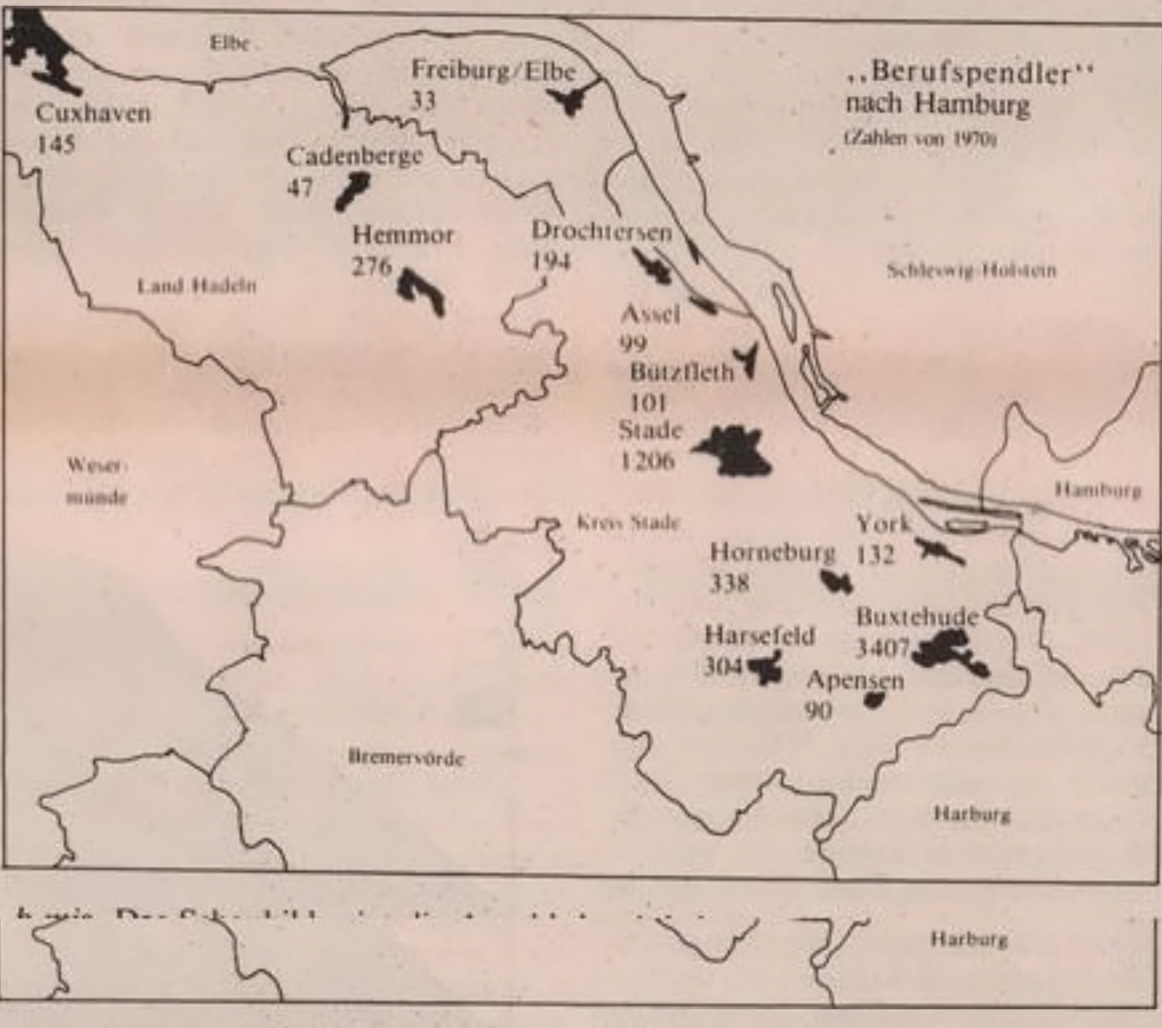
Beschäftigte insg. 41661 100%

Wirtschaftsstruktur Kreis Stade

Beschäftigte insg.	41661	100%
davon in		
verarb.Gewerbe:	10489	25,1%
Energie/Bergbau	575	1,38%
Baugewerbe	5869	14,08%
Handel	8806	21,13%
Verkehr/Nachr.	3616	8,67%
Banken/Versich.	1126	2,70%
Dienstleistungen	4810	11,54%
Gebietskörpersch/ Sozialversicher.	5435	13,04%
Pendler n. HH	8146	–







b.mis. Das Schaubild zeigt die Anzahl der Arbeiter und Angestellten, die täglich nach Hamburg arbeiten fahren. Die großen Betriebe wie Hamburger Hafen, HDW, Sietas, MBB haben Werksbuslinien, die diese Arbeiterströme aufsaugen. Immer längere Wege müssen die Arbeiter auf sich nehmen, um sich von den Kapitalisten ausbeuten zu lassen. Von den 1206 Arbeitern, die täglich von Stade nach Hamburg fahren, haben 267 eine Fahrtzeit von 30 bis 60 Minuten, 872 von über einer Stunde – *bloß* für die Hinfahrt. Es ist vollständig gerecht, wenn die Arbeiter von den Kapitalisten die Bezahlung oder doch mindestens Beteiligung an den Kosten für die Fahrerei fordern. So hat der Betriebsrat von HAW höhere Beteiligung der HAW-Kapitalisten durchgesetzt, und die IG Metall klagt für Kollegen von NRI Buxtehude gegen die Streichung des Fahrgeldzuschusses durch die NRI-Kapitalisten.

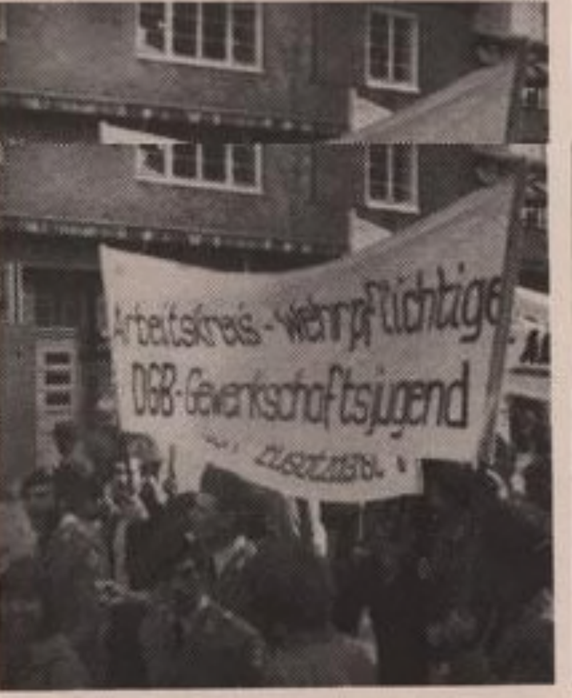
Gewerkschaftsdemonstration am 1. Mai 1980











Flensburg. In Flensburg (Bild) nahmen 500 an der DGB-Kundgebung teil. Die DBG-Jugend erhob die Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen, die GEW nach Arbeitszeitverkürzung. Gegen Schichtarbeit wandte sich die Polizei und die ÖTV-Berufsfeuerwehr. Die Metallarbeiter trugen 3 Transparente gegen die Umstrukturierung der FSG und der türkische Arbeiterverein: westdeutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront.

Husum. In Husum beteiligten sich an der Demonstration 140, an der Kundgebung 300 Leute.

Schleswig/Heide. In Schleswig haben 60, in Heide 40 an der Saalveranstaltung teilgenommen.

Rendsburg. Die DGB-Kundgebung hatte ca. 300 Teilnehmer. Stark vertreten waren ÖTV-Gruppen aus verschiedenen Betrieben, z.B. Kollegen aus dem Stadtkrankenhaus Rendsburg, die ein Transparent „Für mehr Humanität in der Krankenpflege – mehr Planstellen am Krankenhaus Rendsburg" trugen. Am Ende der Kundgebung äußerte sich der DGB-Sprecher Kahl zur internationalen Lage und forderte die Verurteilung der militärischen Aktion im Iran wie der Einmischung der Sowjetunion in Afghanistan. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse gewahrt werden.

Neumünster. An der Demonstration nahmen mit 950 Menschen mehr als doppelt so viel wie im Jahr zuvor teil. Stark vertreten waren Transparente, die Arbeiterschutzrechte forderten, wie z.B. Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit, 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich, Keine Anrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan im Krankenhaus. Vom türkischen Arbeiterverein wurden u.a. die Forderungen erhoben: Gleiches Recht für ausländische Arbeitnehmer und 35-Stunden-Woche.

Hamburg. An der Demonstration (Bild) beteiligten sich 15000 und an der Kundgebung 25000. Das sind bei der Demonstration etwa 5000 und bei der Kundgebung etwa 10000 mehr als letztes Jahr. In **Hamburg Bergedorf** beteiligten sich 350 an der Demonstration und 500 an der Kundgebung. In **Hamburg-Harburg** kamen mit 700 etwa 200 mehr als letztes Jahr zu Saalveranstaltung. Vor der Halle hatte die IG Bau Steine Erden einen Stand und Polizisten und Arbeiter von der Phoenix hatten Transparente aufgespannt gegen die Schichtarbeit und für Lohnerhöhung von 9% mindestens 180 DM. Klose sprach auf der Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus. Obwohl er sich links gab, mußte er sich ein Pfeifkonzert anhören. In **Lüneburg** (Bild) demonstrierten 700, 1000 nahmen an der Kundgebung teil. In **Uelzen** de-
konzert anhören. In **Lüneburg** (Bild) demonstrierten 700, 1000 nahmen an der Kundgebung teil. In **Uelzen** de-
monstrierten 350. In **Lüchow** wurde eine Saalveranstaltung mit 60 Teilnehmern durchgeführt und in **Stade** mit 400, das waren doppelt so viel wie im Vorjahr. Auf allen gewerkschaftlichen Maiaktionen wurden die Forderungen gegen die Schicht- und Akkordarbeit und gegen die Steuerausplünderung erhoben. In Hamburg forderte der VK von HAW den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges.

Einzelhandel Hamburg: Mehr gegenüber Schleswig-Holstein – durch Steuern fast aufgehoben

b.brg. Die Tarife für die Beschäftigten im Einzelhandel wurden jetzt auch für Hamburg abgeschlossen. In Schleswig-Holstein hat die HBV dem Abschluß der DAG zugestimmt.

In Hamburg wurden durchschnittlich 6,69% durchgesetzt, in Schleswig-Holstein 6,3%. Gleichzeitig liegen die Gehälter in Hamburg bereits höher. Von der Tarifstruktur enthält der Hamburger Tarif ebenfalls Vorteile. So wurde jetzt vereinbart, daß das 1. bis 3. Berufsjahr der Verkäuferinnengruppe (Hamburg 2, Schl.-Holst. B1) einheitlich 1200 DM bekommt (bisher 1. u. 2. 1080 DM, 3. 1100 DM). In Schleswig-Holstein beginnt es dagegen mit 1100 fürs 1. und 2. Berufsjahr. (Im folgenden Zahlen in () = Schleswig-Holstein). Das Endgehalt im 8. Berufsjahr liegt bei 1735 DM (1710 DM). In der Gruppe für 1. Verkäufer(innen) (Hamburg 3, Schl.-Holst. B2) beginnt es mit 1620 DM (1315 DM) und endet im *6. Berufsjahr* bei 2115 DM (im *9. Berufsjahr* 1885 DM). Auszubildende erhalten in den 3 Lehrjahren 475, 510, 625 DM (480, 535, 640 DM).

Die *Brutto*erhöhungen sind: Gruppe 2: 90 DM fürs 3. Berufsjahr, sonst zwischen 105 und 120 DM (Gr. BI: 50 DM fürs 2. Berufsjahr, sonst zwischen 75 und 110 DM), in Gruppe 3 zwischen 105 und 135 DM (B2 zwischen 85 und 120 DM).

Wesentlicher Faktor für den Erfolg in Hamburg wird die Kampfkraft der HBV gewesen sein. Schon im letzten Jahr wurden im HBV-Bereich Aktionen durchgeführt, in diesem Jahr gemeinsam von den verschiedenen Fachgruppen. In Schleswig-Holstein wird ein Grund für die Schwäche die Zersplitterung des Einzelhandels und damit der Beschäftigten sein. Es zeigt, daß unbedingt Anstrengungen unternommen werden müssen, die gewerkschaftliche Organisierung zu stärken. Notwendig ist das auch, um einen Grundsteuerfreibetrag von 25% des Durchschnittslohnes sofort und die Abschaffung der Steuerklasse V und Ersetzung durch die Steuerklasse I durchzusetzen. *Daß* das notwendig ist, zeigt sich bei den Beträgen der *Netto*erhöhung. Der Erfolg beim Hamburger Abschluß wird dadurch fast aufgehoben.

So beträgt die Erhöhung brutto, Gr.2 durchschnittlich 8,8% (B1 6,4%), netto sind das in Steuerklasse I 55-75 DM = 7,5% (31-67 DM = 5,9%); Steuerklasse V 29-71 DM = 7,3% (30-60 DM = 5,6%). Bei Gr.3 ist die Erhöhung brutto 6,8% (B2 6,3%). Netto Steuerklasse I: 65-73 DM = 5,9% (52-71 DM = 5,9%); Steuerklasse V: 24-36 DM = 2,8% (25-43 DM = 3,7%). Bei der Steuerklasse V wird die Nettoerhöhung niedriger, je „höher" der Lohn ist.

(Berechnungen nach Steuertabelle 1980: 11,2% Krankenversicherungssatz, Hamburg 8%, Schleswig-Holstein 9% Kirchensteuer)

Korrektur zu KVZ Nr.17 S.6 Tabelle Abschluß EH. Schleswig-Holstein: Durch Fehler beim Auf- und Abrunden der Pfennigbeträge sind Differenzen bei den Nettobeträgen entstanden. Außerdem muß es in Gruppe B2, 8. Berufsjahr, 7.Spalte 956 DM statt 926 DM heißen, in der 9. Spalte 29 DM.

HAW-Kapitalisten wollen Arbeitszeitverkürzung durch Intensivierung der Arbeit unterlaufen

b.güt. Seit Anfang April verhandelt der Betriebsrat von HAW mit der Betriebsführung über die Durchführung der tariflich festgelegten Arbeitszeitverkürzung bei Kontischicht von 42 auf 40 Stunden. Etwa die Hälfte aller Arbeiter und Angestellten bei HAW betrifft die Arbeitszeitverkürzung.

Den Arbeitern und Angestellten geht es darum, der Betriebsführung auf der Grundlage des neuen Manteltarifs engere Grenzen gegen die maßlose Vereinnahmung ihrer Arbeitskraft durch die Kontischicht zu ziehen. Der Vertrauenskörper hat gefordert, die Arbeitszeitverkürzung durch zusätzliche Freischichten abzugelten. Die Freischichten sollen auf der Tagschicht liegen und es sollen Neueinstellungen vorgenommen werden, welche die Arbeit der Freischicht übernehmen. Wenn der Lohnausgleich schrittweise wegfällt – wie es der Manteltarif vorsieht – soll die Schichtzulage um jeweils 1% angehoben werden. Außerdem fordert der Betriebsrat, daß Arbeiter ab 55 Jahren mit vollem Lohnausgleich von der Schicht auf die Tagschicht versetzt werden.

Die HAW-Betriebsführung hatte zunächst alle Forderungen abgelehnt. Inzwischen mußten sie der Forderung nach zusätzlichen Freischichten zustimmen. In der Gießerei wollen sie eine Tagschicht einstellen, weil sie wissen, daß die Gießereiarbeiter eine weitere Verschärfung der Arbeitshetze nicht hinnehmen werden. Die Einstellung einer Tagschicht in den Ofenhallen lehnen sie ab. Hier bekunden sie offen die Absicht, den Arbeitstag zu verdichten und von den Arbeitern erkämpfte Pausen anzugreifen. Diesen Versuch haben die Arbeiter in den letzten Jahren schon häufiger erfolgreich abgewehrt und sie haben die Mittel, es diesmal auch zu tun. Sie brauchen nur langsam zu arbeiten.

Arbeitszeitverkürzung ruft bei den Kapitalisten unweigerlich den Versuch hervor, den Arbeitstag zu verdichten. Das ist gesetzmäßig so. Durchkommen brauchen die Kapitalisten damit noch lange nicht.

Sanierungsprogramm für Stader Innenstadt



Der Stader Stadtdirektor Schneider schickte ab 28.04. für 4 Tage 10 seiner leitenden Beamten mit Liste und Stadtplan durch die Stadt, um „Mißstände" aufzuspüren. Verkauft wird diese Stadtbegehung als Trimm-Aktion. Schneider: „Für die städtischen Beamten und alle anderen in der Innenstadt Beschäftigten ist es zumutbar, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen."

Schnipkoweits „Lösung" der Bleiverseuchung. 10 Mio. DM Geschenk für Preußag

r.mio. Mit zehn Millionen DM für umsiedlungswillige Familien im Raum Oker/Harlingerode wollte der niedersächsische Sozialminister die berechtigte Empörung der Bewohner gegen die Verseuchung dieses Gebietes durch die Hüttenwerke der Preußag AG Metall einfangen und dem Preußag-Vorstand aus der Schußlinie helfen. Sprach Schnipkoweit Anfang März auf einer Pressekonferenz in Goslar anscheinend Pressekonferenz in Goslar anscheinend von verlorenen Zuschüssen, stellte sich Ende März heraus, daß es sich um zinslose Darlehen aus dem Wohnungsbaumittelfonds handeln sollte, die auch nur an umzugswilligen Familien mit Kindern aus einem eingegrenzten Bereich in Oker „zur Verfügung gestellt" werden sollen. Diese zinslosen Darlehen sollen mit 1 Prozent Tilgung und 0,25 Prozent Verwaltungsgebühren zurückgezahlt werden. Gegen diese Form der „Hilfe" rebellieren auch bürgerliche Politiker in Goslar und Oberstadtdirektor Scholz, die sich „das Problem" vom Hals schaffen wollen ohne die Preußag zu treffen.

Einig sind sich die bürgerlichen Parteien, daß eine kräftige Subventionierung der Preußag notwendig ist. Mit einem Investitionsprogramm von 19,5 Mio.DM sollen die Hüttenwerke in Oker/Harlingerode saniert werden, was *auch* die Umweltbelastung in der Umgebung der Hütten verringern soll. Nach Angaben von Schnipkoweit soll die Summe *mindestens zur Hälfte* aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden, darüber sei Einigkeit zwischen Bundesinnenministerium, dem Land Niedersachsen und der Preußag erzielt worden. Also werden 10 Mio.DM oder mehr dem Preußag-Vorstand und der Westdeutschen Landesbank als Geschenk in den Rachen geworfen, sozusagen als Trostpflaster für die öffentlichen Angriffe; die Bewohner in Oker dagegen erhalten die Alternative vorgesetzt: entweder sich verschulden oder im Immissionsgebiet wohnen bleiben.

Entsprechend frech trat Larsen, Direktor der Hüttenwerke, am vorletzten Wochenende in der „Aktuellen Schaubude" im NDR-Regionalfernsehen auf: „Wenn wir Industrie haben wollen, müssen wir mit Beeinträchtigungen leben." Larsen rückte bisherige Umweltschutzinvestitionen der Preußag ins Rampenlicht, verwies auf die Unterschreitung der von der Gewerbeaufsicht vorgeschriebenen Werte. Für zusätzliche Maßnahmen seien 20 Mio. DM vorgesehen. Kein Wort davon, daß die Preußag nicht die Hälfte zahlen wird und daß sowieso notwendige Produktionsanlagen finanziert dige Produktionsanlagen finanziert werden, wie der Bau einer Lager- und Vorbereitungshalle für Erze aus dem Altanlagensanierungsprogramm der Bundesregierung. Es ist wirklich notwendig zu fordern, daß die Landesregierung eine Verordnung erlassen soll, die die Preußag als Verursacher der Schwermetallbelastung zur Beseitigung der Emissionsquellen und zur Bezahlung aller Schäden und Folgekosten zwingt.

Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Goslar Friederich hat die fehlende Zusammenarbeit der staatlichen Gewerbeaufsicht mit den Gewerkschaften und Betriebsräten bemängelt. Am 1.Mai demonstrierten in Goslar Preußag Arbeiter unter Transparenten und Schildern: „Arbeitsplätze *und* Umweltschutz bei der Preußag" und „Für Gesundheit am Arbeitsplatz". Die IG Metall kritisiert, daß Arbeitern die Erwerbsunfähigkeitsrente verweigert wird, und fordert die Herabsetzung des Rentenalters für Hüttenarbeiter sofort auf 60, später auf 55 Jahre, da sie der Doppelbelastung von Schichtarbeit und Schadstoffen ausgesetzt sind. Die Bedingungen sind eher günstig, den Versuch einer Spaltung von Arbeitern, Bauern und Anwohnern über „gefährdete Arbeitsplätze" erfolgreich zu bekämpfen.

In der vorletzten Woche haben sich drei bisher arbeitende Bürgerinitiativen zu einer „Bürgerinitiative Oker/Harlingerode" zusammengeschlossen. U.a. werden Arbeitskreise zu den Themen Umsiedlung und Entschädigung, Gesundheit, Sanierungsmaßnahmen, Betriebe und Arbeitsplätze, Landwirtschaft und Landschaftsschutz gebildet. Erstes Ziel ist die Aufstellung eines gemeinsamen Forderungskatalogs.

Besondere Verpflichtung, sich der deutschen Frage anzunehmen

r.doz. Die stellvertretenden niedersächsischen CDU-Fraktionsvorsitzenden Drape und Blanke erhoben Anfrage. Ob die Landesregierung die Ansicht der SPD-Opposition teile, daß es sich bei der Angabe der Staatsangehörigkeit gegenüber DDR-Behörden um belanglose Formalitäten handele. Der Anlaß für die Anfrage: Fünfzig SPD-Fraktionsmitglieder, darunter der Landesvorsitzende der niedersächsischen SPD Ravens, rüsten zu einer Reise in die DDR. Auf ihren Einreiseanträgen vermerkten sie unter der Rubrik Staatsangehörigkeit nicht „deutsch", sondern „BRD". Auf Nachfrage kam eben die Bezeichnung „belanglose Formalitäten". Diese Frage wird nun demnächst den niedersächsischen Landtag beschäftigen.

Lächerlich? Der SPD-Abgeordnete Radloff stellte am 14. März des Jahres ebenfalls in einer Kleinen Anfrage klar, worum es geht. Er fragte an, ob er denn in der „Ostfriesen-Zeitung" vom 10. März richtig gelesen habe, daß die Landesregierung „eine Wiedervereinigung im klassischen Sinne, also in der Form einer Angliederung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland", nicht mehr für erreichbar halte, ja nicht einmal mehr für wünschenswert? Zielvorstellung der Landesregierung sei eine Wiedervereinigung von unten – was sie denn darunter verstehe? – Vielleicht ein etwas geschickteres Operieren bei Gelegenheit als am 17. Juni 1953?

Das Protokoll der Debatte des Haushaltsetats des Ministeriums für Bundesangelegenheiten vom 12. Februar 1980 vermerkt: „Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten: ... Entsprechend einer guten Übung möchte ich heute nur auf einige aktuelle Themen eingehen. Einen Schwerpunkt bilden die innerdeutschen Aufgaben. Niedersachsen ist als Land mit der längsten Grenze zur DDR verpflichtet, sich im besonderen Maße der deutschen Frage anzunehmen und ein gesamtdeutsches Bewußtsein zu fördern und zu erhalten. (Unruhe. – Glocke des Präsidenten)"

„Trotz der Haushaltsenge" war der Landtag in der Lage, die Mittel für „innerdeutsche Information und Bildung aufzustocken und damit auch einem grundgesetzlichen Auftrag Rechnung zu tragen", trug der Abgeordnete Reinemann von der CDU „ein klein wenig stolz" vor, da „das Land Niedersachsen in diesem Bereich eine Spitzenposition beim Aufwand solcher Mittel einnimmt." Aus diesen Mitteln wird dann in etwa folgendes finanziert. Zuwendungen an die Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft, die „über einen Stamm hochqualifizierter Referenten" verfügt; Förderung des Arbeitskreises Sonnenberg für deutschlandpolitische Veranstaltungen für Ausländer wie Grenzbereisungen und Seminare. „Auf diese Weise werden die in der Bundesrepublik stationierten alliierten Soldaten mit der Problematik der deutschen Teilung vertraut gemacht." Aha. Oder Förderung staatsbürgerlicher Bildung von Aussiedlern. Und vor allem: innerdeutsche Information. Besonders hervorgehoben wurde zudem die besondere Aufgabe, „das Wesen und die Besonderheit der ostdeutschen Kultur in die Entwicklung der Kultur unserer Zeit einzubeziehen", wozu die „stolze Bilanz" bei der Präsentation Niedersachsens in Bonn durch die Landesvertretung Erwähnung fand wie die Ausstellungen „Kostbarkeiten aus Schlesien" und „Niedersachsen zwischen London und Byzanz".

Die umfassende Spionage- und Wühlarbeit wird sich dereinst bezahlt machen, denken sich die westdeutschen Imperialisten. Die CDU formulierte es in ihrem Grundsatzprogramm: „... verkennen wir nicht die realen Machtverhältnisse. Aber zu der Macht der Tatsachen zählen nicht nur die Politik der Regierungen und die Stärke der Waffen, sondern auch der Wille der deutschen Nation zur Einheit, der seine geschichtliche Kraft behalten wird."

Stadtrat in Münster beschließt Fahrpreiserhöhungen

Der Kampf dagegen findet breite Unterstützung / Gewerkschaften bilden ihren Kern

r.smm. Auf der 1. Mai Kundgebung des DGB in Münster sprach sich der DGB-Vorsitzende des Kreises gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen aus. Er rief auf zu einer Demonstration am 10. Mai in Münster gegen die Fahrpreiserhöhungen. Bis zum 1. Mai haben zehn Gewerkschaftskörperschaften und gewerkschaftsähnliche Zusammenschlüsse in Briefen und Resolutionen sich gegen die Fahrpreiserhöhungen ausgesprochen.

Der Rat der Stadt Münster hat die Fahrpreiserhöhungen zum 1. Juni beschlossen. Über 18 Millionen DM hat die Stadt Münster 1979 aus dem Überschuß der Stadtwerke eingenommen. Im gleichen Jahr hat sie über 50 Millionen DM aus Gebühren eingenommen. 10% ihres Jahresetats hat sie mit diesen Einnahmen bestritten. 38% bestritt sie aus Steuereinnahmen. Insgesamt bestritt die Stadt 59% ihrer Ausgaben aus eigenen Einnahmen. 41% des Haushalts bilden Zuweisungen, Erstattungen und Kredite. Im wesentlichen gestellt vom Bund, Land und den Banken. Diese Abhängigkeit von der Zentralgewalt und dem Finanzkapital kommt den Volksmassen teuer. Jahr für Jahr steigen die Zinszahlungen der Stadt. Seit 1972 sind auf diese Weise 96 Mio DM weggezahlt worden. Die Abhängigkeit nimmt nicht ab sondern zu. Der Anteil der Kreditaufnahme am Gesamthaushalt steigt stetig. Die fehlende Finanzhoheit der Kommune zwingt sie über die Erhöhung der Gebühren die fälligen Zinsen zu zahlen.

Die Rangfolge in der die Einnahmen der Gemeinde zu erheben sind, ist in der Änderung der Gemeindeordnung von 1974 gesetzlich bestimmt. Zuerst Erhöhung der Entgelte für Leistungen. Wenn dies nicht ausreicht, Erhöhung sonstiger Einnahmen, wie die Fahrpreise, erst dann können Steuern erhöht werden. Zum Schluß können dann Kredite gezogen werden. Über diesen Würgegriff der Haushaltsfinanzierung ist folgendes gewährleistet. Erstens die Plünderung der Volksmassen über die Gebühren. Zweitens die Abhängigkeit der Gemeinde von der Zentralgewalt durch deren Zuweisungen. Und drittens die Bereicherung der Banken über die Zinszahlungen.

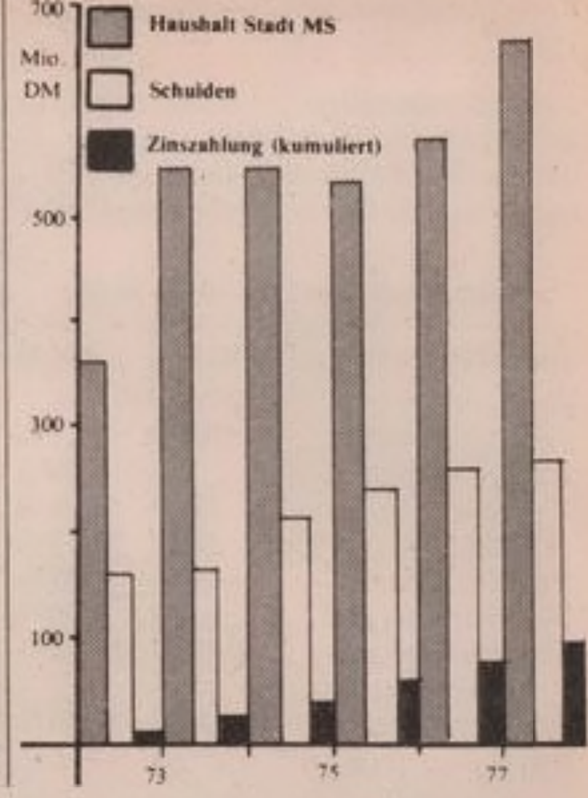
Ist deswegen irgendein Stadtratsmitglied für die vollständige Finanzhoheit der Gemeinde über die Steuermittel, die in der Gemeinde gezogen werden, eingetreten? Mitnichten. Welche Gründe kann es geben, nicht zu versuchen den Stadtrat zu zwingen, für die Finanzhoheit einzutreten und gleichzeitig die Erhöhung der Fahrpreise zurückzuschlagen. Die Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen muß man jetzt wollen. Mit allen Mitteln. Die politischen Kräfte die das können, bilden bereits den Kern der Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen.

Mio. DM — 70 / 50 / 30 / 10 — 73 / 75 / 77

Gebühren ges. und Überschuß Stadtwerke

Überschuß Stadtwerke

Verwaltungsgeb.





Gute Kampfmöglichkeiten im Operationssaal

r.ser. Immer mehr spüren die Beschäftigten, daß die Klinik durch Kostendämpfung einem kapitalistischen Produktionsbetrieb gleicht. In den Operationssälen wird durch Personaleinsparungen die Ausbeutung der Arbeitskraft bis zum Höchstmaß getrieben. In der Frauenuniversitätsklinik in Münster werden von den Op-Schwestern zwischen 18 und 24 Bereitschaftsdienste im Monat gemacht. Die leitende Op-Schwester konnte keinen Dienstplan mehr schreiben, weil die Op-Schwestern sich geweigert haben, soviele Dienste zu machen, und hat gekündigt. Eine so hohe Anzahl an Bereitschaftsdiensten bringt dem Beschäftigten neben dem Ruin seiner Arbeitskraft ungeheure steuerliche Abzüge und dem Dienstherrn (Staat) den Gewinn. Bei Personalforderungen stößt man bei der Dienstaufsicht auf das Argument, man könne niemanden zum Bleiben zwingen. Das bedeutet, daß sie wie bei den Akkordarbeitern in der Industrie so vorgehen wollen: höchste Ausbeutung der Arbeitskraft, dann können die Beschäftigten gehen, und es werden neue eingestellt und die Ausbeutung immer mehr verschärft. Deshalb ist es falsch zu kündigen. Gewinnen können die Beschäftigten nur, in dem sie bleiben und gute Kampfbedingungen schaffen. Eine hohe Fluktuation erschwert die Kämpfe.

Westberlin: Senat kann Bettenstreichungen nach Plan nicht durchsetzen

r.juh. Jetzt, nachdem die Novellierung von 1972 im Bundestag verabschiedet wurde, versucht der Westberliner Senat erneut mit verschärftem Druck die geplanten Kostendämpfungsmaßnahmen in den Krankenhäusern durchzusetzen. Dazu gehören auch die im Bettenbedarfsplan von 1978 vorgesehenen Bettenstreichungen. Den Beschäftigten in den Krankenhäusern gelingt es jedoch zunehmend, diese Pläne zu zerschlagen. So mußte die geplante Streichung von 417 Betten am Krankenhaus Neukölln unter dem Druck der Aktionen der „Bürgerinitiative gegen Bettenstreichungen" von Senat und Bezirksamt bereits zurückgenommen werden. Am Urbankrankenhaus in Kreuzberg hat der Senat jetzt zum zweiten Mal die Schließung der Abteilung Wartenburgstraße mit 300 Betten gegen den heftigen Kampf der Beschäftigten nicht durchsetzen können. Und im Klinikum Charlottenburg mußte die Streichung eines Teils der Strahlenklinik, darunter eine chirurgische Kinderstation, nach Protesten des Personalrats und der Betriebsgruppe der ÖTV und einer Unterschriftensammlung der Pflegekräfte und Eltern der Kinderstation ebenfalls verschoben werden. Die FDP hat jetzt den Bettenbedarfsplan kritisiert und den Gesundheitssenator aufgefordert, alle mit der Planung zusammenhängenden Aktivitäten zu stoppen und die Planung neu zu überprüfen.

Tabletten anstelle von gesunder Ernährung

r.gör. Niedersachsens Sozialminister Schnippkoweit hat per Erlaß (vom 12.3.1980) die Lehrer aufgefordert, täglich Fluorid-Tabletten an die Schulkinder zu verteilen. Das soll gegen Zahnkrankheiten helfen. – Tatsächlich ist die Gesundheit der Zähne der Kinder und Jugendlichen äußerst schlecht. Medizinaldirektor Dr. Stock von der Jugendzahnpflege in Hannover stellt fest, daß zur Zeit schon bei den Fünfjährigen 80% und bei den Sechsjährigen 90% an Zahnkaries leiden. Aber woran liegt das? – Fluorid kann in gewissem Umfang Zähne widerstandsfähiger gegen Zahnfäule machen. Aber die Ursache von Zahnfäule wie überhaupt von schlechten Zähnen ist in erster Linie eine schlechte oder mangelhafte Ernährung. Das ist oft genug festgestellt worden, und man muß nicht der Propaganda glauben, daß das an „individuellem Fehlverhalten" liege. Allein schon die Zahl derer, die täglich in Kantinen essen müssen, ist aufschlußreich. Sie hat von Jahr zu Jahr zugenommen und liegt jetzt bei 6,5 – 7 Millionen. Das betrifft also ein Drittel bis die Hälfte aller Lohnabhängigen-Haushalte. Und die Folgen für die Kinder? Selbst wenn das Geld reicht, machen Überstunden, Schichtarbeit, die Lohnarbeit von beiden Elternteilen es äußerst schwierig, die Kinder gesund zu ernähren.

Auf der anderen Seite wird durch die Bildungsreform die Schulzeit für die Kinder und Jugendlichen immer mehr verändert. Durch Konzentration der Schulen werden die Schulwege immer länger. Nachmittagsunterricht, Schichtbetrieb oder Ganztagsunterricht an manchen Schulen und eine Zersplitterung der Schulzeit kommen hinzu und bewirken, daß die Schuljugend oft den ganzen Tag in der Schule oder unterwegs ist. Diese Verhältnisse machen eine kostenlose Bereitstellung gesunder Nahrungsmittel einschließlich warmer Mittagsmahlzeiten – wodurch auch der Umfang von „Süssigkeiten" *als Ersatznahrungsmittel* eingeschränkt werden könnte – dringend erforderlich. An einigen Schulzentren wird das bereits von Schülerinitiativen gefordert, wie es auch der KBW in seinem Programm fordert. Im Unterschied zu Fluorid-Tabletten – 4 Pfennig das Stück – wäre das auch eine wirksame Maßnahme für die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen.

Beginn der Tarifverhandlungen für die Brauereien in Hamburg / Schleswig-Holstein

r.ind. Am 21.4. haben die ersten Verhandlungen für die Brauereien im Tarifgebiet Hamburg/Schleswig-Holstein stattgefunden. Die NGG stellt eine hohe Forderung von 9,8%, auf den Ecklohn sind das 209 DM, und Relationsverbesserungen für alle Lohngruppen in Bezug auf den Ecklohn auf, was aber nicht einem Mindest- oder Sockelbetrag gleichkommen soll.

Besonders die Lohngruppen II, VIIa und VIIIa werden damit hoch angehoben (siehe Schaubild). Die LG II ist praktisch die niedrigste, eingestuft sind vor allem Reinigungskräfte und Boten, LG VII umfaßt die mittleren Angestellten. An der Forderung nach Relationsverbesserung ist gut, daß die unterste LG stark angehoben wird und daß die Angestellten in die Forderungsfront einbezogen werden. Um die ganze Forderung durchzusetzen ist es nicht so günstig, daß der Ecklohn (LG IV) und daneben die LG III und V am wenigsten erhöht werden. 60% der Beschäftigten der Bavaria-Brauerei sind in diesen Lohngruppen.

Die Kapitalisten im Nordverbund haben die „Societät der Norddeutschen Brauer" gegründet. Damit hatten sie die Möglichkeit, auch Kapitalisten aus Bremen, Berlin und Niedersachsen in die Verhandlungen einzuschleusen. Sie haben kein Angebot vorgelegt. Vertagt wurde auf den 7. Mai.

Wie in Hamburg abgeschlossen wird, ist ausschlaggebend für die 68665 Beschäftigten in allen Tarifgebieten, nicht nur weil es die ersten Verhandlungen sind, auch weil von den 8 größten Braukonzernen der BRD zwei ihren Sitz und die Hauptproduktionsstätte in Hamburg haben, die Holsten- und die Bavaria-Brauerei. Beide beschäftigen über 1000 Arbeiter und Angestellte.

Im gesamten Tarifgebiet gibt es nur noch 8 Brauereien. Ähnlich ist die Lage sonst nur in Bremen und Berlin. In Hamburg wurden 1978 0,9 Mio hl Bier/Brauerei hergestellt, das war das 14-fache des Bundesdurchschnitts, und im Januar 1980 konnten nur die Hamburger Kapitalisten einen ganz beträchtlichen Produktionszuwachs (22,1% gegenüber dem Vorjahr) erzielen. Besondere Auswirkungen wird der Abschluß auch für die beiden größten Tarifgebiete Nordrhein-Westfalen und Bayern haben. In Nordrhein-Westfalen gibt es 3 große Brauereien, insgesamt 111. In Bayern ist die Tariflage besonders schlecht, die Organisierung des Lohnkampfes ist schwierig, es gibt 986 Brauereien, im wesentlichen Kleinbetriebe. In Nordrhein-Westfalen haben sich die Arbeiter bisher die höchsten Löhne erkämpft, letztes Jahr eine Erhöhung von 5,15%. Hamburg hatte 4 Monate vorher nur mit 4,79% abgeschlossen und war richtungsweisend für alle anderen Gebiete, die dann zuletzt im Oktober/November um 5,5% abgeschlossen haben. Bis 1973 zurück war der Hamburger Abschluß immer maßgebend für alle anderen Bereiche.

Um die hohe Forderung jetzt, vor allem für die unteren Lohngruppen zu unterstützen, wäre es gut, wenn in anderen Tarifgebieten schon jetzt über die Forderung beraten und beschlossen werden könnte.

Tariflohn (Kurven) % DM
Lohngruppen: I II III IV V VI VIIa VIIb VIIc VIIIa VIIIb VIIIc IXa IXb IXc X
Tariflohnspreizung in der Brauereiindustrie Ecklohn Hamburg 1979 2124 = 100%
Forderung HH / S.-H.
NRW
BRD
HH / S.-H.
Ecklöhne in den Tarifgebieten (Säulen)
180 160 140 120 100 90 80 70 60
3500 3000 2500 2000 1500
2300 2200 2100 2000
HH/Schl.-H. Bremen Hessen NRW Niedersachsen Baden-W. (Brauerbund) Fulda Rhein.-Rheinh. Oberbaden Saarland Bay. (Tarifgemeinschaft) Berlin Pfalz Baden-W. (Mittelstand) Bay. (Mittelstand)

Nein zum Gemeinsamen Markt der Trusts, höhere Erzeugerpreise! Kämpfe französischer Bauern



z.pel.Paris. Seit der Kundgebung der EG-Bauernverbände am 26.3. in Straßburg haben die französischen Bauern immer wieder für die Anhebung der Erzeugerpreise um 7,9%, gegen den Vorschlag der EG-Kommission von 2,4%, demonstriert. 25000 waren es am 28.3. in der Bretagne, 20000 am 31.3. in Südfrankreich, in mehreren Départements wurden im April Autobahnen blockiert und Häfen abgeriegelt. Um 2,4% *durchschnittlich* sind die bäuerlichen Einkommen seit 1974 gefallen. Die französische Regierung versuchte, die Kämpfe durch eine Abwertung des „Grünen Franc" um 3,7% zu entschärfen und hetzte gegen „die Briten". Als am 26.4. bekannt wurde, daß Landwirtschaftsminister Mehaignerie in Brüssel einer Erhöhung von nur 5% zustimmen wollte, wurde er am selben Tag noch bei der Eröffnung der Forstmesse in Epinal festgesetzt.

0,63 DM höherer Lohn und mehr Urlaub für die Landarbeiter

z.brb. Am 17.4.1980 wurden in Baden-Württemberg die Tariferhöhungen für die Landarbeiter rückwirkend für den 1. März mit einer Laufzeit von einem Jahr beschlossen. Der tarifliche Ecklohn wird von 8,32 DM um 0,63 DM auf 8,95 DM angehoben, die anderen Ecklöhne und die Monatslöhne erhöhen sich entsprechend. Gleichzeitig wird, noch für 1980, der Grundurlaub um 2 Tage von 20 auf 22 Werktage verlängert. Mit diesem Abschluß in Baden-Württemberg sind die zentral angestrebten Forderungen der GGLF nur bedingt durchgesetzt. Sie hatte die Tarifverträge bereits am 19.9.79 zum 31.12. gekündigt und am 26.11. in einem zentralen Schreiben an die landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände u.a. gefordert: Verringerung des Lohnabstandes zu vergleichbaren Arbeitnehmern in der Industrie, Verlängerung des Urlaubs auf 6 Wochen und Erhöhung des Urlaubsgeldes auf einen halben Monatslohn. Die Landwirtschaftskapitalisten nutzten den geringen Organisationsgrad der GGLF, um durch Verzögerung der Verhandlungen die Forderungen zu drücken. Die ersten zentralen Verhandlungen am 6.3. ließen sie ebenfalls scheitern und erst bei den zweiten am 31.3. stimmten sie, nachdem sie eine zentrale Einigung verhindert hatten, einer Empfehlung für regionale Verhandlungen zu, die zur Grundlage für den getätigten Abschluß wurde.

DDR forciert Getreideanbau, um bei Nahrungsmitteln autark zu sein

z.hku. „Eine politisch verantwortungsvolle Einstellung zum Getreide" hat E. Honecker von den Kreissekretären der SED gefordert und die Ausschöpfung aller Reserven beim Anbau von Futtermitteln. Die DDR-Presse hat eine Kampagne gegen unnötige Verwandlung von Ackerland in Wohn- und Industriegelände begonnen; sie erinnert an die Drohung der USA, den Weizen als Waffe einzusetzen. – Zu 91% versorgt sich die DDR selbst mit Nahrungsmitteln, 100%ig bei Milch, Fleisch, Eiern, Kartoffeln, Zucker, Brotgetreide; importieren muß sie neben Obst nur Getreide (1978 einschl. Mais 2,7 Mio. t aus Nordamerika), da die Getreideproduktion mit der stark gestiegenen Fleischproduktion nicht
die Getreideproduktion mit der stark gestiegenen Fleischproduktion nicht
mitgekommen ist. Schwierigkeiten sind auch durch die Bildung von großen, völlig spezialisierten LPGs Pflanzenproduktion und Tierproduktion entstanden; die LPGs Pflanzenproduktion haben teilweise die Futtermittel für besser verkaufbare Produkte vernachlässigt. Zur Beseitigung dieser und anderer Mängel sind im vergangenen Jahr „Kooperationsräte" geschaffen worden, über die die LPGs Lieferverträge abschließen, die auch Verdiensteinbußen einschließen sollen für den Fall, daß z.B. wegen mangelnder Futtermittellieferung Milch- oder Fleischleistungen sinken. – Die Sozialimperialisten treiben zu solchen Maßnahmen, die auch ihnen Entlastung in der Getreidefrage bringen.

Bestand der Viehherden in der UdSSR weiter angegriffen

z.gek. In den beiden ersten Monaten des Jahres ist nach Angaben der Statistischen Zentralverwaltung der UdSSR 13% mehr Vieh geschlachtet worden als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In absoluten Zahlen waren es Anfang März 1,1 Mio. Schweine und 7,4 Mio. Stück Federvieh weniger als im Vorjahr. In den Läden in Moskau und andern Städten wird momentan reichliche Versorgung mit Fleisch, aber akute Milchknappheit gemeldet. Alles dies deutet darauf hin, daß die Substanz der Viehherden infolge der allgemeinen Futtermittelknappheit durch die vorjährige Mißernte weiter angegriffen wird. Dies war bereits nach den Mißernten von 1972 und 1975 der Fall; auch in den nachfolgenden guten Erntejahren konnten die Herden nicht voll wieder aufgestockt werden. – In der Milchproduktion schlägt sich außer den Abschlachtungen die schlechtere Fütterung und sinkende Milchleistung nieder. Die Milchproduktion sank laut „Ekonomitschskaja Gaseta" bis Ende Februar um weitere 136000 t oder 5% im Vergleich zum Vorjahr, wo sie schon äußerst niedrig lag. – Nachdem Carter sein Getreideembargo ausgesprochen hatte, mußte Breschnew öffentlich zusichern, „daß die Pläne zur Versorgung der Sowjetmenschen mit Brot und Getreide um kein einziges Kilogramm gekürzt werden". Das wird er nur halten können, wenn die Ernte in diesem Herbst sehr hoch ausfällt.

OAU-Gipfel berät Programm für wirtschaftliche Unabhängigkeit

Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln grundlegend / Imperialistische Herrschaft längst nicht gebrochen

z.pel. Am 29.4. ist die zweitägige Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zusammengeschlossenen Staaten zu Ende gegangen. Die Konferenz in der nigerianischen Hauptstadt Lagos befaßte sich erstmalig allein mit der Organisierung des Kampfes für *wirtschaftliche* Unabhängigkeit. Der Staatschef Nigerias Shagari charakterisierte in seiner Eröffnungsrede die gleichzeitig verheißungsvolle und schwierige Phase des Befreiungskampfes der afrikanischen Völker gegen die imperialistische Herrschaft. Unter Bezug auf die erstmalige Teilnahme des unabhängigen Zimbabwe führte er aus: „Dieser Gipfel ist der glückliche Beginn der zweiten Phase des afrikanischen Kampfes für die Unabhängigkeit, ... für die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Unsere gemeinsamen Erfolge auf politischem Gebiet sind beeindruckend. Man kann jedoch nicht das gleiche für die wirtschaftliche Ebene behaupten."

Einen Tag zuvor hatte eine Reihe westafrikanischer Staaten in Conakry, Guinea, die Verstärkung ihrer Zusammenarbeit im Rahmen der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEAO beschlossen und in diesem Zusammenhang die entscheidende Bedeutung der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln betont. Die Staatschefs Kenias, Tansanias, Ugandas und Sudans kamen am selben Tag überein, die regionale Kooperation zu verstärken. Die ersten drei Länder wollen am 7. Mai über den Wiederaufbau der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft beraten.

Haben die Völker auch seit dem Ende der 50er Jahre mit der Kolonialherrschaft schwungvoll aufgeräumt und mit Ausnahme Azanias und Namibias zunächst den ganzen Kontinent befreit, so konnten Imperialisten und Sozialimperialisten ihnen zum Teil erneut schwere Ketten anlegen. Seit Jahren stagniert der Anteil Afrikas an den auf der Welt produzierten Werten bei 9%, ganze 0,6% entfallen auf industrielle Produktion. 27 der 30 ärmsten Länder mit einem Bruttosozialprodukt von unter 350 $ pro Einwohner liegen in Afrika. Die Produktion ist häufig auf den *Export* weniger von der imperialistischen Weltarbeitsteilung bestimmter Rohstoffe ausgerichtet. *Importiert* werden zu 60% industrielle Fertigwaren, zu 14% Nahrungsmittel, zu 9% Chemieprodukte, vor allem Dünger. Allein in zehn Jahren bis Mitte der 70er Jahre mußten sich die afrikanischen Staaten unter dem Druck des ungleichen Tausches die Vervierfachung der Schuldenlast von 7 Mrd. $ auf 28 Mrd. $ aufzwingen lassen. Die Arbeitslosigkeit erreicht häufig 40% der arbeitsfähigen Bevölkerung.

Der OAU-Gipfel verabschiedete einen Aufruf für eine afrikanische Wirtschaftsgemeinschaft und ein Aktionsprogramm, das den Schwerpunkt auf die Entwicklung des Agrarsektors, die Entfaltung des Transportwesens und die Entwicklung einer eigenständigen Industrie auf dieser Grundlage legt. 21 Mrd. $ sollen bis 1985 zur Unterstützung der kleinen Bauern mit dem Ziel der Nahrungsmittelselbstversorgung investiert werden; über die Hälfte soll aus eigener Kraft aufgebracht werden. Die Durchsetzung eines solchen Programmes wird nicht ohne entschiedene Kämpfe der afrikanischen Arbeiter und Bauern für ihre Klasseninteressen abgehen. Die Konferenz selbst war schon Beweis. Die Teilnehmerstaaten mußten die Vorlage des OAU-Sekretariats zurückweisen, die den „Schwerpunkt auf eine Industriepolitik der Ergänzung der Einfuhren" (El Moudjahid 27.4.) legen wollte. Die marokkanische Regierung erklärte die Preiserhöhungen für Öl zum „Haupthindernis für die Erhöhung der Preise der Basisprodukte und Quell der Inflation". Die Konferenz verurteilte diese These mit großer Mehrheit. Tatsächlich konsumiert Afrika 6% der Weltenergieproduktion, 1,5% des Öls, im besten Fall schlagen sich die Energieausgaben mit 6% in den nationalen Haushalten nieder. Die OPEC-Länder haben 1978 über 3% ihres Bruttosozialproduktes, 6 Mrd. $, für Hilfen an die Dritte Welt ausgegeben, die Imperialisten im Schnitt keine 0,4%. Und der OPEC-Zusammenschluß hat den Kampf der Völker der Dritten Welt für höhere Bezahlung ihrer Rohstoffe massiv beflügelt.

Die marokkanische Erklärung spiegelt den Einfluß wider, den die Imperialisten, zum Teil vermittelt über Kompradorenbourgeoisien, ausüben. Das Beispiel Elfenbeinküste mag die Basis dieses Einflusses erhellen. Das Land – so groß wie Italien, knapp 8 Mio. Einwohner, davon 76% Bauern und Landarbeiter – gilt den Finanzbourgeois als leuchtendes Beispiel des kapitalistischen Weges in Afrika. Das Bruttosozialprodukt ist in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 10% gestiegen und liegt pro Kopf mit über 800 $ erheblich über dem afrikanischen Durchschnitt. Die Exporte übertreffen wertmäßig die Importe. Dennoch steigt die Außenschuld sprunghaft und erreichte 1977 mit 1,2 Mrd. $ 75% des Jahresexportwertes. Allein 19% der Exporte gingen 1979 für den Schuldendienst drauf, 1976 waren es 9,3%. Der Löwenanteil der realisierten Profite fließt direkt in die Taschen der imperialistischen Konzerne, die 48% der gesamten Kapitalanlagen, in der Industrie sogar 66%, halten. Unter dem Druck der Imperialisten forciert die Regierung Houphouet-Boigny noch die rein exportorientierten Kaffee- und Kakaomonokulturen. 30–35% statt bisher 10% der Ernte soll 1985 auf Großplantagen erzeugt werden. Ein Großteil der kleinen Bauern, die 1977 3,60 FF pro Kilo Kaffee bei einem Weltmarktpreis von über 20 FF erhielten, wird sich als Landarbeiter verdingen müssen. 250 FF (1 FF = 43 Pf.) verdient ein Landarbeiter im Monat, weniger als im „armen" Senegal, ein Industriearbeiter (insgesamt 64000) verdient im Schnitt 400 FF. Schon die Verwirklichung der Beschlüsse des OAU-Gipfels kann im scharfen Kampf gegen alle neokolonialen Abhängigkeiten erfolgen.





Abidjan, die Hauptstadt der Elfenbeinküste. 1 Mio. der 8 Mio. Einwohner des Landes leben hier, in ihrer Masse entwurzelte Bauern. Und 100 Millionäre.

ÖTV richtet Kampagne für mehr Planstellen gegen die Kostendämpfung

z.brp. Parallel zur Veröffentlichung ihres Aktionsprogramms gegen die Schichtarbeit hat die ÖTV eine Kampagne für mehr Planstellen eingeleitet. Die Gewerkschaft fordert einen neuen Stellenschlüssel, der der wachsenden Vernutzung der Arbeitskraft der Beschäftigten und der mangelhaften Versorgung der Patienten entgegenwirkt. Die Vertrauensleute und Personalräte sind aufgefordert, nach einem Kriterienkatalog den tatsächlichen Personalbedarf an ihrem Krankenhaus zu ermitteln. Folgende Gesichtspunkte sollen dabei berücksichtigt werden: Ganzheitspflege zur Verbesserung der Pflegequalität; Auszubildende dürfen nicht auf den Stellenplan angerechnet werden, und sie sollen Nachtwachen nicht alleine machen müssen; eine ausreichend große Zahl von Personal muß für bestimmte, abgegrenzte Aufgaben zuständig sein, zusätzliches technisches Gerät erfordert mehr Einstellungen von spezialisiertem Personal; mehr Beschäftigte für die Frühschichten; geteilter Dienst ist unzumutbar; alle Ausfallzeiten sind zu berücksichtigen; Einhaltung der gesetzlichen und tarifvertraglichen Bestimmungen, insbesondere der 40-Stundenwoche; durch die verkürzte Verweildauer hat sich die Arbeit der Beschäftigten intensiviert; ambulante Patienten müssen bei der Belegung mitgezählt werden. Auf jeden Fall nützt dieser Katalog beim Kampf um ausreichende Planstellen. Allein eine Untersuchung im Krankenhaus Wilmersdorf in Westberlin über die zur Pflege alter Menschen nötige Arbeitszeit ergab das Fünffache von der jetzt bei der Personalbemessung zugrunde gelegten Zeit: 405 Minuten pro Patient und Tag gegenüber 82 Minuten.

Der Kampf um ausreichende Planstellen ist ein wichtiger Beitrag gegen das Ehrenbergsche Kostendämpfungsprogramm, wenngleich ohne Forderungen nach Selbstverwaltung der Versicherungskassen durch die Versicherten und nach Bezahlung der Gelder durch die Kapitalisten bzw. den Staat sowie Forderungen nach gesetzlichem Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, der Einhaltung der 5-Tage-Woche we-
Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, der Einhaltung der 5-Tage-Woche we-
sentliche Fortschritte in der Verteidigung der Reproduktionsbedingungen und politische Selbständigkeit gegenüber dem bürgerlichen Staat nicht erzielt werden können. Die ÖTV begründet die Kampagne für mehr Planstellen ausdrücklich mit dem Kampf gegen die Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Im wesentlichen über den Krankenhausbedarfsplan und das Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 hat der bürgerliche Staat die Rationalisierung in den Krankenhäusern und die Verschlechterung der Krankenversorgung betrieben: 1970 gab es noch 3587 Krankenhäuser in der BRD, 1977 bereits 170 weniger, von 1975 bis 1977 sind über 7000 Betten abgebaut worden. Obwohl sich 1979 die Pflegetage um 0,7% erhöhten und die Pflegesätze um 6,1% über 1978 lagen, gaben die Krankenkassen nur 5,1% mehr für die stationäre Behandlung aus. Nach den Berechnungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft fehlen derzeit 20000 Ärzte und 30000 Krankenschwestern, wobei der Berechnung Anhaltszahlen von 1969 unter Berücksichtigung der Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden zugrunde liegen. Durch die Senkung der Verweildauer der Kranken auf jetzt durchschnittlich 13,9 Tage – 1977 betrug die durchschnittliche Verweildauer in Akut-Krankenhäusern 15,8 Tage – ist die Arbeit der Beschäftigten erheblich intensiviert worden: Bereitschaftsdienste und geteilter Dienst werden ebenso ausgeweitet wie die Schichtarbeit, Dauernachtwachen und Dauerspätdienst, der Arbeitstag wird durch Überstunden verlängert, und es muß zumeist 6 Tage in der Woche gearbeitet werden, die Auszubildenden werden auf den Stellenplan angerechnet, müssen Nachtwachen machen und Tätigkeiten wahrnehmen, für die sie kaum ausgebildet sind, zunehmend werden Aushilfen und Teilzeitbeschäftigte eingestellt. Der Verschleiß der Arbeitskraft der Beschäftigten im Krankenhaus ist dementsprechend gestiegen, die Ausfallquote betrug 1969 durchschnittlich 15%, inzwischen jedoch über 20%. Während der jetzt anstehenden Urlaubszeit wird sich das nochmals verschärfen.

Diametral stehen sich die Interessen der Beschäftigten zum öffentlichen Dienstherrn gegenüber. Gerade hat die Bundesregierung den Vermittlungsausschuß angerufen, um die Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes baldmöglichst in Kraft setzen zu können. „Mit der Neufassung des Gesetzes soll die schon wirksame Kostendämpfung in den anderen Sektoren des Gesundheitswesens jetzt auch im Krankenhausbereich fortgesetzt werden“, schreibt die Bundesregierung zur Begründung. Krankenkassen und Konzertierte Aktion erhalten mehr Gewicht bei der Festsetzung der Pflegesätze und der Personalplanung. Dadurch, daß die Länder und Gemeinden nur den nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeitenden Krankenhäusern die Mittel für Investitionen zahlen, die laufenden Kosten durch die Einnahmen aus den Pflegesätzen gedeckt werden müssen, wird der Dienstherr alles daran setzen, die unbezahlte
deckt werden müssen, wird der Dienstherr alles daran setzen, die unbezahlte
Mehrarbeit der Beschäftigten zu erhöhen. Zur Seite steht Ehrenberg die neueingerichtete Kommission „Krankenhausfrage“ beim Ärztlichen Sachverständigenbeirat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, die sich in ihrer ersten Sitzung im April mit dem Personalbedarf in den Krankenhäusern befaßte. Und die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen verabschiedete auf ihrer Frühjahrstagung Ende März die Empfehlung: „... Die Konzertierte Aktion geht dabei von der Erwartung aus, daß die Länder und die Krankenhäuser sich unter Wahrung ihres humanitären Auftrags weiterhin bemühen, alle Möglichkeiten der Rationalisierung auszuschöpfen, ... nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Spitzenverbände der Krankenversicherung und die Deutsche Krankenhausgesellschaft ihre Beratungen über ein gemeinsames Verfahren und Orientierungsdaten zur Personalbedarfsermittlung im Krankenhaus zügig fortsetzen, um baldmöglichst zu einem Ergebnis zu gelangen.“



ILA 80: militärische Propagandaschau der BRD-Luftwaffe



Flugzeugbau am Band: Taktstraße MRCA VFW Bremen

ILA 80: Militärpropagandaschau „unsere Luftwaffe“

Kapitalkonzentration und Rationalisierung zum Vorstoß auf den Weltflugzeugmarkt

z.rew. Die 13. Internationale Luftfahrtausstellung in Hannover (ILA) wurde in diesem Jahr von Verteidigungsminister Apel eröffnet. Aus gutem Grund, denn gegenüber den Vorjahren hat der militärische Teil zugenommen und die Propagandaschau „Unsere Luftwaffe“ bildete den eindeutigen Schwerpunkt neben einer Anzahl Zubringer- und Geschäftsflugzeugen. Hier sind die US-Imperialisten marktbeherrschend, schon auf Grund ihres großen Binnenmarktes für Kleinflugzeuge. Die westeuropäischen Flugzeugkonzerne setzen jetzt vor allem darauf, den USA Marktanteile bei den Verkehrsflugzeugen und im militärischen Bereich abzujagen. Nahezu alle gezeigten Programme auf der ILA sind europäische Gemeinschaftsproduktionen. Zwar wird der Starfighter ausgestellt für Propagandazwecke (unter dem Motto: „Einmal Pilot sein im Starfighter“ kann sich jeder fotografieren lassen), aber am Eingang der ILA stößt man zuerst auf einen seiner Nachfolger: die MRCA Tornado mit voller Bewaffnung und ebenso den Alpha Jet. Der Schaueffekt ist vor allem auf Einschüchterung der Volksmassen ausgerichtet: unüberwindliche Technik und perfekte Piloten (propagiert mit Hilfe der Armee-Kunstflugstaffeln aus Frankreich und Großbritannien). Offiziere der Luftwaffe forderten mit Hinweis auf die Weltlage den Ausbau stra-
ziere der Luftwaffe forderten mit Hinweis auf die Weltlage den Ausbau stra-
tegischer Lufttransportkapazitäten.

Die Schwerpunkte des westeuropäischen Programmes, auf der ILA besonders herausgestellt, sind der Airbus, die MRCA und der Alpha Jet. Der Airbus ist ein zweistrahliger Düsenjet, der in verschiedenen Größen und Versionen gebaut werden soll und nach Baukastensystem leicht vom Passagier- in Frachter- oder Militärtransporter verwandelt werden kann. Mit dem Airbus wollen die beteiligten westdeutschen Flugzeugkonzerne (Aerospatiale/F, MBB und VFW/BRD, British Aerospace/GB, Fokker/NL, CASA/Spanien, SABCA/Belgien) dem US-Riesen Boeing Marktanteile vor allem im Nahen Osten und Lateinamerika abnehmen. MRCA Tornado und Alpha Jet werden in der BRD den Starfighter ablösen. Die MRCA, eine Gemeinschaftsproduktion von BRD-, britischen und italienischen Konzernen, ist ein strategischer Kampfbomber, der Alpha Jet (BRD und Frankreich) ein wendiges Jagdflugzeug. Die westeuropäischen Luftfahrtkapitalisten lechzen dabei schon nach den Märkten außerhalb der NATO. MBB-Vorstandsvorsitzender Madelung bemerkte auf der ILA, daß „ausgehend von dem engen Binnenmarkt die Exporteinschränkungen im militärischen Bereich ein entscheidender Standortnachteil“ seien.

Gemeinsam ist den westeuropäischen Luftfahrtkonzernen das Interesse, den USA Profite abzujagen. Keinem von ihnen kann das einzeln gelingen. Nur gemeinsam können sie das Kapital aufbringen, um die zersplitterten kleineren Produktionsanlagen profitlich zu nutzen.

Trotz der gemeinsamen Projekte bleibt ihre Konkurrenz bestehen, ja erhöht sich, denn die Aussicht auf Verfügungsgewalt über die ganze europäische Kapitalsumme und die Erwartung der Profite läßt das Herz eines jeden Bourgeois tanzen. Die Möglichkeit, diese Verfügungsgewalt zu bekommen, erhöht sich für die BRD-Kapitalisten, wenn sie durch die Fusion von VFW und MBB einen einheitlichen Konzern geschaffen haben. Mit 32000 Beschäftigten (1978) wären VFW/MBB etwa gleich groß wie das französische Aerospatiale mit 33000 Beschäftigten (1978). Nur British Aerospace mit 70000 Beschäftigten wäre größer. Umsatzmäßig jedoch stehen die Briten an 3. Stelle hinter Aerospatiale (2090 Mio., 1978) und VFW/MBB mit ca.
3. Stelle hinter Aerospatiale (2090 Mio., 1978) und VFW/MBB mit ca.
1900 Mio. Apel sagte dazu auf der ILA, daß die notwendige Fusion von MBB und VFW nur den nationalen Unterbau für die großen Gemeinschaftsaufgaben darstellen könne und notwendig sei als Zwischenstufe für eine noch umfassendere europäische Kooperationslösung. Erreichen wollen sie mit der Fusion eine immense Verschärfung der Ausbeutung durch Rationalisierung und weitere Arbeitsteilung. Zwischen VFW/MBB auf der einen und Aerospatiale auf der anderen Seite geht der Kampf um die Vorherrschaft beim Airbusprogramm schon an. Beide sind die größten Anteilshalter mit je 37,9%. Im Handelsblatt wird dem französischen „Partner“, der den Vorsitz der Airbus-Dachgesellschaft führt, völlige Unfähigkeit vor allem in der Rationalisierung vorgeworfen. Umgekehrt ähnliche Töne. Schließlich soll die Airbusproduktion von jetzt 3 Maschinen pro Monat auf 10 Maschinen pro Monat 1985 gesteigert werden. Die westdeutschen Luftfahrtkapitalisten planen dazu die Umstellung auf neue Entwicklungs- und Fertigungstechniken. Geplant ist das rechnergesteuerte Entwickeln und Konstruieren. In der Produktion wurde schon umgestellt auf Taktstraßen (Bild oben), wo früher Arbeitsgruppen von Arbeitern von einem Flugzeug zum nächsten gehen mußten, wenn ihre Arbeit erledigt war. Damit wurde auch die Sektionsbauweise eingeführt, wo nur ein bestimmtes Teil eines Flugzeuges in einem Werk gefertigt wird, z.B. an der Taktstraße für die MRCA bei VFW Bremen nur das Rumpfmittelteil hinten.



VFW-Arbeiter 1. Mai 1980

Durch diese Arbeitsteilung kann die Produktivität wesentlich erhöht wer-
Durch diese Arbeitsteilung kann die Produktivität wesentlich erhöht wer-
den (MRCA: Erhöhung der Stückzahl um 110% in den letzten 2 Jahren) und es besteht die Möglichkeit, angelernte und ungelernte Arbeiter einzustellen. Geplant ist die Einführung von einer Betriebsdatenerfassung mit Stempeluhren am Arbeitsplatz, um die wirklichen Arbeitszeiten zu erfassen für die Einführung von Leistungslohn, mit einem Fertigungsleitstand die Produktion elektronisch zu steuern. Wo sind welche Aufträge, wer bearbeitet sie und wie schnell, wo treten Probleme auf usw. Diese Vorhaben wie auch die Schichtarbeit hat der Vertrauensleutekörper und Betriebsrat Bremen abgelehnt, aber die Schichtarbeit wurde per Einigungsstelle der Belegschaft aufgezwungen. Dagegen gibt es Kampf. So mußten 2 Airbusflügel halb ausgerüstet nach Frankreich geliefert werden, da die Arbeiter bei VFW die Überstunden verweigerten. Die Antwort der VFW-Kapitalisten ist jetzt der Einsatz von englischen Leiharbeitern, die von 17 Uhr bis 3.30 Uhr in Leistungslohn arbeiten sollen.

---

z.sta. **3000 Minenarbeiter in Südkorea besetzten eine Stadt, um ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen und Rücktritt des Gewerkschaftssekretärs durchzusetzen.** Die Bergarbeiter der Dongwon, der größten privaten Kohlebergbau-Gesellschaft Koreas, hatten 42% Lohnerhöhung gefordert. Die koreanischen Kapitalisten wie die Imperialisten hatten großes Interesse daran, diesen Kampf niederzuschlagen, weil ein Erfolg der Bergleute die Lohnkämpfe der übrigen Arbeiter unterstützen würde. Mit 580 Mio. Dollar Investitionen standen die US-Imperialisten 1978 immer noch an der Spitze der Ausbeuter koreanischer Arbeitskraft. Sie sind an niedrigen Löhnen ebenso interessiert wie an ausreichender und billiger Energieversorgung. Die Gesellschaft Dongwon brachte 12% der gesamten nationalen Kohleproduktion auf. Die Kampfbedingungen der 107000 Bergarbeiter sind deshalb gegenüber den anderen Industriebranchen besser, weil sie ungefähr zu 50% gewerkschaftlich organisiert sind, während der Organisationsgrad ansonsten 25% beträgt. Als der Gewerkschaftssekretär ein 20%-Angebot der Gesellschaft akzeptierte, forderten die Bergarbeiter seinen Rücktritt. Sie erklärten, daß er korrupt sei und mehr mit der Dongwon CCM Co. zusammenarbeite, anstatt die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Er sei auch nicht regulär gewählt worden. 500 Arbeiter stürmten eine Polizeistation, als der Sekretär sich dort vor den Arbeitern verstecken wollte. Die Regierung schickte 1000 Polizisten in die Stadt, um den Aufstand niederzuwerfen. Währenddessen hatten die Arbeiter ein Waffendepot beschlagnahmt und drohten, das Feuer zu eröffnen, wenn die Polizei die Stadt betreten sollte. Nachdem sie die Stadt vier Tage lang besetzt hatten, mußte die Geschäftsleitung in Verhandlungen mit Vertretern der Bergarbeiter und der Regierung die Forderungen der Arbeiter akzeptieren. Sie erhalten eine Jahresprämie in Höhe von vier Monatslöhnen statt bisher zweieinhalb, außerdem muß die Gesellschaft sofort die im letzten Jahr zurückgehaltenen Löhne zahlen. Der Gewerkschaftssekretär erklärte seinen Rücktritt.

z.ans. **Mit aller Gewalt versucht die brasilianische Militärregierung, den jetzt vierwöchigen, die imperialistischen Autokonzerne lahmlegenden Streik der Metallarbeiter von Sao Paulo zu zerbrechen.** Illegalisierung des Streiks durch das Arbeitsgericht, Absetzung und Verhaftung der Gewerkschaftsführer in der vorletzten Woche. In der letzten Woche weitere Festnahmen von Gewerkschaftsführern, erzwungen durch brutale Polizeieinsätze mit Tränengasbomben. Die Kathedrale von Sao Bernardo, in der sich die Arbeiter treffen, ist umstellt von Panzern und Greiftrupps der Militärpolizei. Der Lateinamerikanische Gewerkschaftsbund hat den Streikenden die Solidarität der lateinamerikanischen Arbeiter übermittelt.

z.dif. **„Züblin gehört zu dem vergleichsweise kleinen Kreis der deutschen Baubetriebe, denen ein teilweises Ausweichen vom ertragsschwachen Inlandsmarkt auf das risikoreichere Auslandsgeschäft möglich war.“** (Geschäftsbericht '79) Anfang '79 betrug der Auftragsbestand 943 Mio. DM, davon 45% außereuropäische Aufträge. 1977 kaufte sich Züblin über eine Scheinfirma in Costa Rica für den Ausbau des Hafens Puerto-Limon ein. 1978 wurde mit dem Bau begonnen. Aufgrund der elenden Löhne, der fehlenden Sicherheitsvorrichtungen und der Nichtanerkennung der Bau-Gewerkschaft durch Züblin sind am 7. April 1980 400 Arbeiter der Baustelle in einen Streik getreten. Am 17.4. hat Züblin alle Arbeiter entlassen und erklärte, daß nur diejenigen, die weiter arbeiten, wieder eingestellt werden.

z.rua. **Am 23.4. traten die 8000 Beschäftigten der griechischen Luftfahrtsgesellschaft Olympic Airways in einen 24stündigen Streik.** Sie legten den gesamten Flugverkehr lahm. Sie fordern die Wiedereinstellung eines entlassenen Gewerkschaftsvertreters. Bereits am 19.4. waren sie dafür in einen sechsstündigen Streik getreten. – Seit dem 17.4. streiken 4000 Ärzte und medizinisches Hilfspersonal der staatlichen Sozialversicherungsanstalt für bessere Arbeitsbedingungen. In den Wochen zuvor hatten sie mehrere Warnstreiks durchgeführt. Seit dem 18.4. streiken 80000 Bauarbeiter. Sie protestieren gegen Investitionskürzungen der Regierung im Bausektor, die zu Massenentlassungen führen sollen und bei der hohen Arbeitslosenrate den Druck auf den Lohn verstärken.

z.mif. **Die Gewerkschaften auf Zypern führen eine Kampagne gegen die Steuerausplünderung.** Am 16. April streikten im griechischsprachigen Teil der Insel die Arbeiter, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einschließlich der Lehrer sowie die Bankangestellten für zwei Stunden. 1978 hat die Regierung den Steuereinzug gegenüber 1975 verdoppelt, sie holte bei einer Steuersumme von ca. 300 Mio. DM rund 70 Mio. mit der direkten Steuer, davon knapp 60 Mio. mittels Lohn- und Einkommensteuer; mit indirekten Steuern und Einfuhrzoll 190 Mio. DM. Für 1980 hat die Regierung mit 400 Mio. DM Einnahmen eine weitere drastische Erhöhung geplant. Seit der Vorlage des Wirtschaftsplans im Dezember greifen die Gewerkschaften diese Steuerpolitik offen an. Als die Regierung Ende März höhere Steuern auf Getränke, Zigaretten, Benzin und Kleinwagen ankündigte, was sofortige Preiserhöhungen zur Folge hatte, beschlossen die großen Gewerkschaften am 9. April einen gemeinsamen Aufruf zu Kampfmaßnahmen.

z.anb. **Nach Beratung mit den Organen der Selbstverwaltung wird in Jugoslawien eine Änderung des Lohngesetzes vorbereitet.** Sie beinhaltet eine Korrektur für die Lohnfestsetzung in „Verlustbetrieben“, solchen also, die mit einer niedrigeren Produktivität

Abschluß Bergbau NRW – Tarif Brotindustrie – Abschlüsse/Verhandlungen Handel – Forderungen Textil

z.gih. **Bergbau.** Am 29.4. einigten sich die Tarifkommission der IGBE und der Unternehmerverband Ruhrbergbau auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für die 142000 Beschäftigten um 7,15% ab dem 1. Mai. Für alle 77000 unter Tage Beschäftigten gibt es außerdem 5 DM mehr pro Schicht. Für die Beschäftigten der Steinkohlereviere Saar, Aachen und Ibbenbühren sind noch keine Ergebnisse erzielt worden. Im Tarifbezirk Saar (ca. 22000 Beschäftigte) werden die Verhandlungen am 6.5. weitergeführt.

Handel. Im Tarifbezirk Hamburg, *Fachgruppe Buchhandel und Verlage,* wurde ein neuer Gehaltstarif abgeschlossen. Die Erhöhungen liegen zwischen 100 und 145 DM. – Abschluß *Genossenschaftlicher Großhandel Niedersachsen:* 6,8% und für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen 7,5%. – Nach Baden-Württemberg und Hessen wurden die Gehälter im *Einzelhandel NRW* festgelegt. Die Löhne und Gehälter wurden um durchschnittlich 7% angehoben. Die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen erhalten bis 7,4% mehr. – Für den *Einzelhandel in Rheinland-Pfalz* hat die HBV folgende Forderung aufgestellt: 140 DM (Lohngruppe I, II) und bis zu 315 DM für K 5. – Forderungen der HBV für den Einzelhandel im Tarifbezirk Koblenz-Montabaur: Streichung der Gehaltsstaffel a) der Gehaltsgruppen B III und B IV in Koblenz/Rheinhessen, Reduzierung der Arbeitnehmer in den Gehaltsgruppen B III und B IV. Alle übrigen Forderungen wie in Rheinland-Pfalz. – In den ersten Verhandlungen des *rheinland-pfälzischen Großhandels* haben die Kapitalisten 6,8% angeboten. Die Forderungen der HBV sind: Vorweganhebung um 1,2 bis 1,3% plus einer weiteren Erhöhung von 8% bei den Gehältern und bei den Löhnen zwischen 150 und 200 DM.

Textil: In *Nordrhein-Westfalen* haben die Textilkapitalisten in der zweiten Verhandlung eine Lohnerhöhung von 5,8% angeboten. Die Gewerkschaft hat das Angebot abgelehnt. Die nächsten Verhandlungen sind am 6.5. in Krefeld. – Die dritten Tarifverhandlungen in *Hessen* sind nach einem 6%-Angebot der Kapitalisten abgebrochen worden. Ein neuer Verhandlungstermin wurde nicht festgelegt. Die Lohnforderung beträgt 9%. – Die Tarifverhandlungen zwischen den *baden-württembergischen* Textilkapitalisten und der GTB wurden in der zweiten Verhandlung am 15.4. ohne Angebot der Kapitalisten abgebrochen. Die nächsten Verhandlungen sind am 5. Mai.

Nahrung, Genuß, Gaststätten. Die Gewerkschaft NGG hat am 26.4. für die Beschäftigten in der Brotindustrie einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Danach sollen die Löhne um 6,8%, in den unteren Lohngruppen um 7,2% erhöht werden. Ab 1. Oktober soll für die Beschäftigten in der Brotindustrie die 5-Tage-Woche gelten.

Chemie-Kapitalisten: Keine Verhandlungen über Lohn- und Gehaltsstrukturveränderungen

z.wig. Mit der Aufstellung der Forderung in drei weiteren Tarifbezirken hat die IG Chemie die Einheit für den Forderungsvorschlag des Hauptvorstandes noch verbreitern können. In Hamburg hat die Tarifkommission 9% auf T3 beschlossen. In Westfalen liegt der Tarifkommission ein entsprechender Vorschlag zur Beschlußfassung vor.

Inzwischen haben die ersten Verhandlungen mit den Chemiekapitalisten stattgefunden. Sie haben erklärt, daß sie nicht bereit sind, auf die Forde-handlungen mit den Chemiekapitalisten stattgefunden. Sie haben erklärt, daß sie nicht bereit sind, auf die Forde-rungen der IG Chemie einzugehen. Sie fordern die vollständige Trennung von Lohnerhöhungen und Veränderung der Lohn- und Gehaltsstruktur. Die IG Chemie hat in Nordrhein zusätzlich eine Laufzeitverkürzung auf 11 Monate gefordert und hielt an der beschlossenen Forderungsart fest. Die Verhandlungen für Nordrhein sind auf den 14.5. vertagt worden, die für Rheinland-Pfalz auf den 20.5.

Hans Schweitzer, Landesbezirksvorsitzender der IG Chemie Rheinland-Pfalz, hat vor den Verhandlungen am 2.5. erklärt, daß entweder eine Erhöhung der Löhne und Gehälter durchgesetzt werden soll, die ,,allen Eventualitäten auf dem Preissektor Rechnung trägt oder eine Revisionsklausel, die eine vorzeitige Kündigung des neues Tarifvertrages ermöglicht''.

Auch die Höhe der Forderung sei völlig unrealistisch, erklärten die Chemiekapitalisten, und Bouillon sprach von 4,5 bis 6%. Mit 6% hoffen die Chemiekapitalisten, die mittleren und höheren Angestellten aus dem Tarifkampf rausbrechen zu können und die IG Chemie in eine Lage zu bringen, wo Kampfmaßnahmen für die beschlossene Forderungsstruktur schwierig werden. Ungefährlich ist diese Taktik der Kapitalisten nicht, vor allem wenn es ihnen gelingt, in den nächsten Verhandlungen erneut auf reinem %-Abschluß zu beharren.

ihnen gelingt, in den nächsten Verhandlungen erneut auf reinem %-Abschluß zu beharren.

Die Kapitalisten lehnen auch eine auf den Effektivlohn anrechenbare Verbesserung der Lohn- und Gehaltsstruktur ab. Bouillon vom Vorstand der Hoechst AG erklärte dazu auf einer Betriebsversammlung des Hauptwerkes des Konzerns in Frankfurt-Höchst: Er habe auch keine Lust zur Anrechnung auf den Monatslohn, weil dann alles unkalkulierbar werde. Unkalkulierbar, weil die Betriebsräte es leichter hätten, aufgrund des höheren Tariflohns, auch innerbetrieblich einiges für den Effektivlohn tun zu können. So ist es z.B. den Betriebsräten in Hessen 1970 gelungen, nach einer solchen ,,kostenneutralen'' Veränderung der Tariflohn- und Gehaltsstruktur die Erhöhungen direkt auf den Effektivlohn umzuwälzen und bei den Angestellten nach einem, spätestens nach zwei Jahren effektiv entsprechend mehr durchzusetzen.

Leyland-Arbeiter gegen Tarifvertrags-Diktat

Kapitalisten wollen ,,totale Mobilität'' / Interview mit VL-Vorsitzendem bei Leyland

z.hef.London. Mehr als tausend Arbeiter der West Works, eines Teils des Longbridge-Werks von British Leyland, beschlossen auf einer Versammlung am 24. April, ihren Streik zu beenden. Sie hatten zur Unterstützung von 48 Schweißern gestreikt, denen die Kapitalisten eine bisher bezahlte Überstunde für An- und Ablegen der Sicherheitskleidung streichen wollten. Mit dem Streik setzte die Belegschaft durch, daß die Kapitalisten die Umkleidezeit weiter zahlen, aber jetzt innerhalb der Normalarbeitszeit.

Dieser Angriff war der erste Versuch der BL-Kapitalisten, einzelne Bestimmungen des neuen Gesamttarifvertrags im Werk Longbridge durchzusetzen. BL's 86000 Arbeiter hatten den Tarifvertrag mit 41000 zu 30000 Stimmen abgelehnt. Keine Gewerkschaft hat ihn unterschrieben. Aber die Kapitalisten konnten es sich leisten, gestützt auf verschiedene Niederlagen, die sie der Belegschaft in den letzten Monaten beibrachten, den Vertrag am 8. April für gültig zu erklären.

Kernstück ist die Lohnsenkung. ,,5% Lohnerhöhung für die Produktionsarbeiter und 10% für die Facharbeiter bedeuten eine kräftige Lohnsenkung für unsere Leute. Und die 20% Inflation beruhen auf Preisen, die unsere Leute in den Läden tatsächlich zahlen müssen, aber die 5% kommen auf den Bruttolohn, da gehen erst noch Abzüge ab'', sagte uns Jack Adams in einem Interview in der letzten Woche. Adams ist Convener in Longbridge, der Vorsitzende der Vertrauensleute aller Gewerkschaften im Betrieb, der auch die Funktionen eines Betriebsratsvorsitzenden hat. Neben der Lohnsenkung erklärten die Kapitalisten am 8. April ein 96 Seiten starkes Dokument mit einschneidenden Änderungen der Arbeitsbedingungen für rechtsgültig.

Dieser Teil des Tarifvertrags zielt auf Beseitigung aller Schutzrechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften gegen die Verschärfung der Ausbeutung. Die Einspruchsrechte der Vertrauensleute bei Veränderungen der Bemannung und der Stückzahlen, beim Abstoppen usw. sollen vollständig abgeschafft werden. Den BL-Kapitalisten schwebt die ,,vollständige Mobilität'' vor, bei der ein Arbeiter, gleichgültig welcher Qualifikation oder in welchem Gesundheitszustand, ohne Einspruchsrecht der Gewerkschaften auf jeden anderen Arbeitsplatz gesetzt werden kann. Die Rastzeiten am Band und an den Maschinen sollen gekürzt, Umziehpausen für bestimmte Arbeitergruppen gestrichen werden. Ein kompliziertes Punktesystem nach Produktivität pro Werk verstärkt die Spaltung der Belegschaften der einzelnen Werke gegeneinander und ist der erste Schritt bei der Wiedereinführung der Akkordarbeit in großem Umfang bei BL.

Statt bisher 16 bis 17 Wagen pro Beschäftigtem und Jahr wollen die Kapitalisten erzwingen, daß die Arbeiter bis zum Ende 1980 20 Wagen und Ende 1981 30 Wagen produzieren. Die ,,totale Mobilität'' bedeutet eine Verschärfung der Ausbeutung für Produktionsarbeiter *und* Facharbeiter. An den neuen Produktionsbändern für das neue Modell Mini Metro, die mit industriellen Robotern ausgestattet sind, werden mehr Facharbeiter als Produktionsarbeiter arbeiten, erklärte uns Jack Adams. ,,Die Gefahr dabei ist, daß die Maschinen mehr und mehr aus leicht auswechselbaren Baugruppen bestehen, so daß die Facharbeiter auf eine Arbeit vergleichbar dem Auswechseln von Sicherungen reduziert werden, wo sie einfach bestimmte Baugruppen aufspüren und wechseln, während nur ein kleiner Teil der Facharbeiter die eigentlichen Fachkenntnisse benutzt.''

Mit dem Streik in den Western Works und mit ähnlichen Streiks bei Jaguar und in Cowley wehren sich die Belegschaften der 34 Werke gegen die Durchsetzung des einseitig beschlossenen Tarifvertrags. ,,Die Firma hat nicht nur zwischen Fach- und Produktionsarbeitern gespalten, sondern auch zwischen den einzelnen Werken'', sagte Adams. ,,In einigen Werken haben sie alle Einzelheiten des Vertrages bei der Inkraftsetzung voll eingeführt. In anderen bestimmte Teile. In diesem Werk haben sie zu diesem Zeitpunkt nichts eingeführt. Sicherlich nicht, solange die Streiks in den anderen Werken stattfanden, mit 18000 Mann im Streik. Sie warteten, bis sie die anderen Werke kleingekriegt hatten, und versuchten dann, hier als erstes die Vorbereitungszeit der Schweißer abzuschaffen.''

Ein wesentlicher Punkt des Tarifvertrags ist die Verkürzung der Rastzeiten innerhalb des Takts von 18% der Zeit auf 12%. Adams meint: ,,Wenn sie das im ganzen Werk auf einmal machen würden, hätten sie sofort eine unglaubliche Reaktion des ganzen Werks am Hals. Sie wollen, glaube ich, bei der Abstoppung einzelner Arbeitsvorgänge die 12% schrittweise einführen, so daß sie keine einheitliche Reaktion im ganzen Werk gegen sich haben, sondern nur die einer kleinen Abteilung. Das war auch die Gefahr, in der wir waren, als die 18000 streikten. Wir versuchten, eine einheitliche Antwort in allen 34 Leyland-Werken zu organisieren, aber wir schafften es nicht, die zentralen Gewerkschaftsführungen dafür zu gewinnen.''

Die 600 Shop-Stewards, die Vertrauensleute, in Longbridge haben aus den bitteren Niederlagen der letzten Monate gelernt. Sie beruhten auf der Spaltung der Arbeiter der einzelnen Werke und von Fach- und Produktionsarbeitern. Die Shop-Stewards treten jetzt für eine einheitliche, von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählte Lohnverhandlungskommission für alle Werke und für eine einheitliche Lohnforderung für Fach- und Produktionsarbeiter ein. Außerdem verstärken sie in großem Umfang ihre Aufklärungsarbeit über die Absichten der Kapitalisten mit dem neuen Tarifvertrag. Die Vertrauensleute in Longbridge haben ein gemeinsames VL-Komitee aller Gewerkschaften. Außerhalb des Werks verstärken sie die Mitarbeit in den lokalen und zentralen Gewerkschaftskörperschaften, um die Einheit mit anderen Belegschaften zu fördern.





Links: Numerisch gesteuerte Drehmaschine in Tipton. Rechts: Das neue Motorenband für die Rover-V-Motoren. Die Land-Rover und Range-Rover-Produktion soll in kurzer Zeit mehr als verdoppelt werden.

---

produzieren als der gesellschaftlich durchschnittlichen. Bisher erhielten in diesen Betrieben *alle* Arbeiter den gleichen Lohn, das die unmittelbaren Reproduktionskosten deckende ,,garantierte Einkommen'', die Bezahlung nach der Leistung war damit außer Kraft. Die Arbeiter kritisierten, daß mit dieser Regelung 1. der Verlust, der in den weitaus meisten Fällen auf die Verschlechterung der Austauschrelation auf dem Weltmarkt zurückgeht, dem einzelnen Kollektiv angelastet wurde, 2. das Hauptziel, die Produktivität zu heben, durch mangelnde Förderung der Initiative und unterdurchschnittliche Bezahlung der fachlichen Kader behindert wurde. Die Neuregelung sieht vor, daß für die Lohnsumme dieser Betriebe der effektive Durchschnittslohn der jeweiligen Teilrepublik mal Anzahl der Arbeiter gilt, daß in der Verteilung dieser Lohnsumme aber nach dem Prinzip ,,Jedem nach seiner Leistung'' verfahren wird.

z.ans.Rom. **Für den 29.4. riefen die italienischen Gewerkschaftsbünde zu einem 24stündigen Streik der rund 5 Mio. Arbeiter im Handwerk auf.** Mit einem zweistündigen Streik unterstützten die Arbeiter in der Industrie deren Forderungen nach besserem Kündigungsschutz und gewerkschaftlichen Rechten auch für Kleinbetriebe. ,,Einen Vertrauensmann in jede Werkstatt!'' forderte die Textilarbeitergewerkschaft auf einer Konferenz zum Thema Auslagerung von Teilen der Produktion aus den Konzernen in Handwerksbetriebe und in Heimarbeit. Um 10% nahm die Beschäftigtenzahl im Handwerk von 1975 bis 1978 zu. Um 33,8% stieg von 1973 bis 1978 die Zahl der Frauen, um 8,3% die Zahl der Männer, die in ausgelagerten Abteilungen der Textilkonzerne schaffen. Insgesamt werden dort 28% der 1,3 Mio. Textilarbeiter ausgebeutet. Die Brüder Cimino aus Neapel, die die gesamte Produktion in Heimarbeit machen lassen, sollen die größten Hosenfabrikanten Italiens sein. Die Zergliederung des Produktionsprozesses und die Beweglichkeit der Maschinerie ermöglichen diese Entwicklung. Die nach Extraprofiten gierenden Kapitalisten sparen Kosten für neue Maschinerie ein und nutzen die geringe gewerkschaftliche Kampfkraft der zersplitterten Arbeiter, um Niedrigstlöhne zu zahlen.

z.anb. **Nach Beschlüssen der Gewerkschaften Öffentliche Dienste, Metall, Chemie, Bau und Holz sowie Textil hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund jetzt zentral dem ,,Saisonnierstatut'' den Kampf angesagt.** Es geht um die geplante Neufassung dieses Kernstücks des schweizerischen Ausländergesetzes, das durch die Verweigerung des Aufenthaltsrechts und das Verbot, die Familie nachziehen zu lassen, jährlich über 100000 Saisonarbeiter in vollständig entrechtete Tagelöhner verwandelt. Ausgebeutet werden diese in Gaststättengewerbe, der Landwirtschaft, der Konserven- und der Bauindustrie. Bis in die Reihen der katholischen Arbeitervereine ist die Aktionseinheit für eine Volksabstimmung zur ersatzlosen Streichung des Zwangsgesetzes aufgebaut.

z.inl.Paris. **Am 1. Mai, 40 Tage nach Streikbeginn, konnten die Pariser Metroreiniger ihren Sieg im Lohnkampf feiern.** Am Abend zuvor mußte die RATP, Staatsbetrieb für den Pariser Transport, zusammen mit den zwölf Reinigungsfirmen, die sie unter Kontrakt hält, einem Tarifvertrag zustimmen, der eine kräftige Lohnerhöhung bedeutet. Der Lohn von 2325 FF vor dem Streik wird in drei Stufen bis zum 1. Oktober auf die geforderten 2800 FF angehoben, wobei die erste Erhöhung ab April 212 FF (91 DM) beträgt. Der Tarif läuft bis Juli 1982, der Lohn wird dann 3700 FF betragen. Die RATP mußte außerdem eine Beschäftigungsgarantie geben – bis 1983 darf keiner der 900 ausländischen Arbeiter entlassen werden. Auch der Zugang zu Duschen und Kantinen der Metro, vorher verboten, wurde durchgesetzt. Seit dem Alsthomstreik letzten November hat die französische Arbeiterklasse damit zum ersten Mal wieder eine reale Lohnerhöhung erkämpft. Daher die Begeisterung, mit der die Demonstrationsblöcke der Metroreiniger am 1. Mai begrüßt wurden.

z.mif.London. **Für Dienstag bis Freitag dieser Woche hat die britische Lehrergewerkschaft 300 Lehrer an 25 Schulen in Nottinghamshire zum Streik aufgerufen.** In Nottingham in Mittelengland entließ die Stadt im Januar 136 Vorschulerzieherinnen, die gemeinsam mit Vorschullehrern die Kinder von 5 und 6 Jahren unterrichten. Die Vorschullehrerin Eileen Crosbie fand sich daraufhin vor einer Klasse mit 40 Kindern. Sie verweigerte auf Empfehlung ihrer Gewerkschaft, der National Union of Teachers, den Unterricht. Die Gewerkschaft unterstützt alle Kampfmaßnahmen von Lehrern gegen Klassen mit mehr als 30 Schülern. Die Schulbehörde suspendierte die Lehrerin Crosbie. Die Gewerkschaft führte eine Urabstimmung über Kampfmaßnahmen durch, und bis Ostern beteiligten sich im Bezirk Nottinghamshire 450 Lehrer an 35 Schulen an einer Serie von kurzen Streiks. Mitte April wurde die Lehrerin Crosbie entlassen, darauf traten die anderen Lehrer an ihrer Schule in einen Solidaritätsstreik, und an mehreren anderen Schulen weigerten sich Lehrer, übergroße Klassen zu unterrichten. Die Schulbehörde verbot daraufhin 40 an der Aktion beteiligten Lehrern das Betreten ihrer Schulen und kürzte ihnen das Gehalt, darunter einem Rektor, der sich geweigert hatte, Lehrer seines Kollegiums wegen dieser Kampfmaßnahmen disziplinarisch zu bestrafen. – Ähnliche Auseinandersetzungen werden aus Devon im Südwesten Englands gemeldet. Überall werden derzeit die Aufwendungen der Gemeinden für Ausbildung – teils auf Druck der Zentralregierung – zusammengestrichen. In vielen Städten werden ausscheidende Lehrer nicht ersetzt, teilweise wird direkt entlassen. In Manchester streiken 200 Lehrer gegen die Streichung von 90 Planstellen.

Fachtagung Medizin beschließt Zusammenarbeit mit der ÖTV bei der Studienreform

z.vol. Am 12.4 haben 34 Vertreter der medizinischen Fachschaften und Fachbereiche in Frankfurt über die weiteren Schritte im Kampf gegen die Studienreform der Regierung und für eine bessere Ausbildung der Mediziner beraten. Ein Forderungsprogramm und ein Zeitplan für die Aktionen sind beschlossen worden.

Die Regierung hat durch die ,,Kleine Kommission'' Empfehlungen für die 3. Änderung der Approbationsordnung (Zulassungsordnung) für Ärzte ausarbeiten lassen: Das Praktische Jahr soll auf 2 Jahre ausgedehnt werden, die Prüfungen, die jetzt nach dem Praktischen Jahr gemacht werden, sollen vor dem Praktischen Jahr gemacht werden, so daß die jungen Ärzte voll in den Krankenhäusern schaffen können, ohne daß ihnen Zeit für das Studium gegeben werden muß. Weiterhin sollen bei allen Prüfungen auch mündliche Prüfungen eingeführt werden. Darüber hinaus denken Experten vom Institut für Medizinische und Pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) im Ärzteblatt darüber nach, ob nicht mit Abschaffung des Numerus Clausus die Prüfungen im Studium am besten verschärft werden können. Die FDP schlägt vor, daß die Medizinstudenten vor dem Studium ein Jahr ein Krankenpflegepraktikum machen sollen.

Die Fachtagung hat die Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr bekräftigt. Sie hat Forderungen beschlossen, um die Willkür der Regierung und Professoren einzuschränken: geprüft werden darf nur, was gelehrt wird; Auflösung des IMPP. Darüber hinaus sollen jetzt Untersuchungen eingeleitet werden, um positiv zu klären, was ein Medizinstudent im Studium lernen muß.

Die Fachtagung hat beschlossen, mit der ÖTV zentral und an den Orten Verbindungen aufzunehmen, um gemeinsam Forderungen auszuarbeiten. Auf dem Gesundheitstag am 5. Mai in Westberlin werden Fachtagung und ÖTV eine gemeinsame Erklärung gegen die Regierungspläne bei der Medizinerausbildung verabschieden. Im Anschluß an die Kundgebung des Studentenfestivals der vds am 7. Juni werden Fachtagung und der Bund gewerkschaftlicher Ärzte (ÖTV) eine Veranstaltung durchführen. Auf dieser Veranstaltung sollen die Forderungen wie Abschaffung der Abschlußprüfung, Beschränkung des Stoffes und der Kurse, so daß man mit 40 Wochenstunden studieren kann, besprochen werden. Auch der Vorschlag der ÖTV zur Reform des Medizinstudiums soll dort besprochen werden: Abschluß nach 6 Jahren, Bezahlung und bessere Verbindung zwischen Vor- und klinischen Semestern. Zusammengefaßt werden sollen die Beratungen in einem Kongreß mit der ÖTV im Wintersemester, um dort ein Forderungsprogramm aufzustellen. In diesem Semester werden Medizinerfachschaften und ÖTV am 25.6. einen Aktionstag durchführen, gemeinsame Kundgebungen organisieren, um ihre Forderungen zu propagieren.

Argentinische Junta beseitigt politische und gewerkschaftliche Rechte an den Hochschulen

z.ans. ,,Niemand bezweifelt, daß die schwierigen politischen und sozialen Umstände, die bewaffneten Terrorismus und ideologische Unterwanderung einschließen, die Universitäten zu Brennpunkten der Zersetzung gemacht haben'', begründet die führende argentinische Tageszeitung das von der Militärregierung Videla am 11. April dekretierte Universitätsgesetz. Wenige Tage nach dem vom US-Imperialismus betriebenen Putsch März 1976 war das bis dahin gültige Universitätsgesetz, das weitgehende Autonomie vorsah, außer Kraft gesetzt worden. Die entstandene Lücke ist jetzt gefüllt: Politische und gewerkschaftliche Rechtlosigkeit von Studenten und Lehrpersonal sind gesetzlich fixiert.

Verboten sind alle Tätigkeiten, die

Verboten sind alle Tätigkeiten, die ,,Propaganda, Indoktrinierung, Proselytenmacherei, Agitation parteipolitischen und gewerkschaftlichen Charakters bedeuten, ebenso die Verbreitung und Zustimmung zu totalitären oder subversiven politischen Auffassungen''. Lehrtätigkeit ,,ist unvereinbar mit der Ausübung von führenden Ämtern in Parteien und Gewerkschaften''. Die Hochschulautonomie wird zur bloßen Farce: Ist die ,,öffentliche Ordnung schwer gestört'', existieren ,,große Konflikte mit der Staatsgewalt'', dann interveniert die Militärregierung.

Die im alten Gesetz enthaltenen Vertretungsrechte der Studenten sind beseitigt. Den Rektor der Universität setzt unmittelbar die Junta selbst ein.

In den Jahren von 1967 bis 1977 hat sich die Zahl der argentinischen Studenten mehr als verdoppelt, die der staatlichen Universitäten ist von neun auf 26 angewachsen. Die Rolle der Universitäten als ideologische Bollwerke der besitzenden Klassen ist gefährdet: Die Studenten und auch Teile des Lehrpersonals rekrutieren sich in zunehmendem Maße aus den Volksmassen, leisten Widerstand gegen die tägliche Terrorherrschaft: gegen Festnahmen, Ermordungen, gegen Massenentlassungen, Lohnraub und Steuererhöhung, gegen die Beseitigung von gewerkschaftlichen und politischen erehöhung, gegen die Beseitigung von gewerkschaftlichen und politischen Rechten.

Die Militärdiktatur will mit dem neuen Gesetz dieser ,,vaterlandslosen Unterwanderung'' auch dadurch einen Riegel vorschieben, daß sie den Zugang für die besitzlosen Studenten erschwert: Bisher bestand Gebührenfreiheit, diese ist jetzt aufgehoben. Nur wer den Beweis für den nötigen ,,Patriotismus'', die ,,moralische Würde'' und die ,,Tauglichkeit für das öffentliche und private Leben'' erbringt, bekommt Beihilfen.

Westsamoa protestiert gegen Sprachprüfungen für Studenten in Neuseeland

z.sta.Sydney. In diesem Jahr hat die neuseeländische Universitätskommission 13 von 18 Studenten von Westsamoa abgelehnt, weil sie den Englisch-Sprachtest nicht bestanden hatten. Der Sprachtest muß von allen Studenten abgelegt werden, deren Muttersprache nicht Englisch ist, auch wenn sie die Eingangsprüfung bereits bestanden haben und ein Stipendium erhalten. Westsamoas Premierminister Efi hat dagegen persönlich Protest bei Neuseelands Regierungschef eingelegt. Nach zweitägigen Verhandlungen mußte Muldoon, Premierminister von Neuseeland, erklären, die Regierung werde sich dafür einsetzen, daß der Sprachtest für die Länder wegfällt, die Neuseelands Schulsystem haben, wozu auch Westsamoa zählt. Die Regierung Westsamoas konnte sich durchaus auf besondere Beziehungen zu Neuseeland berufen, weil beide Länder 1962 – kurz nachdem Westsamoa ein unabhängiger Staat geworden war – einen Freundschaftsvertrag unterzeichnet haben, der vorsieht, daß Neuseeland allen Wünschen nach technischer, administrativer und anderer Unterstützung freundschaftlich entgegenkommen wird.

Tatsächlich ist Neuseelands Hilfe für die wissenschaftliche Ausbildung der Studenten von den Pazifik-Inseln rapide zurückgegangen. 1970 wurden von der Regierung 62 Stipendien an die Inselstaaten vergeben, 1976 waren es noch 13. Gegen den Zustrom billiger Arbeitskräfte dagegen hatte die Regierung bis vor kurzem nichts einzuwenden. Erst seitdem sich die imperialistische Krise in Neuseeland verschärft hat, wird die Einwanderung aus den Pazifik-Inseln beschränkt. Auch beim Außenhandel waren die guten Beziehungen zu den Inselstaaten vorteilhaft. Der Export von Fleisch, Milchprodukten, Wolle und anderen Industrieprodukten konnte um mehr als 100% gesteigert werden.

Seit Anfang der siebziger Jahre sind die Bemühungen der unabhängigen Pazifik-Inseln, eigene Ausbildungsstätten aufzubauen, nicht erfolglos geblieben. 1968 wurde die Südpazifik-Universität gegründet. Ihren Hauptsitz hat die Universität in Suva auf Fidschi, sie unterhält aber weitere Zentren auf Westsamoa und den Salomon-Inseln. Seit 1975 gibt es Lehrstühle für Agrikultur, Naturwissenschaften, Erziehungswissenschaften, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Die medizinische Schule auf Fidschi soll in Kürze ebenfalls als medizinische Fakultät eingegliedert werden.

12. IGM-Jugendkonferenz

,,Klassenpolitischer Standpunkt und Partnerschaftsideologien schließen sich aus''

z.uwz. In Kenntnis der politischen Bedeutung der 12. Jugendkonferenz der IGM vom 23.4. bis 26.4. in Travemünde versucht die bürgerliche Pressemeute von ,,Frankfurter Rundschau'' bis ,,Handelsblatt'' in ihrer Berichterstattung, den wachsenden Zusammenschluß der arbeitenden Jugend zu verwischen.

Der größte Teil der Arbeiterjugend fällt in den Organisationsbereich der IG Metall, was natürlich schwer wiegt für die Kapitalisten, wenn hier der Zusammenschluß z.B. um die folgenden, dokumentierten Forderungen wächst: So führt die IGM Jugend einen hartnäckigen Kampf gegen die Absichten der Metallkapitalisten, die Ausbildung zu verkürzen, um mit billigsten Arbeitskräften die Löhne drücken zu können. Die IGM Jugend stellte dazu fest, daß ,,G1: ... das Bildungssystem sich vornehmlich den Zwängen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse anpaßt'' und fordert ,,Bildung darf kein Mittel gesellschaftlicher Auslese sein ... Die 12. Jugendkonferenz fordert eine 13jährige Bildungspflicht, die auch durch 10 allgemeinbildende Schuljahre und eine mindestens 3jährige Berufsausbildung erfüllt werden kann.'' Um die Interessen der arbeitenden Klasse an der Ausbildung durchzusetzen, fordern die Delegierten die sofortige Beseitigung der ,,alleinigen Verfügung der Unternehmerkammern an der Berufsausbildung'' und eine ,,gegliederte Selbstverwaltung''.

Um der Lohndrückerei der metallindustriellen Lohnsenker positiv entgegenzutreten, fordern die Delegierten eine ,,breite Grundausbildung'', die so zu gestalten sei, daß jeder Arbeiter ,, – die Grundqualifikationen erwerben kann, die ihn zu einer anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit befähigen; – (er) in die Lage versetzt wird, die durch gesellschaftliche und technologische Entwicklung bedingte Veränderung des Arbeitsprozesses zu bewältigen; – (er) befähigt wird, demokratische Rechte auf allen Ebenen der Gesellschaft auszuüben'' (alle Zitate: Beschluß G1). Das wird der Beratung der gewerkschaftlichen Jugendgruppen, ob diese Forderungen nicht besser in der polytechnischen Einheitsschule verwirklicht werden können, sicher nützen.

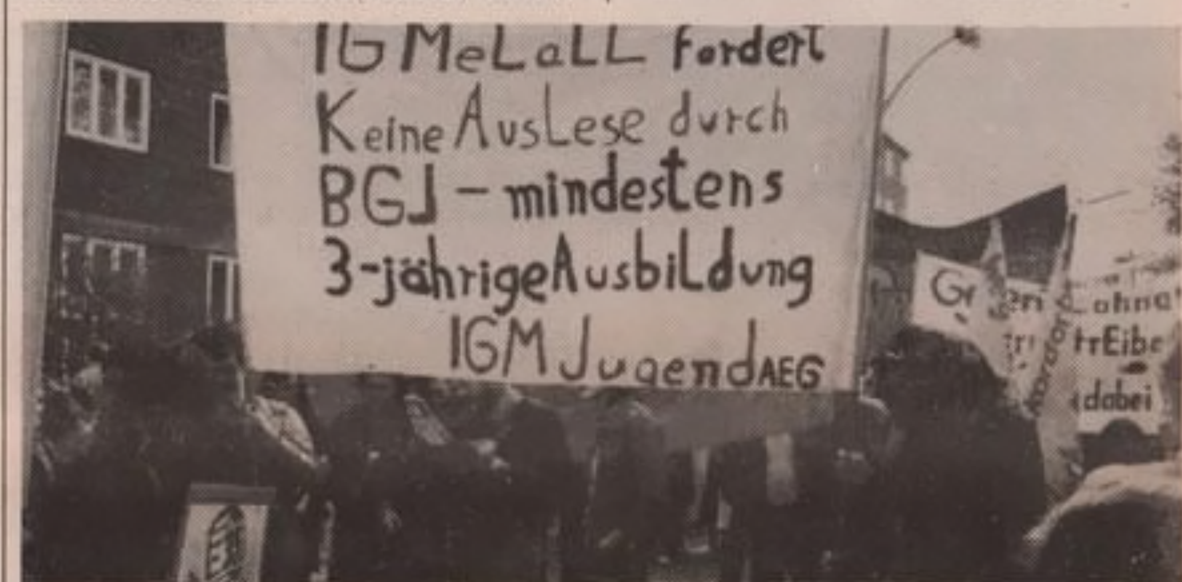
Die Konferenz wendet sich gegen Kurz- und Stufenausbildungen, gegen die ,,Förderlehrgänge für Behinderte'' und den weiteren Ausbau des Berufsgrundbildungsjahrs BGJ, da diese ,,einseitig den Unternehmerinteressen Rechnung tragen''. Die Forderung nach der Übernahme aller in die 2. Stufe für die Manteltarifverträge wird bekräftigt. Das Berufsbild der E-Berufe soll entsprechend den Forderungen der DGB-Gewerkschaften geändert werden.

Auch daß die IGM-Jugend gegen die Abspaltung der unteren Lohngruppen ist und überlegt, wie sie die Einheit mit der Belegschaft im Tarifkampf verbessern kann, ,,vergißt'' die ,,Frankfurter Rundschau''. Die IGM-Jugend fordert nach längerer Beratung: ,,D1: Die Ausbildungsvergütungen sollen um den Erhöhungsbetrag angehoben werden, der für die unterste Lohngruppe erreicht wird'', was heißt, daß es nur eine Festgeld- bzw. Mindestforderung für die gesamte Belegschaft geben soll. Aus mehreren Verwaltungsstellen wurde 60% vom Ecklohn gefordert (Hamburg, Münster, Olpe), was aber nicht beschlossen wurde. Immerhin kann der Beschluß D1 schon in der Tarifrunde 1981 nützliche Auswirkungen haben.

Der Ausbeutung der Arbeiterjugend durch die Kapitalisten will die IGM-Jugend gesetzliche Schranken setzen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, das Jugendarbeitsschutzgesetz mit den Forderungen zu novellieren: ,,35 Stundenwoche bei vollem Lohn! Verbot der Nacht-, Schicht-, Akkord-, Fließ-, Sonn- und Feiertagsarbeit! Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen außer zur Ausbildung! Generelles Verbot der Kinderarbeit!''

In der Zeit, wo westdeutsche Kriegsschiffe in den Indischen Ozean auslaufen, berät die Metallarbeiterjugend Aktionen gegen den Krieg. Am 1. September soll eine Demonstration und Kundgebung zum ,,Antikriegstag'' gemacht werden (N15). Die Konferenz fordert: ,,Keine Stationierung neuer Atomraketen in Europa! Verhinderung des Baus der Neutronenbombe! Verzicht auf neue Fregattenaufträge! Rüstungsausgaben entsprechend den Beschlüssen der UNO um 10% jährlich senken!'' (N1). Um die Interessen der arbeitenden Klasse in der imperialistischen Armee zu vertreten, will die IGM-Jugend DGB-Soldatengruppen aufbauen, u.a. mit der Forderung ,,40-Stundenwoche! Voller Dienstausgleich!'' (L3).

Wenn die Betriebsjugendgruppen der IGM, wie in Hamburg die von Still, zum 1. Mai fordern: ,,Nie wieder Krieg!'', wird in der Gewerkschaftsjugend die Debatte notwendig um die imperialistischen Ziele der Bourgeoisie und über die Frage, ob ein demokratischer Friedensvertrag nicht nützlicher ist im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen. Aber genau darum war in der bürgerlichen Presse nur zu hören, daß die IGM-Jugend ,,sich nicht ducken will'' (,,Frankfurter Rundschau''). Am 1. Mai war bereits der wachsende Zusammenschluß um Forderungen der gewerkschaftlichen Jugendgruppen zu spüren, die entsprechend dem Beschluß der Konferenz bei der gewerkschaftlichen Jugendarbeit vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ausgehen (B1). Die IGM wird in den nächsten Monaten die Ergebnisse der Konferenz breit veröffentlichen.



Mit 400 gewerkschaftlichen IGM Jugendgruppen und 89,6% organisierter Jugendvertretungen schafft sich die Arbeiterjugend Kampforgane. Bild: 1. Mai in Hamburg.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Mannheim, J7, 14, Tel. 16279
Kommunistische Hochschulgruppe
Heidelberg
28. April 1980
18i2b0300p

Rektor Laufs intensiviert Angriff auf Fachschaften und Gegner der Studentenprozesse

,,Wir haben erfahren, daß nach bald einem Jahr Verhandlung im Prozeß gegen die drei ehemaligen Fachschaftsvertreter Germanistik ... hohe Gefängnisstrafen angesetzt werden sollen ... Wir schließen uns den zahlreichen Erklärungen von Arbeitern und Studenten und ihren gewerkschaftlichen Organen für die Einstellung dieses Prozesses an. Wir fordern Sie, den Rektor der Universität dazu auf, alle Strafanzeigen gegen Studenten zurückzunehmen und zu uns an die Schule zu kommen, um uns Fragen zu den Prozessen an der Hochschule zu beantworten.'' Dies ist der fast vollständige Wortlaut einer Erklärung, die Anfang März 19 Hauptschüler der Schule in Lauda-Königshofen (Odenwald) an Rektor Laufs geschickt haben. Unter Mitarbeit von Rektor Laufs werden diese Schüler unter Druck gesetzt. Laut einer Mitteilung der Heidelberger Staatsanwaltschaft soll es sich beim Abfassen der Resolution um eine ,,wahrscheinlich strafbare Handlung'' handeln. Der Rektor der Schule führt Verhöre einzelner Schüler durch, hetzt bei den Eltern, um die Schüler so unter Druck zu setzen. Schulausschlüsse werden offenbar erwogen.

Nicht anders verhält es sich mit dem inzwischen bekannten Sachverhalt, daß auf Betreiben von Laufs Beschäftigte der Zentralen Studienberatungsstelle entlassen oder disziplinarisch gemaßregelt werden sollen, weil sie einen Leserbrief gegen die Prozesse an Laufs und das Heidelberger Tageblatt geschickt haben. Das Tageblatt hat den Brief zwar nie abgedruckt, wegen der verordneten Presseblockade, um so mehr Grund für Laufs, eine stille Schnüffeltätigkeit zu entfalten.

Laufs hat vor seinem Amtsantritt erklärt: ,,Das Recht bildet auch in der Universität die Grundlage gedeihlichen Zusammenwirkens und Zusammenlebens. Ohne Recht keine Freiheit. Diese Einsicht und Linie gilt es fortzuführen.'' (HT, 13.7.79). Der Kern dieses Ausspruches ist es, die sozialen Interessen der Studenten und ihren Kampf um die Durchsetzung dieser Interessen überhaupt für unrechtmäßig zu erklären. ,,Gedeihlich'' soll das Klima werden für neue Studienordnungen zum Beispiel. Das Rektorat Laufs hat sich darum gekümmert, daß zügig neue Prüfungsordnungen und Studienpläne für die Magisterfächer in Kraft treten. Nachdem das alte Rektorat mehrfach öffentlich erklärt hat, daß das Lehrerstudium sowieso nichts mehr bringen würde und hier weitere Stellenstreichungen dienlich wären, haben hunderte von Studenten ,,freiwillig'' von Lehramt auf Magister gewechselt.

Jetzt sind für sieben Fächer neue Magisterprüfungen verabschiedet worden, die der vom Ministerium diktierten Lehrprüfungsordnung in nichts nachstehen.

Genau die Verbindung der Studentenbewegung mit der Schüler- und gewerkschaftlichen Bewegung kann in der Lage sein, der Prozeßwelle eine wirksame Antwort zu geben. Laufs hofft vor allem darauf, durch solche Maßnahmen die Studenten zu isolieren, die öffentliche Debatte über Verlauf und Ziel der Prozesse zu unterdrücken. Gleichzeitig arbeitet die Justiz mit Hochdruck. 6 Monate bzw. 6 ½ Monate Gefängnis ohne Bewährung gegen Dieter Emig und Susanne Aberle wegen ,,Widerstand'' anläßlich eines Polizeieinsatzes gegen die Informationsfreiheit an der Zentralmensa, 8 Monate Gefängnis a.B. gegen Susanne Aberle wegen ,,Störung'' des Seminars von Prof. Reichmann bei den Germanisten, u.a. weil sie einen Antwortbrief der Bundesregierung im Seminar verlesen hatte, den die Studenten aufgrund ihrer Proteste gegen das 6. BAFÖG-Änderungsgesetz erhalten hatten.

5 Anklagen gegen die Fachschaft Jura wegen Durchführung der Fachschaftswahlen sind Rektor Laufs erstes größeres selbständiges Anklagewerk.

Bei alledem sieht sich Laufs einem zunehmenden Widerstand ausgesetzt. Die Entfaltung der positiven Faktoren für den Aufbau der Vertretungsorgane und gegen die Prozesse kann er gegenwärtig nur noch dadurch verhindern, daß die gesamte öffentliche Debatte totgedrückt werden soll. Ganz schnell hat sich Laufs dem Auftreten Niederländers anpassen müssen. Auf öffentlichen Erstsemesterveranstaltungen hat man ihn nicht mehr gesehen. Er hat jetzt angekündigt, daß er alle Fakultäten besuchen wolle, um deren spezielle Nöte und Probleme kennenzulernen. Das ganze soll sich hinter verschlossenen Türen abspielen, als nicht offizielle Zusammenkunft der Fakultätsräte. Nachdem Dekan Forssmann bei den Medizinern das vom Rektor verfügte Verbot der Fachschaftswahlen nicht vollziehen wollte und aus anderen Fakultäten Unmut über den Kurs von Laufs bekannt wird, will er offenbar seinen Beamtenkörper wieder um sich scharen. Diese Gelegenheiten können genauso wie die anstehenden Gremienwahlen genutzt werden, um Laufs an einer Stelle mit den Forderungen der Studenten zu konfrontieren, wo er sich der Debatte nicht wird entziehen können.

,,Bundeswehr und NATO nicht den Konservativen überlassen" (Koschnick)

z.ped. 1700 Rekruten sollen am 6. Mai aus Anlaß des 25. Jahrestages des NATO-Beitritts der BRD öffentlich im Bremer Weser-Stadion von Bundespräsident Carstens vereidigt werden. Für die Rekruten der Schwaneweder Lützow-Kaserne wird seit dem 1. April mit Formalausbildung das gesamte Pensum der dreimonatigen Grundausbildung vorgezogen. Geländeausbildung wird verschoben. Alle anderen teilnehmenden Soldaten an Vereidigung und Großem Zapfenstreich, etwa als Fackelträger, haben seit dem 21.4. zwei Stunden täglich Sonderübung ,,Marschieren". In ,,Plakatklebetruppen" werden die Soldaten in die gesamte Umgebung Bremens geschickt, um Ankündigungsplakate unterzubringen, pro Bataillon 500 und mehr. Der genaue Standort eines jeden Plakates muß registriert werden. Wo würden sie sonst auch bleiben. Nicht daß die Soldaten gegen die ,,friedliche Demonstration der Vereidigung" wären; die öffentliche Vereidigung ist so friedlich wie die beiden Zerstörer auf Fahrt in den Indischen Ozean.



Um ,,Bundeswehr und NATO nicht den Konservativen zu überlassen" (Koschnick), der Finanzbourgeoisie ihre Regierungsbefähigung unter wachsender Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte zu beweisen, machen die Entspannungspolitiker mobil. Bahr ist in Flensburg ziemlich untergegangen. In Bremen hatte der KBW am 3. April mit einem ,,Offenen Brief" zur Aktionseinheit gegen die Vereidigung aufgerufen. Vom GEW-Landesvorstand über Vertrauenskörper der Industriebetriebe, Schüler- und Studentenvertretungen bis zu allen politischen Organisationen, die sich links von der SPD sehen, reicht die Ablehnung der Vereidigung und der Aufruf zu ihrer Verhinderung. AfA, AsF, Jusos und die Bremer Unterbezirke der SPD haben sich gegen die Vereidigung gestellt. Bürgermeister Koschnick – grad von Bündnisgesprächen in den USA als Vorsitzender des sicherheitspolitischen Ausschusses der SPD zurück – hat gegenüber dem Landesvorstand mit Rücktritt gedroht, für den Fall, daß dieser sich ebenfalls gegen die Vereidigung ausspricht. Man einigte sich, daß man die Landesverteidigung bejahe, die Vereidigung dem Frieden diene und man beim Senatsempfang für Carstens und die anwesende NATO-Generalität die überholten Traditionsrituale problematisieren werde, die zu falschen, böswilligen Auslegungen der Vereidigung führt. Der DGB-Kreisvorsitzende Schmidt, der sich gerade in der Presse ausgelassen hatte, ,,etwaige Gegendemonstrationen sollten sich gegen die Verantwortlichen der Veranstaltung richten und nicht gegen die Soldaten", wurde zurückgepfiffen. War die Forderung nach einem Demonstrationsaufruf des DGB seitens der Gewerkschaftskörper unüberhörbar, so äußerten sich die DGB-Mai-Redner mit keinem Wort dazu. Das schwächt, verhindert aber nicht die Demonstration und Aktionen gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung.

Alte Zöpfe abschneiden, ,,ja" zu neuen Formen und Strukturen der Armee, eher hege er Vorstellungen von Scharnhorst und Gneisenau als vom stehenden Heer, so Koschnick. Die Preußengeneräle haben sich 1813 an die Brust des Zarismus, des Bollwerks der Reaktion des damaligen Europas geworfen, die Bauern in Reserveheeren bewaffnet, die von Napoleon ihnen diktierte Höchstmilitärstärke unterlaufen und gestützt auf die Bauernmassen gesiegt. Hernach standen die Bauern noch nackter da denn je und der Feudalismus, von der bürgerlichen Armee Napoleons arg angeschlagen, hatte sich erneut gefestigt. Friedensvertrag, allgemeine Volksbewaffnung – unter dieser Linie kann man der sozialdemokratischen Mobilmachung entgegentreten. In den Gewerkschaften hat sich das gegenüber der Rekrutenvereidigung bereits praktisch bewiesen.

Apels Boxkampf

r.jöd. Nach dem Überfall der USA-Imperialisten auf den Iran bleibt die westdeutsche Bundesregierung nicht untätig. So beschloß der Bundessicherheitsrat unter Leitung von Bundeskanzler Schmidt nochmals ausdrücklich das Auslaufen der vier westdeutschen Kriegsschiffe in den Indischen Ozean. Die ,,Deutsche Presse Agentur" will aus dem Mund von Bundeskanzler Schmidt gegenüber den Generälen der Bundeswehr ,,hochbrisante" Äußerungen gehört haben. Schmidt soll eine ,,ausschließliche europäische Verteidigung ohne die USA" erwogen haben. Regierungssprecher Bölling dementiert. Die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG erklärte am letzten Dienstag, daß sie ,,möglicherweise drei U-Boote an Indien" liefern werde. Bundespräsident Carstens steht der Bundesregierung in dieser schwierigen Zeit bei. Er führt eine Rekrutenvereidigung im Bremer Weser-Stadion durch.

Bereits seit längerer Zeit versucht das Bundesverteidigungsministerium unter Apels Führung eine Entspannungsinitiative zu starten. Der Zweck besteht darin, die Ursachen von imperialistischen Kriegen zu verwischen. Stellte der General und Philosoph Carl von Clausewitz vor 200 Jahren richtig fest: ,,Wir behaupten dagegen, der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel." So macht Verteidigungsminister Apel den Ausbruch von Kriegen zu etwas Absurdem: ,,Der Krieg im Atomzeitalter ist zu einer politischen Absurdität geworden." Bereits auf der dritten Seite seines Buches schreibt Clausewitz: ,,Das Ziel ist, den Feind wehrlos zu machen", und nicht, ihn gänzlich zu vernichten, was der Einsatz von Atombomben zur Folge hat. Was heißt außerdem: im Zeitalter der Atombombe? Die Atombombe ist bisher in Kriegen nur auf bestimmte Gebiete abgeworfen worden. Was will der Kriegführende mit einem völlig vernichteten und verseuchten Land? Im Krieg geht es darum, andere Völker zu unterdrücken und auszubeuten, um dies zu erreichen wird gemordet und getötet.

Was die Probleme der deutschen Wirtschaft sind, führte Apel auf dem Clausewitz-Forum aus: ,,Unser wirtschaftliches Wohlergehen ist in höchstem Maße abhängig von allen Veränderungen des Welthandels und des internationalen Währungssystems, allen Verknappungen von Rohstoff- und Energiequellen." Jetzt meldet sich Herr Rodenstock zu Wort und fragt, ,,was unternehmen wir, wenn die Veränderungen zuungunsten der westdeutschen Wirtschaft weitergehen?" Ob der Verteidigungsminister jetzt antwortet: ,,Nichts'? Sicher nicht. Der westdeutsche Imperialismus würde selbstverständlich in die Neuaufteilung der Welt mit eingreifen, zur Sicherung des Welthandels und um Rohstoffe und Energiequellen zu haben. Wie ist das aber möglich, wenn z.B. der USA-Imperialismus eine Atombombe wirft und das Gebiet völlig vernichtet? Es wäre ungefähr das gleiche, wenn zwei Boxer zu Beginn des Kampfes sich gegenseitig erschießen, damit ein für allemal keiner die Prämie erhält. Entspannungspolitik kann einen Krieg für einen bestimmten Zeitraum verhindern, aber niemals seine Triebkräfte aufheben. Die Konkurrenz ist ein absolutes Gesetz der kapitalistischen und imperialistischen Staaten, das nur durch den Sturz der herrschenden Klasse aufzuheben ist.

Apels ideologische Manöver sind seicht. Die Europäische Wehrkunde sieht das Problem so: ,,Alle wesentlichen Wirtschafts-Großmächte, die sich jahrelang eingeredet haben, es werde künftig nur noch den zivilen Kampf um Marktanteile geben, stehen vor diesem Problem. Wenn nicht alles täuscht, wird der Prozeß der Besinnung auf nationale Interessen sehr bald in Gang kommen... ".

Lärm an Militärflughäfen ,,zumutbar" – zur Not wird umgesiedelt

z.gkr. ,,Lärm von Militärflughäfen ist nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs für die Anwohner auch nachts in einer Stärke von 35 bis 45 Dezibel (A) zumutbar". Die ,,Süddeutsche Zeitung" berichtete vor wenigen Tagen von dieser höchstrichterlichen Entscheidung. Die Richter gehen damit bis zu 10 Dezibel (A) über die in der ,,Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm) festgelegten Richtwerte für ,,Gebiete, in denen ausschließlich Wohnungen untergebracht sind" hinaus, was etwa einer Verdreifachung des Lärmeindrucks entspricht.

Als Reaktion auf wachsenden Widerstand, immerhin nannten 1976 43% all derer, die sich durch Lärm belästigt fühlten, Fluglärm an erster Stelle, hatte die westdeutsche Bourgeoisie im ,,Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm" 1971 Lärmschutzzonen festgelegt. In der Lärmschutzzone 1, durchschnittlicher Schallpegel über 75 Dezibel (A) und damit noch fast doppelt so laut wie für Industriegebiete gerade noch zulässig, darf nicht mehr neu gebaut werden. Und wo das nicht reicht und der Lärm auch kurzfristig schon unerträglich wird, müssen eben auch die Einwohner, die schon dort wohnen, weichen. Für die Orte Pferdsfeld und Eckweiler, nahe bei einem NATO-Flugplatz in der Nähe von Kaiserslautern, stellte der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz jetzt fest: ,,Der Lärmpegel schnellte so sehr in die Höhe, daß eine Kommission aus Vertretern des Bundes und der Gemeinden in der kompletten Umsiedlung der Dörfer die einzige Möglichkeit zur Lösung des Problems sehen." Schon 40% der früher 432 Einwohner Pferdsfelds haben ihren Ort verlassen, insgesamt sind 1000 betroffen. Sie sollen in einen 13 km entfernten Ort umgesiedelt werden. Bis zum nächsten Jahr sollen die beiden betroffenen Orte endgültig dem Erdboden gleichgemacht werden.

Die Arbeiter und vor allem auch die Bauern müssen weichen, geht es um die Interessen der Bourgeoisie, ähnliche Beispiele wie die genannten gibt es viele. Die Bedeutung der Militärflugplätze, die der NATO unterstellt sind, für die BRD-Imperialisten wie auch für die US-Imperialisten, NATO-Oberbefehlshaber, sind leicht ausgemacht: Einerseits sind sie wichtig für einen Krieg mit den Sozialimperialisten, dicht hinter der Front, sowohl für den Angriff, als auch für den Nachschub an Menschen und Material, zuletzt erprobt bei den NATO-Herbstmanövern. Zum anderen sind sie aber auch eine wichtige und gut ausgebaute Zwischenlandungsmöglichkeit für die US-Imperialisten bei Flügen in den Nahen und Mittleren Osten, in die Gebiete, in denen gegenwärtig die Supermächte beim Ringen um die Weltherrschaft aufeinanderstoßen. Nahezu auf halber Strecke zwischen dem Persischen Golf und den USA liegend, erfolgte so z.B. der Rückflug der Lufttransporter C-130, die bei dem gescheiterten Überfall der US-Imperialisten auf den Iran eingesetzt waren, über Ramstein. Der Rücktransport freigelassener Geiseln wurde über Frankfurt abgewickelt.



Starfighter beim Tiefflug

Jugoslawien baut Luftabwehr und Küstenschutz aus

Das Konzept der Landesverteidigung räumt mit bürgerlichen Vorstellungen auf

z.anb. Ende April brachte die Belgrader Tageszeitung ,,Vecernje Novosti" eine Artikelserie mit dem Titel ,,Jugoslawien – eine uneinnehmbare Bastion für den Aggressor". Sie untersuchte die Veränderungen im Aufbau und die Ausrüstung der jugoslawischen Streitkräfte seit der Verabschiedung des Gesetzes über die allgemeine Landesverteidigung 1974.

Dieses Gesetz basiert auf dem Verfassungsartikel, der jegliche Anerkennung von Okkupation oder gar Kapitulation als Landesverrat verbietet und dem Volk nicht nur die Pflicht, sondern auch vor allem das Recht auf bewaffneten Widerstand gegen einen Aggressor zuspricht. Zugleich aber geht das Gesetz insofern weiter, als es dieses Recht nicht nur auf den Fall anwendet, ,,wenn der Feind einen Teil des Territoriums Jugoslawiens vorübergehend besetzt".

Zwar wird festgehalten daran, daß gegen einen an Waffen und Gerät bedeutend überlegenen Aggressor die Form des langandauernden Volkskrieges die hauptsächliche sein wird, gleichzeitig aber hat die Führung der jugoslawischen Streitkräfte scharfe Kritik an der Auffassung geübt, ,,man verliere im Anfangsstadium eine Schlacht, um später den Krieg zu gewinnen". Gemeint ist damit ähnliches, wie es das strategische Kalkül der USA in bezug auf Westeuropa enthüllt, welches kampflose Abtretung westdeutschen Territoriums bis zur Elbe einschließt. Oberst Nikezic dazu: ,,Dem Feind ist schon bei Beginn der Aggression massiver Widerstand zu leisten" (ÖMZ 6/79).

Daraus haben sich wichtige Änderungen in der Organisation und Ausrüstung der jugoslawischen Streitkräfte ergeben. Einerseits war klar, daß große Verbände in kürzester Zeit mobilisierbar sein müssen, zweitens sie mit hoher Feuerkraft für Luft- und Panzerabwehr ausgestattet sein müssen, drittens aber so flexibel, daß sie einen eventuellen Durchbruch der Aggressionsarmee an einzelnen Punkten durch taktischen Rückzug beantworten können, um sich dann in Form der Guerillaeinheit zu reorganisieren, um den feindlichen Aufmarsch durch Hinterhalte zu stören und den Nachschub der eigenen noch an der Grenze Positionen haltenden Verbände zu sichern.

Die sowjetische Invasionsstrategie in Afghanistan und Kampuchea ist in Jugoslawien unter dem militärischen Gesichtspunkt genau verfolgt worden. Die Konsequenzen daraus lassen sich an folgendem belegen: die territorialen Einheiten der Landesverteidigung, also nicht die Verbände der Volksarmee, sondern die bewaffneten Arbeiter und Bauern, die das Waffenhandwerk in der Wehrdienstzeit gelernt haben und im Falle einer Aggression Seite an Seite mit der Volksarmee unter einheitlichem Oberkommando des Staatspräsidenten kämpfen, sind von Verbänden zur Sicherung des rückwärtigen Kampfraumes in direkt mit der Luft- und Fliegerabwehr befaßte Einheiten verwandelt worden. Sie verfügen über halbautomatische und automatische Gewehre, Raketenwerfer, rückstoßfreie FLAK. In letzter Zeit wurden ihnen auch kleinere Flugzeuge und Küstenschutzschiffe zugeteilt, die im Kriegsfall die Abfangjägerflotte der Luftwaffe unterstützen können. Eine einzige Gemeinde in der Grenzregion verfügt heute über Abwehrwaffen, um 200 Panzer aufzuhalten. Von solchen Gemeinden gibt es 500.

Die Volksarmee selbst umfaßt über 260000 Soldaten, die Territorialarmee kann ,,sofern nötig, die gesamte aktive jugoslawische Bevölkerung stellen, das sind 9 Mio." (Tanjug, 22.4.80). Innerhalb kürzester Zeit sind 2 Mio. gefechtsbereit. Dies soll weiter gesteigert werden. Es ist möglich, weil die territorialen Verbände sich auf die objektiven Strukturen der Selbstverwaltung stützen, was nicht nur ihre Form, die Demokratie der Massen, beinhaltet, sondern ihren Zusammenhang zur Produktion: ,,Diese Assoziationen (sind) die organisiertesten Strukturen unserer Gesellschaft, (...) die günstigste Grundlage für selbstorganisierte Formen der Landesverteidigung ...".

Maximaler Widerstand schon an den Grenzen schließt den Ausbau der Luftabwehrflotte, des Küstenschutzes, der Radarüberwachung ein. Der seit 1971 gemeinsam mit Rumänien entwickelte Abfangjäger *Orao*, der *Norhtrop-5* vergleichbar, ist in Serienproduktion gegangen – 70% der modernen Ausrüstung der Streitkräfte werden bereits aus Eigenproduktion gedeckt.

Im militärischen Konzept hat keineswegs eine ,,Abkehr" vom Partisanenkampf stattgefunden, im Gegenteil. Sein Hauptinhalt, die demokratische Organisierung des bewaffneten Volkes, ist in den Einheiten der Territorialarmee wiederzufinden. Sie werden im Aggressionsfall sofort dem Kommando der Volksarmee eingegliedert, behalten aber ihre auf den objektiven Strukturen des Betriebs, der Genossenschaft, des Wohnblocks, der Schule beruhende Leitungsstruktur, deren oberste dezentrale Ebene der militärische Stab der jeweiligen Teilrepublik ist. Eine Division der Territorialarmee hat heute die 28fache Feuerkraft der Partisanen im Befreiungskrieg – 50–70 t Stahl in der Minute. Kein Fußbreit Bodens soll dem Aggressor geräumt werden müssen, ohne daß er dafür maximal geschwächt wird.



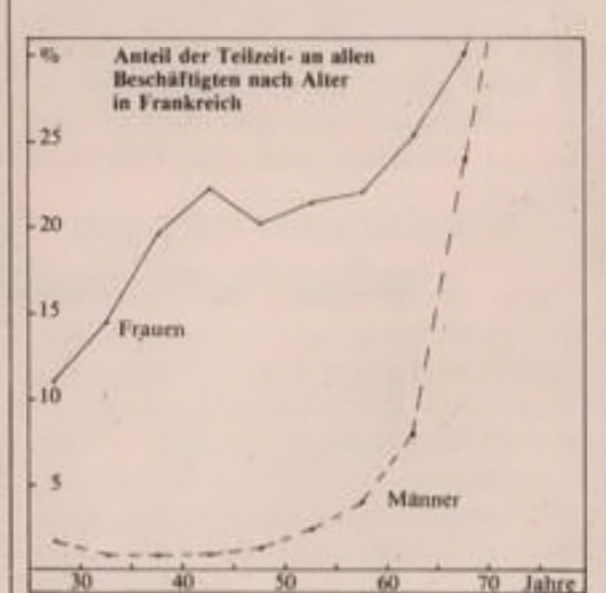
In die militärischen Übungen zur Landesverteidigung sind im Vorjahr insgesamt 5 Millionen einbezogen gewesen, die Volksarmee allein hat eine Viertelmillion.

Frankreich: Ausdehnung der Teilzeitarbeit geplant – finanziert wird aus der Rentenkasse

z.inl.Paris. Seit 1975 führt das französische Arbeitsministerium Erhebungen zur Teilzeitarbeit durch. Die Ergebnisse sind für die Bourgeoisie betrüblich: Der Anteil an den Gesamtbeschäftigten stagniert seit 1976 bei 4%. Um dies zu ändern, ist jetzt ein Gesetzentwurf zur Teilzeitarbeit in der Parlamentsprozedur. Er wird mit sozialen und ökonomischen Interessen begründet. Der Zwang vor allem der Frauen über 35 Jahren, mitverdienen zu müssen, rangiert dabei ebenso unter ,,sozialem Interesse" wie der Zwang der älteren Arbeiter, noch über 65 Jahre hinaus zu schuften, weil die Rente nicht reicht – im Gesetz ,,materielle wie psychologische Notwendigkeit" genannt. Die ökonomischen Interessen werden so benannt, wie sie sind, vor allem das an steigender Produktivität bei weniger Lohn.

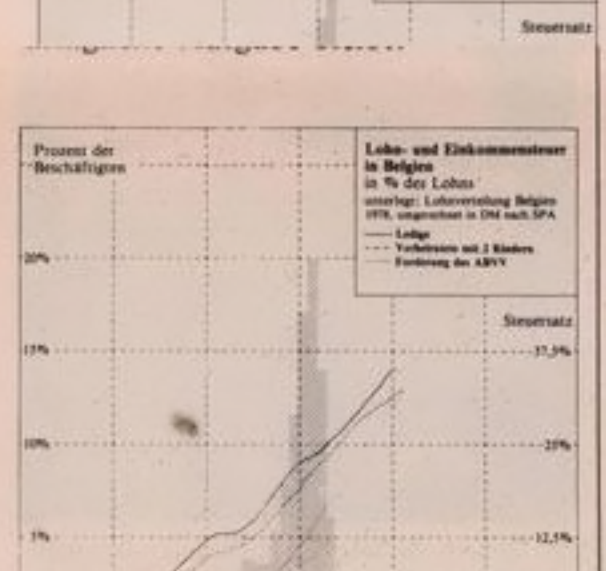
Die Erhebungen des Arbeitsministeriums erfassen Betriebe unter 10 Beschäftigten nicht. Dort aber wird verstärkt Teilzeitarbeit angewandt. Eine Untersuchung von 1977 zählt, diese Kleinbetriebe eingerechnet, 1,5 Mio. (7,3%) Teilzeitbeschäftigte. 1975 waren es 6,6% (BRD 9%). In den lokalen Verwaltungen, ebenfalls nicht erfaßt, arbeiteten schon vor zehn Jahren 30% der 700000 Beschäftigten Teilzeit. Was taugt also die Erhebung für die Bourgeoisie?

Ihr Interesse ist, ihre Erfolge z.B. im Handel – jede 5. Frau im Lebensmitteleinzelhandel arbeitet Teilzeit – und bei der Frauenarbeit insgesamt auf die männliche Arbeiterbevölkerung in der verarbeitenden Industrie auszudehnen. Das Schaubild (1977) zeigt, wie wenig das bisher gelungen ist; 1978 sind es bei den Arbeitern erst 1,8%. Ob *dabei* Fortschritte gemacht werden, prüft das Arbeitsministerium. Der Gesetzentwurf sieht dazu vor: ,,Lohnempfänger, die das 55. Jahr erreicht haben, haben die Möglichkeit, nur noch 20 Stunden zu arbeiten und eine Teilrente zu erhalten, die den Lohnverlust ausgleicht."



Belgien: Drückende Lohnsteuerlasten, niedrige Lohnsteuerschwelle

z.scc.Brüssel. Die belgische Bourgeoisie habe es zu bemerkenswerten Leistungen in der Lohnsteuerauspressung gebracht, hatten wir in KVZ 18/80 ,,Aufgaben der belgischen Arbeiterbewegung" (S. 16/17) geschrieben. Vergebens wird der Leser in dem Schaubild ,,Lohn- und Einkommensteuer in Belgien" die Bestätigung dieser Aussage gesucht haben. Tatsächlich wurde das Schaubild in der Endfertigung falsch montiert, die Steuerlasten für die Mehrzahl der Lohnabhängigen dadurch fast halbiert. Das korrigierte Schaubild zeigt, daß der Kampf gegen die Lohnsteuerausplünderung eine dringliche Aufgabe bleibt.



Dringlich ist vor allem auch, die allerunterstens Lohngruppen und die Teilzeitarbeiter dem Steuerzugriff des bürgerlichen Staates zu entziehen. Ein Vergleich von 1976 innerhalb der EG zeigt, daß nur in Frankreich und den Niederlanden die ,,Lohnsteuerschwelle" noch niedriger ist als in Belgien.

Lohnsteuerschwelle in den Ländern der EG 1976

Land	Lohnsteuerschwelle in ERE (1)	in % des D.lohns
B	1961	24
DK	3303	27
F	1302	21
BRD	3734	37
Irl	2204	46
I	2373	58
Lux	5521	59
NL	1898	23
GB	2497	51

F 1302 21
BRD 3734 37
Irl 2204 46
I 2373 58
Lux 5521 59
NL 1898 23
GB 2497 51

(1) 1 ERE 1976 gleich 2,82 DM
Quelle: Amtsblatt der EG, 1978, C 175

Nach der Forderung des ABVV würde die Steuerbelastung erst bei einem Lohn in Höhe von 53% des Durchschnittslohnes einsetzen und bis zum Durchschnittslohn auf 12% ansteigen, durch die steilere Progression dann in den Bereichen der Antreiber höher liegen als nach geltendem Recht.

Belgien: Kampf gegen Massenentlassungen und Samstagnachmittagsarbeit im Einzelhandel

z.elb.Brüssel. Der Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund ABVV/-FGTB teilte auf einer Pressekonferenz mit, daß er den fünf größten belgischen Warenhauskapitalisten ein Ultimatum stellt, bis zum September einen Vertrag über die Anzahl der Beschäftigten abzuschließen. Mit diesem Vertrag will der ABVV/FGTB die Absichten der Kapitalisten durchkreuzen, Massenentlassungen bei Einführung eines neuen Warenauszeichnungssystems vorzunehmen. Während der Pressekonferenz demonstrierten in Brüssel einige hundert Mitglieder der Christlichen Gewerkschaft ACV/CSC für die Schließung der Kaufhäuser an Samstagnachmittagen und gegen die besondere Auspressung der Teilzeitarbeiter. Am 26.4. streikten die Gewerkschaftsmitglieder in zwei Warenhäusern in Namur. 1978 hatten sich die Lohnabhängigen durch Streik tarifvertraglich die 36-Stundenwoche ab 1979 erkämpft (Bild); die gesetzliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden, die Ausnahmen sind vielfältig. Ausdrücklich sind die Lohnabhängigen im Einzelhandel vom Gesetz über die Sonntagsruhe ausgenommen. Die Ladenöffnungszeiten der Warenhäuser gehen in der Regel von 9 bis 19 oder 20 Uhr, kleinere Läden haben oft den gesamten Sonntag geöffnet.

Der mit Abstand größte Warenhauskonzern ist GB-Inno-BM mit fast 28000 Lohnabhängigen; Sarma, Delhaize, Galeries Anspach und Colruyt beuten zusammen weitere ca. 10000 Arbeiter und Angestellte aus. Bei einem Rationalisierungsschub in den Jahren 1975 bis 1977 entließen die Warenhauskapitalisten 6700 Lohnabhängige. Von 1972 bis 1979 steigerten die GB-Inno-BM-Kapitalisten die Zahl der Teilzeitarbeiter von 35% auf 42,6%; 93% der Teilzeitarbeiter sind Frauen. Für 3000 entlassene Vollzeitarbeiter stellte GB-Inno-BM 1600 Teilzeitarbeiter ein. Daß 40% der Frauen dort kürzer als fünf Jahre arbeiten, mag den großen Verschleiß der Arbeitskraft andeuten. Der ABVV/FGTB spricht sich in seinem Programm gegen die Teilzeitarbeit aus.



Italienische Imperialisten haben aufgeholt

Extraprofite im Windschatten der Dollaraggression / Cossiga plant Arbeitsdienst

z.ulg.Rom. Mit stolzgeschwellter Brust trat der bisherige italienische Haushaltsminister Andreatta kurz vor der Bildung der zweiten Regierung Cossiga vor die Fernsehkameras: ,,Unsere Wirtschaft ist in der Welt nach der japanischen am zweitschnellsten gewachsen, und wir haben einen Zahlungsbilanzüberschuß in einer Höhe akkumuliert, daß wir damit an erster Stelle in der Welt stehen". Gegenüber der Krise von 1975 haben die italienischen Imperialisten tatsächlich beträchtlich aufgeholt. Damals überstiegen die Auslandsschulden der Zentralbank ihre Devisenreserven, und der Goldschatz hatte demütigenderweise als ,,Sicherheit" für einen Kredit an die westdeutsche Bundesbank verpfändet werden müssen. Über den IWF diktierte die US-Supermacht erpresserische Bedingungen für die ,,Sanierung". Bis Ende 1979 hat die italienische Finanzbourgeoisie wieder Währungsreserven von umgerechnet fast 64,5 Mrd. DM angesammelt, die zweithöchsten der Welt. Die Schulden sind fast vollständig zurückgezahlt.

Im letzten Jahr ist das Bruttoinlandsprodukt real um 4,6% gewachsen, die Industrieproduktion stieg im Jahresdurchschnitt um 6,4%. Zum ersten Mal seit 1975 – damals fiel das Sozialprodukt, bisher einmalig in der Nachkriegsgeschichte, um 3,5% – sind auch die Investitionen kräftig gestiegen, für Maschinen und Ausrüstungen um fast 7%. Für das laufende Jahr wird mit einem weiteren Wachstum des Sozialprodukts um mindestens 1,5 bis 2% gerechnet.

Überwunden haben die italienischen Imperialisten die Krise vor allem durch eine seit 1977 anhaltende stürmische Exportoffensive, wie sich die Krise umgekehrt in der raschen Verschlechterung der Handelsbilanz seit 1973 angekündigt hatte. Zwar ist die Handelsbilanz (nur Waren, siehe Schaubild) nach wie vor leicht negativ, aber das erheblich geschrumpfte Defizit wird duch die hohen Einnahmen aus dem Tourismus mehr als aufgewogen. Dem Anschein nach ist dieser Exportboom durch die drastische Abwertung der Lira ermöglicht worden. Es müßte ihm eine ständige Verschlechterung der Austauschverhältnisse entsprechen: Mit jeder Abwertung würden die Preise für Importwaren steigen, die Erlöse für Exportprodukte fallen. Aber während von 1970 bis 1974 (vor allem durch die Ölpreisverteuerungen) die

ra ermöglicht worden. Es müßte ihm eine ständige Verschlechterung der Austauschverhältnisse entsprechen: Mit jeder Abwertung würden die Preise für Importwaren steigen, die Erlöse für Exportprodukte fallen. Aber während von 1970 bis 1974 (vor allem durch die Ölpreisverteuerungen) die

Austauschverhältnisse sich tatsächlich um fast 25% verschlechtert hatten, sind seitdem die Exportpreise um 5% mehr gestiegen als die Importpreise. Indem sie den Lirakurs gegenüber dem Dollar (nicht gegenüber den westeuropäischen Währungen) einigermaßen stabil gehalten haben, haben die italienischen Imperialisten an der Dollaraggression gegen die rohstoffproduzierenden Länder der Dritten Welt mitverdienen können. Darauf gestützt haben sie sodann Marktanteile auf den Märkten der Hauptkonkurrenten selbst erobert: Auch im letzten Jahr war die Handelsbilanz gegenüber der EG insgesamt wie gegenüber der BRD speziell noch positiv, während sie gegenüber den USA erneut negativ wurde. (Freilich beträgt der Warenaustausch mit den USA kaum ein Siebtel des Handels mit den EG-Ländern)

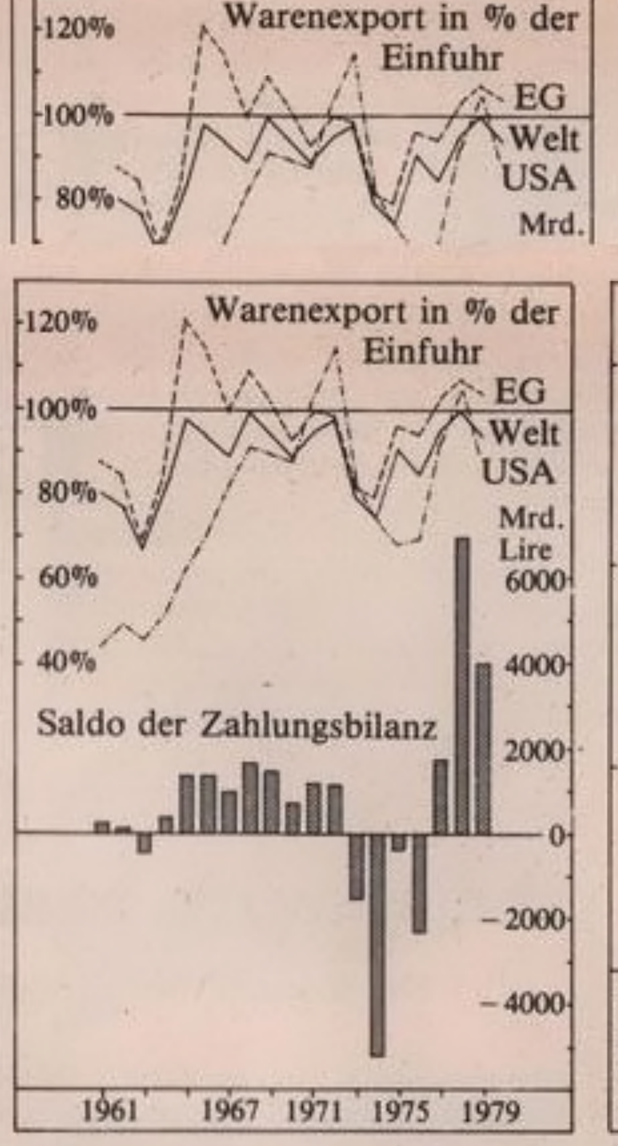
Die Abwertung der Lira hat den italienischen Kapitalisten (und den italienischen Niederlassungen ausländischer Konzerne) zugleich ermöglicht, ihre Auslagen in variablem Kapital zum Ankauf von Arbeitskraft relativ zu den anderen westeuropäischen Ländern fortlaufend zu drücken. Im Verhältnis zur BRD z.B. betrug das Pro-Kopf-Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Bruttolöhne plus Arbeitgeberbeiträge) 1970 noch 76,9%, 1975 69,7% und 1978 nur noch 61,0%. Dies umgerechnet nach jeweiligen Wechselkursen. Gemessen an den vom Lohn zu kaufenden Waren sind die Löhne jedoch – soweit man der amtlichen Statistik Glauben schenken darf – noch bis 1978 ununterbrochen, wenn auch unterschiedlich stark und mit abnehmenden Zuwachsraten gestiegen. Mit den erbitterten Lohnkämpfen, die sie gegen die Kapitalisten geführt hat, scheint die italienische Arbeiterklasse den Reallohn knapp verteidigt haben zu können. Daß der Lohn zur Befriedigung der Reproduktionsbedürfnisse der Arbeiterklasse *nicht* ausreicht, davon zeugt die rasche Zunahme der Frauenarbeit. Allein seit 1977 sind 200000 Frauen zusätzlich in die Lohnarbeiterarmee eingezogen worden, seit 1970 insgesamt über 1,2 Millionen.

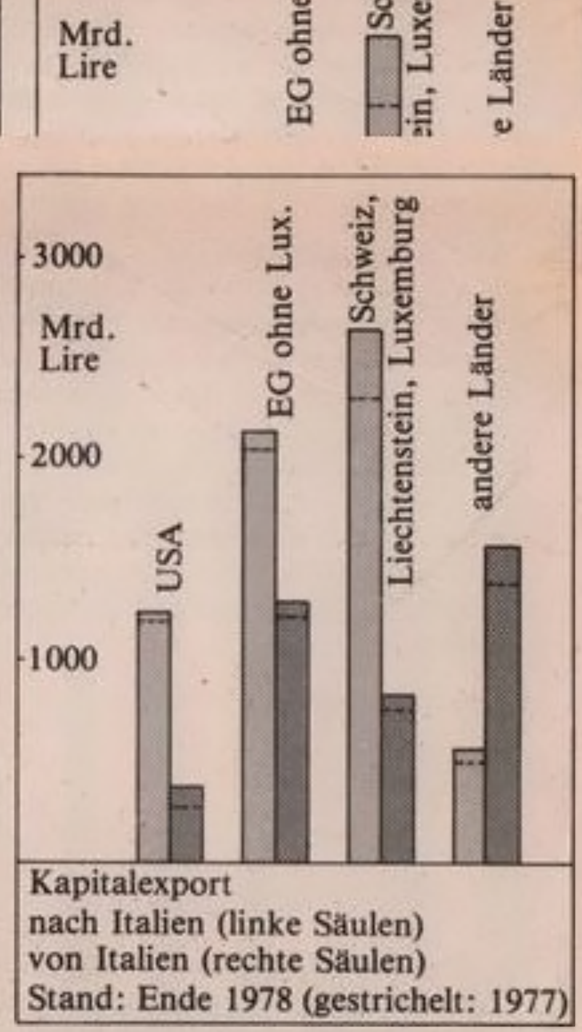
1979 ist das ,,Einkommen aus unselbständiger Arbeit" zwar noch einmal leicht schneller als der offizielle Preisindex gestiegen, aber der Punkt, wo die Lohnsenkung durch keine Statistik mehr zu verhüllen ist, ist offensichtlich erreicht: Nach der Effektivlohnstatistik für die Industriearbeiter sind 1979 die Bruttolöhne nominal um 13,7% gestiegen, gegenüber einer Teuerung von 15,7%. Hinzu kommt noch die durch die Inflation beschleunigte Lohnsteuerplünderung, die im letzten Jahr mit einer Steigerungsrate von über 40% gerast ist. Netto ergibt sich so für die Effektivlöhne in der Industrie eine Senkung von real 4,2%.

Bereits im letzten Jahr hat die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Lohnsteuerplünderung aufgenommen und u.a. für Erhöhung der Freibeträge im Januar einen Generalstreik durchgeführt. Die Bourgeoisie hat darauf mit einem Betrugsmanöver reagiert. Bei der parlamentarischen Beratung des Haushaltsgesetzes hat die – oppositionelle – PCI eine Erhöhung der Freibeträge um 84000 Lire (181 DM) im Jahr für 1980 ,,durchgesetzt". Praktisch stellt das die Lohnsteuerschraube nicht einmal um ein halbes Jahr zurück. Noch dazu soll die für die ersten vier Monate bereits überzahlte Lohnsteuer erst zum Jahresende angerechnet werden, was den Ertrag bei über 20% Inflation noch einmal um ein Fünftel senkt. Für 1981 hat Cossiga in seiner Regierungserklärung eine Senkung der Steuersätze in Aussicht gestellt. Schon jetzt steht fest, daß das weniger bringen wird, als die Lohnsteuer 1979 gestiegen ist. Im gleichen Atemzug hat Cossiga weitere Erhöhungen der öffentlichen Tarife angekündigt, natürlich schon für dieses Jahr. Für stärkere ,,Beweglichkeit" auf dem Arbeitsmarkt – also für Bewegung der Löhne nach unten – soll eine Reform der Arbeitsvermittlung sorgen. Sondermaßnahmen sind für ,,strukturschwache" Gebiete geplant. Cossiga: ,,Diese Eingreifpläne können den Einsatz von Arbeitslosenkontingenten, vor allem von Jugendlichen, für gemeinnützige Tätigkeiten ... und für befristete produktive Tätigkeit in Unternehmen (vorsehen)."

Trotzdem, die relative Stellung der imperialistischen Finanzbourgeoisie in der imperialistischen Konkurrenz bleibt schwach. Die ausländischen Kapitalanlagen in Italien überstiegen die italienischen im Ausland Ende 1978 um 62%, und auch bei den neuen Direktinvestitionen ist die Bilanz nach wie vor negativ. Von den 25 größten Kapitalgesellschaften des Landes sind 12 Töchter ausländischer Konzerne, 7 von US-, drei von französischen und je 1 von belgischen und holländischen Monopolen.

120%
Warenexport in % der Einfuhr
EG
100%
Welt
USA
80%
Mrd.
3000
Mrd.
Lire
EG ohne Lux.
Schweiz,
ein, Luxemburg
e Länder





Die Gesamtimporte beliefen sich 1979 auf 64650 Mrd. Lire (142 Mrd. DM), davon 28568 Mrd. aus der EG (BRD: 11102 Mrd.) und 4385 Mrd. aus USA.

Frankreich: Gewerkschaften und Ärzte gegen Kostendämpfung

z.inl.Paris. Am 30. April ist das alte Honorarabkommen zwischen den Allgemeinen Krankenkassen und den Ärzteorganisationen in Frankreich ausgelaufen. Wochenlang war schon ergebnislos verhandelt worden, dann beschloß Gesundheitsminister Barrot am 18. März den Ausschluß der CSMF von den Verhandlungen. Diese Organisation, die die Mehrheit der 115000 Ärzte vertritt, weigert sich entschieden, zum Handlanger der Kostendämpfung gemacht zu werden. Die Kassen haben für den neuen Honorarvertrag von der Bourgeoisie einen festen Auftrag: Ausgabenbeschränkung. Die Ärzte sollen zum schriftlichen Einverständnis mit Honorarkürzung und Entzug der Kassenzulassung für den Fall, daß sie zuviel bzw. wiederholt zuviel verschreiben, genötigt werden. Der Widerstand der CSMF hat einen raschen und unauffälligen Angriff auf die Arbeiterbevölkerung und ihre erkämpften Schutzrechte von der Seite der ambulanten Versorgung her gehörig durcheinandergebracht. Daß Barrot bis heute kein neues Honorarabkommen, über das er mit einer kleinen Ärzteorganisation weiterverhandeln ließ, unter Dach und Fach brachte, liegt vor allem am Aufbau einer Front gegen die Kostendämpfung (s. KVZ Nr. 17). Die Gewerkschaften haben mit den Ärzten und den Mutualités, den genossenschaftlichen Hilfskassen, über gemeinsame Aktionen beraten. CGT, CFDT und FEN rufen für den 13. Mai zum nationalen Aktionstag gegen die Angriffe auf die Sozialversicherung auf, ,,gegen eine Medizin für Arme und eine für Reiche".

Sowjetunion bietet Österreich Kooperation auf Drittmärkten an

z.anb.Wien. Kreiskys Staatssekretär Nußbaumer brachte vorige Woche aus Moskau ein Kooperationsangebot mit – Lieferung von Industrieanlagen nach Libyen, Algerien, Indien, Pakistan, Jugoslawien, Bulgarien, Polen, Kolumbien, ,,wo bislang die Sowjetunion und Österreich als konkurrierende Anbieter" aufgetreten seien. Einerseits Länder der Dritten Welt, die neben vor allem die verstaatlichte österreichische Schwerindustrie einen Handelszuwachs verzeichnet, andererseits RGW-Staaten, deren Produktionsmittelbranche durch Spezialisierung eingeschnürt ist. Dieses erstmalige Angebot an ein westeuropäisches Land, so Nußbaumer, trage Österreichs ,,besonderem, neutralen Status" Rechnung – bei 40%iger Energieabhängigkeit von Ostimporten und Kreiskys ,,geteilter Entspannung".

Südjemen: Sozialimperialisten festigen ihren Einfluß

z.rua. Eine Woche, nachdem der Präsident Südjemens, Ismail, aus ,,gesundheitlichen Gründen" am 20.4. zurücktrat, wurde er unter Hausarrest gestellt. Seine Ämter übernahm Ministerpräsident Mohammed. Drahtzieher sind die Sozialimperialisten, die ihre Herrschaft über den Südjemen sichern und auf den Nordjemen ausdehnen wollen. Zusammen mit ihrer Herrschaft über Äthiopien wollen sie so einen Sperriegel zwischen Rotem Meer und Indischem Ozean errichten. Ismail war von ihnen im Frühjahr 1978 an die Macht geputscht worden; als erstes überließ er der Flotte der SU Stützpunktrechte im Hafen Adens. Im Ok-

Wofür reicht der Lohn?

Lohn- und Reproduktionsverhältnisse der sowjetischen Arbeiterklasse (II)

z.krk. 160 Rubel betrug 1978 der statistische Durchschnittslohn in der Sowjetunion, 70 Rubel der gesetzliche Mindestlohn, vor Abzug der Steuern und ohne Kindergeld. Die Lohnsteuersätze gehen von 0,7% bis 13%, bis 200 R im Monat progressiv, ab 200 R beträgt die Lohnsteuer einheitlich 13%. Wie die einzelnen Steuerklassen aussehen, wissen wir noch nicht. Nach sowjetischen Angaben zahlten die in der Industrie Beschäftigten 1976 8,6% ihrer Löhne und Gehälter als Steuern weg, die Kolchosbauern 1,2%.

Wir wollten wissen, was ein Arbeiter von diesem Durchschnittslohn sich kaufen kann. Wir gingen dabei von den Preisen in Moskau, Mai 1976 aus, da die als einzige erhältlich waren. Die Preise sind keine offiziellen Angaben, sondern beruhen auf Probekäufen in mindestens 5 Supermärkten. Dabei kann es schon zu Widersprüchen zu den staatlichen Angaben kommen: die Presseagentur „Nowosti" behauptet, 1978 hätte 1kg Rindfleisch 1,65 R gekostet – die von uns verwendete Untersuchung gibt für 1976 2 R an. Falls die entsprechenden Lebensmittel in staatlichen Läden nicht erhältlich waren, sind die Preise der Kolchosmärkte genommen worden.

Den Durchschnittslohn für die gesamte Industrie gibt die Statistische Zentralverwaltung der UdSSR für 1976 mit 169,5 R an. Davon haben wir 8,6% für Steuern abgezogen, hinzu addiert haben wir ein durchschnittliches Kindergeld von 12 R, es ergibt einen *Nettolohn* von *166,9 R* für einen Industriearbeiter.

Wir stellten einen Warenkorb für Lebensmittel zusammen und gingen dabei von den sowjetischen Angaben über den Durchschnittsverbrauch von Grundnahrungsmitteln aus. 34,2% eines Einzellohns, also 57,16 R müßte demnach *pro Person* jede sowjetische Familie für Lebensmittel ausgeben. Nach der sowjetischen Statistik ist der Vierpersonenhaushalt mit zwei Kindern und zwei Verdienern typisch. Für diese typische Familie hieße das ein Gesamteinkommen von 309,8 R, davon Ausgaben für Lebensmittel 228,64 R, also 73,8% des Familieneinkommens.

Durchschnittl. Lebensmittelverbrauch pro Person/Monat, in Rubel, 1976

Mehl	1,00 kg	0,40
Brot	8,00 kg	1,12/0,72
Nudeln	3,75 kg	0,54
Schweinefl.	1,50 kg	- 2,85
Hackfleisch	1,00 kg	2,88
Wurst	0,83 kg	1,83
Hering	1,00 kg	1,20
Eier	17,4 St.	1,34/0,70
Öl	0,64 l	1,12
Zucker	3,40 kg	3,06
Milch	10,0 l	3,00
Käse	1,00 kg	3,60
Butter	1,00 kg	3,60
Kartoffeln	9,90 kg	4,45
Äpfel	2,00 kg	9,00
Apfelsinen	1,00 kg	1,40
Kohl	4,00 kg	6,00
Rüben	1,00 kg	1,00
Tomaten	1,00 kg	3,00
Spinat	0,50 kg	0,21
Blumenk.	0,70 kg	2,10

Das Berechnungsergebnis erscheint uns fast irreal, obwohl es von der Wirklichkeit nicht stark abweichen wird. Zwei Modifikationen sind möglich: entweder sind die amtlichen Angaben über den (innerhalb des RGW durchaus niedrigen) Durchschnittsverbrauch nach oben hin gefälscht; oder aber es müßte eine sehr ausgedehnte und billige Kantinenverpflegung geben. Wie auch immer: die absolute Notwendigkeit für die Berufstätigkeit der Frau liegt auf der Hand, und auch die große Schwierigkeit der Reproduktion der Familie zeigt sich. Der Rückgang der Geburtenrate, vor allem in den großen Industriezentren, zeigt an, daß die Reproduktion vieler Arbeiterfamilien bereits nicht mehr möglich ist.

Aber weiter: Will unsere Familie am abend einen Wodka trinken, muß sie für eine 0,7-Liter-Flasche 5,77 R bezahlen. Ein Herrenhemd kostete 1976 7,40 R, ein Paar Lederschuhe 30 R, ein Herrenmantel 70 R, ein 360-Liter-Kühlschrank 345 R, eine Waschmaschine 360 R, ein Schwarz-weiß-Fernseher mit 59cm-Bildröhre 386 R, ein Pkw, Marke Schiguli (FIAT 131) 5 500 R. Nur wenige Familien sind mit Haushaltsgeräten ausgerüstet. 1978 kamen auf 1 000 Einwohner 243 Radios, 240 Fernseher, 226 Kühlschränke, 203 Waschmaschinen und nur 71 Staubsauger! Die Zahlen oben zeigen, wie niedrig die Akkumulationsfonds der Familien sein müssen. Dazu kommt, daß die Geräte selbst bei vorhandenem Geld oft nicht gekauft werden können – sie sind Mangelware.

Mangelware – dies ist eine weitere, sehr bedeutende Einschränkung der Reproduktion der arbeitenden Bevölkerung. Zwiebeln konnten wir in unseren Warenkorb nicht aufnehmen, da im Mai 1976 in Moskau keine zu haben waren. Äpfel gab es nur auf dem freien Kolchosmarkt, für 4,50 R das Kilo. Genauso bei Kartoffeln: im staatlichen Laden hätten sie 0,10 R kosten müssen, nur daß es keine gab. Der Marktpreis: 1 R für das Kilo. Die Reihe der Mangelwaren des alltäglichen Lebens ist unendlich lang. Diese Tatsache bildet die Grundlage für einen ausgedehnten Schwarzmarkt, wo diese Gegenstände für Wucherpreise (oft Schmuggelware aus dem Ausland) von Spekulanten gehandelt werden. Eine Pelzmütze würde im staatlichen Handel 70 R kosten – bloß sind dort keine zu haben. Auf dem Schwarzmarkt sind Pelzmützen – vielerorts wegen dem Klima unentbehrlich – für 400 R erhältlich.

Schlange stehen, nach Waren durch die halbe Stadt fahren, gehört zum Alltag der arbeitenden Hausfrau. Der Staat spart an Zirkulationskosten: die durchschnittliche Ladendichte in der SU beträgt etwa ein Fünftel der in der BRD. Dienstleistungsbetriebe wie Wäschereien und Reinigungen sind dünn gesät: das Statistische Handbuch 1978 gibt 4 800 Wäschereien und 2 000 chemische Reinigungen für das ganze Land an. Nach einer sowjetischen Erhebung verbringt jede Familie 9 Stunden in der Woche allein mit dem Einkauf von Lebensmitteln, jede Hausfrau arbeitet 30 Stunden in der Woche im Haushalt. Wer keine Wucherpreise auf dem freien oder Schwarzmarkt bezahlen kann, muß eben mit Arbeits- und Lebenszeit dafür bezahlen.





Beim Fleischer Schlange stehen (Bild rechts) braucht die Bourgeoisie nicht. In Spezialläden und Restaurants, in denen den arbeitenden Menschen der Eintritt verwehrt ist, läßt sich das Leben genießen. Hier der Moskauer „Filmklub".

Baranskaja: Woche um Woche

Erzählung über eine arbeitende Frau?

Die Erzählung „Woche um Woche" von Natalja Baranskaja ist in der Zeitschrift „Nowij Mir" 1969 das erste Mal erschienen (deutsch bei Luchterhand, 9,80 DM). Sie schildert eine Woche der Chemielaborantin und Hausfrau Olga Woronkowa, den Kampf ihrer Familie um die Reproduktion. Sie lebt in ständiger Hast und Angst, daß sie es doch nicht mehr schaffen wird. Die Familie Woronkow hat zwei Kinder und lebt in einem Neubauviertel am Rande Moskaus.

Natalja Baranskaja ist 1911 in Leningrad geboren, sie lebt heute als Schrifstellerin in Moskau.

Montag

Ich renne, renne und stoße auf dem Treppenabsatz mit Jakow Petrowitsch zusammen. Er bittet mich zu sich, fragt, wie die Arbeit geht. Er verliert kein Wort über meine Verspätung – ich habe mich um 15 Minuten verspätet. Am vergangenen Montag waren es 12 Minuten, da hat er sich mit mir auch unterhalten ...

Heute ist Schura an der Reihe, Einkäufe für die „Mütter" zu machen. So ist es bei uns die Regel – gleich für alle zusammen einkaufen. Und die Arbeitspause haben wir uns von zwei bis drei erbeten, wenn in den Läden weniger Leute sind ...

Dienstag

Heute stehe ich normal auf – 10 Minuten nach 6 bin ich schon fertig, nur noch nicht frisiert. Ich wasche Kartoffeln – eine Vorbereitung für das Abendessen – rühre den Brei an, koche Kaffee, wärme Milch, wecke Dima, gehe auch die Kinder wecken. Ich mache im Kinderzimmer Licht und sage laut „Guten Morgen meine Engelchen!" – doch sie schlafen. Ich gebe Kotka einen Klaps, ich zupfe Gulka, dann ziehe ich beiden die Decke weg – „vorwärts!". Kotja kniet sich hin, vergräbt sein Gesicht im Kopfkissen ...

In der Küche zischt es – oh, ich habe die Milch vergessen! Ich renne in die Küche ... Ich stopfe zwei Paar Füßchen in die Filzstiefel, stülpe die Mützchen auf zwei sich wehrende Köpfchen und rufe, wie man Pferden zuruft, die eingespannt werden: „Stillhalten, stillhalten, sage ich!" Das übrige bringt Dima zu Ende – zieht ihnen das Pelzmäntelchen an, bindet ihnen das Wolltuch um und zieht die Gürtel fest ...

mäntelchen an, bindet ihnen das Wolltuch um und zieht die Gürtel fest ...

Fünf Minuten nach sieben, natürlich renne ich. Von Ferne sehe ich, wie schnell die Schlange beim Autobus wächst. ... Die Autobusse kommen schon voll an, es steigen höchstens fünf Leute aus der Schlange zu, dann stürzen noch einige Wagemutige von hinten heran, einem gelingt es, sich am Griff festzuklammern, der Autobus keucht, brüllt auf und fährt los, noch lange sieht man aus der Tür Füße, Mantelzipfel, eine Aktentasche heraushängen ...

Endlich ist alles getan und ich gehe unter die Dusche. ... Schon die Augen geschlossen, erinnere ich mich, daß ich wieder den Haken nicht angenäht habe. Aber keine Macht der Welt kann mich noch einmal aus dem Bett holen. Nach zwei Minuten schlafe ich ein. Ich höre noch im Schlaf, wie Dima sich niederlegt, aber kann meine Augen nicht öffnen, kann auf keine Frage mehr antworten, kann ihn nicht mehr küssen, als er mich küsst ... Dima zieht den Wecker auf, nach 6 Stunden wird diese Höllenmaschine losgehen.

Mittwoch

Heute bin ich an der Reihe, Einkäufe zu machen. Lebensmittel für alle – keine leichte Aufgabe. Nicht nur, weil man viel zu tragen hat. Sondern weil dich unweigerlich die Schlange hinter dir beschimpfen wird, und sei sie noch so klein. Du kaufst Wurst – einmal, und nocheinmal, und nocheinmal ...

In den Geschäften hält man besser den Mund ... Mit finsterem und verbissenem Gesicht kaufe ich in der Lebensmittelabteilung 3 Pfund Butter, 6 Flaschen Milch, 3 Kefir, 10 Schmelzkäse, 2 Kilo Wurst und zweimal je 30 Gramm Quark ...

Und mit diesen meinen Täschchen biege ich plötzlich von meinem Weg ab, fädele mich zwischen Häusern durch und gelange zu dem gläsernen Kubus eines Friseurladens ... Unter dem giftigen Brummen des Garderobenmannes stelle ich meine Taschen neben den Kleiderständer auf den Boden, steige nach oben und sitze schon auf einem Sessel und werde von einer jungen Frau mit ausrasierten Augenbrauen bedient. „Was darfs sein?", fragt sie, und nachdem sie gehört, daß ich nur geschnitten werden will, schürzt sie die Lippen. „Wird gleich gemacht ..." So geschieht es auch. Ich sehe in den Spiegel: die gekürzten Haare stehen nach allen Seiten ab, der Kopf – ein gleichschenkeliges Dreieck. Ich halte gerade noch meine Tränen zurück ...

Donnerstag

Plötzlich ist Mittagspause. Ludmilka beugt sich über mich, sagt: „Hör mal, du schläfst wohl, sag was du brauchst, du hältst mich auf, es ist schon zwei Uhr". Ich überlege laut, was ich brauche ...

„Olga, heute verkaufen sie ‚Lotos', ich werde mich anstellen, für alle besorgen ...". ‚Lotos' ist notwendig, sehr notwendig, aber ich winke nur mit der Hand ab – mit steht der Kopf nicht nach ‚Lotos', ich muß mich für das Mechanische (Labor) fertigmachen und zudem noch ins Programm (für die Versuche) sehen. ...

Freitag

Wir kommen zurück und da erscheint schon Ludmilka mit der Berechnung

Wir kommen zurück und da erscheint

schon Ludmilka mit der Berechnung der ‚Krankheitstage'. Ich stehe natürlich an erster Stelle, wie ich schon vermutet hatte. Krankheitshalber habe ich 78 Tage versäumt, beinahe ein Drittel der Arbeitszeit. Und alles wegen der Kinder ...

Samstag

Am Samstag schlafen wir lange. ... Dann schicke ich die Kinder mit Dima spazieren, selbst mache ich mich an meine Arbeiten. Als erstes setze ich die Suppe zum Kochen auf. Dima versichert mir, daß die Suppe in der Kantine nie schmeckt, die Kinder sagen nichts, wollen aber immer noch einen zweiten Teller voll. Während die Suppe kocht, bringe ich die Wohnung in Ordnung, staube ab, schrubbe den Boden, schüttele die Bettdecken auf dem Balkon aus (was natürlich nicht erlaubt ist, aber es geht schneller), sortiere die Wäsche, weiche meine und Dimas in ‚Lotos' ein, sammele das übrige für die Wäscherei, die Kinderwäsche lasse ich für morgen ...

---

tober 1979 wurde die sowjetische Präsenz durch einen bis zum Jahr 2000 befristeten „Freundschaftsvertrag" legitimiert. Die Sozialimperialisten sicherten sich weitere Stützpunktrechte, u.a. auf der mitten im Zugang zum Roten Meer gelegenen Insel Sokotra, und das Recht auf jederzeitige Intervention. Präsident Ismail verfolgte jedoch seit Anfang des Jahres einen Kurs der Versöhnung und Zusammenarbeit mit den arabischen Nachbarstaaten. Neben den zunächst von den Sozialimperialisten forcierten Einigungsbemühungen mit Nordjemen vertiefte er die Beziehungen zu Saudi-Arabien und bemühte sich um die Beilegung der Konflikte mit Oman. Das war seine „Krankheit", die die Sozialimperialisten ausmerzten.

Die EG verlangt von Indien ein Kooperationsabkommen

z.mif. Am 1. Mai begab sich der Präsident der EG-Kommission Jenkins zu Gesprächen mit der indischen Regierung nach Neu-Delhi. Es ist nicht direkt geheim, aber im Gegensatz zu den sonst üppigen Propagandaranken um jede innere und äußere Tat der EG gibt es hierzu nicht einmal eine Pressemitteilung. – Vor wenigen Tagen ist die indische Ministerpräsidentin Gandhi von ihrer Reise nach Zimbabwe zurückgekehrt, wo sie mit dem pakistanischen Präsidenten Zia ul-Haq gesprochen hat. Das war für die russischen Sozialimperialisten, die über Kapitalexport und Unmengen von Spezialisten erheblichen Druck auf Indien ausüben, äußerst unerquicklich. Die US-Imperialisten führen im Indischen Ozean Dauermanöver durch, die auch Indien bedrohen. Da wittern die alten britischen Kolonialherren neue Chancen, deshalb fährt auch der Brite Jenkins in Person und überläßt das nicht seinem Vizepräsidenten Haferkamp, dessen Ressort die Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft eigentlich sind. Die EG verfügt bereits über ein Zuckerabkommen mit Indien; Indien hat Interesse an Aufhebung der Handelsschranken, die die EG errichtet hat, sowie an Entwicklungshilfe. Ein Viertel seines Handels, sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr, tätigte Indien 1978 mit Ländern der EG. Das ist doppelt so viel wie der Anteil der USA und etwa dreimal so viel wie der Anteil Japans. Gewiß hat Jenkins im Flugzeug ein Loblied auf die Beziehungen Dritte Welt – EG einstudiert. Aber die Inder kennen sich mit dem Charakter der britischen Bulldogge und der ganzen europäischen Imperialistenmeute ganz gut aus.

Thailand: Innen-und Außenpolitik der Regierung Prem umstritten

z.hot. Noch im Mai dieses Jahres stehen Besuche sowohl des vietnamesischen wie auch des chinesischen Außenministers in Bangkok an. Angesichts der Debatte unter den ASEAN-Staaten über ihre weitere Kampuchea-Politik kommt diesen Besuchen eine große Bedeutung zu. Anläßlich seines Besuches in Singapur erklärte der thailändische Ministerpräsident Prem, er befürworte eine UNO-Konferenz über Kampuchea, an der auch Vertreter des Phnom Penher Marionettenregimes teilnehmen sollen. Kurz nach seiner Ankunft in Bangkok ergänzte er, daß Vorbedingung für eine solche Konferenz allerdings der Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea sein muß. Die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Thailands durch die Entwicklung auf dem kapitalistischen Weltmarkt, sowie durch die absehbare Mißernte in diesem Jahr, werden durch die Anwesenheit von ca. 500000 Flüchtlingen noch verschärft. Um die Schwierigkeiten in ihrem Sinne zu lösen, plant die Regierung Prem „die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Administration bis in die kleinsten Dörfer" durch die Errichtung von Wehrdörfern von 1 – 2 000 Menschen auf Regierungsland, mit Befestigungsanlagen und einer eigenen Dorfpolizei, die in der Lage sein soll, bis zu zehn „Angreifer" abzuwehren. Alles weitere behält sich die Armee vor.

Neue Hebriden unabhängig Imperialistische Störmanöver

z.mat.Sydney. In diesem Monat erreichen die Neuen Hebriden ihre staatliche Unabhängigkeit. Die Existenz des neuen Staates, der den Namen Vanuatu – unser Land – annehmen wird, bedeutet eine Stärkung des Zusammenschlusses im Südpazifik gegen den Imperialismus. Die Wahlen zum Parlament hatten im November mit einem überwältigenden Sieg der Vanuaaku Pati geendet, die seit 1976 den Kampf für die Unabhängigkeit angeführt hat. Fast ein Jahrhundert lang sind die Inseln von Großbritannien und Frankreich in einem Kondominium mit Hilfe von zwei Gerichts-, Polizei- und Schulsystemen kontrolliert worden. Der größte Teil des fruchtbaren Landes ist im Besitz französischer Siedler. Unmittelbar nach den Wahlen haben sie auf Santos, einer der größten Inseln, ihren eigenen Staat ausgerufen. Die Kolonialmächte, die bis heute die Polizei kontrollieren, weigern sich, die Sezession zu beenden, und haben in Paris „Verhandlungen" mit den Siedlern aufgenommen. Frankreich hat mit der Einstellung der Finanzhilfe gedroht, wenn „die Errungenschaften französischer Kultur" nicht beibehalten werden. Die britischen Imperialisten rechnen sich dabei Vorteile aus. Das Programm der Vanuaaku Pati sieht dagegen in der Außenpolitik den Zusammenschluß mit den Nachbarländern und die Unterstützung der Befreiung der französischen Kolonien Polynesien und Neukaledonien vor und in der Wirtschaftspolitik die Entwicklung des Landes durch Stärkung der Selbstversorgung der Landbevölkerung.

Die europäische Arbeiterbewegung auf seiten der Nordstaaten im Kampf gegen die Sklaverei

z.bew. In dem Entwurf Jeffersons zur Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Nordamerika von 1776 war eine Passage enthalten, in der die Sklaverei verurteilt wurde. Diese Passage wurde, ebenso wie die Stelle im ersten Entwurf für die amerikanische Verfassung, die sich gegen die Sklaverei richtete, bei der Verabschiedung gestrichen. Für den Großgrundbesitz in den Vereinigten Staaten, der im wesentlichen auch nach der Unabhängigkeit Lieferant von Rohstoffen für den europäischen Markt blieb, war die Sklaverei notwendige Voraussetzung, da es an freier Lohnarbeit fehlte. Die Einwandererströme, die an Nordamerikas Küste schwappten, verwandelten sich in Siedlerströme, die in den Westen zogen, wo sie billig Eigentum an Boden erwerben und freie Siedler werden konnten. Das folgende Jahrhundert nach der amerikanischen Unabhängigkeit war gekennzeichnet auf der einen Seite durch eine Vervielfachung der Sklaverei. 1772 waren es noch 460000 Sklaven, deren Zahl bis 1840 auf 2 Mio. anwuchs und die sich bis 1860 nochmals auf 4 Mio. verdoppelte. Diese Sklaven arbeiteten nahezu ausschließlich auf den großen Baumwollplantagen im Süden. Auf der anderen Seite hatte sich im Norden auf der Basis der großen Industrie und der Maschinerie die kapitalistische Produktionsweise weiter entwickelt und zur Herausbildung einer großen Arbeiterklasse geführt.

Mit dem amerikanischen Bürgerkrieg standen sich zwei gegensätzliche Systeme gegenüber. „Der gegenwärtige Kampf zwischen Süd und Nord ist also nichts als ein Kampf zweier sozialer Systeme, des Systems der Sklaverei und des Systems der freien Arbeit. Weil beide Systeme nicht länger friedlich auf dem nordamerikanischen Kontinent nebeneinander hausen können, ist der Kampf ausgebrochen. Er kann nur beendet werden durch den Sieg des einen oder des anderen Systems.“ (Marx)

Karl Marx, Friedrich Engels und die zur Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges gegründete Erste Internationale haben in diesem Kampf ganz entschieden die Seite der Nordstaaten, die Seite der freien Arbeit ergriffen. Vom Standpunkt des revolutionären Proletariats war es notwendig, Partei zu ergreifen gegen die reaktionären Südstaaten, von deren Seite es ein Eroberungskrieg zur Ausbreitung und Verewigung der Sklaverei war, und für den gesellschaftlichen Fortschritt, der in der Verallgemeinerung der freien Lohnarbeit und der Abschaffung aller alten, die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und damit die Herausbildung des Proletariats hemmenden Schranken bestand.

Der von den Südstaaten entfesselte Krieg war ein direkter Angriff auf die amerikanische Arbeiterklasse, denn ein Sieg der Grundbesitzerklasse des Südens hätte unweigerlich zur Folge gehabt, daß die Arbeiterklasse in den Nordstaaten auf das Niveau und die Rechtlosigkeit der Heloten des Südens heruntergedrückt worden wäre, da die Vertreter der Südstaaten „das Eigentum auf den Menschen zum Eckstein ihres neuen Gebäudes erklärten“. Die Arbeiterklasse Nordamerikas war gezwungen, diesen Kampf gegen die Sklaverei zu führen und für ihre vollständige Aufhebung zu kämpfen, da, wie Marx im „Kapital“ schreibt „jede selbständige Arbeiterbewegung gelähmt (bleibt), solange die Sklaverei einen Teil der Republik verunstaltet. Denn Arbeit in weißer Haut kann sich dort nicht emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird.“

Die Ausdehnung des Sklavenhaltersystems hätte bei einem Sieg der Südstaaten nicht nur für die nordamerikanische, sondern für die Arbeiterklasse der ganzen Welt unabdingbare Folgen nach sich gezogen, weshalb sich in Europa die Bourgeoisie zur Unterstützung der Südstaaten zusammengerottet hatte. In dem von Marx verfaßten Glückwunschschreiben der Ersten Internationale an Präsident Lincoln zu dessen Wiederwahl wird die Bedeutung des amerikanischen Bürgerkrieges für die gesamte Arbeiterbewegung hervorgehoben und dem amerikanischen Volk die Unterstützung der europäischen Arbeiterklassen versichert: „Die Arbeiter Europas begriffen, selbst noch ehe sie durch die fanatische Parteinahme der oberen Klassen für den Konföderiertenadel gewarnt worden, daß die Rebellion der Sklavenhalter die Sturmglocke zu einem allgemeinen Kreuzzug des Eigentums gegen die Arbeit läuten würde und daß für die Männer der Arbeit außer
lion der Sklavenhalter die Sturmglocke zu einem allgemeinen Kreuzzug des Eigentums gegen die Arbeit läuten würde und daß für die Männer der Arbeit außer
ihren Hoffnungen auf die Zukunft auch ihre vergangnen Eroberungen in diesem Riesenkampf jenseits des Ozeans auf dem Spiele standen.“ (Marx)

In ganz Europa rief die Erste Internationale zur Unterstützung und zur Sammlung für die nordamerikanische Arbeiterklasse auf. In England, wo die Bourgeoisie zugunster der Südstaaten intervenieren wollte, um die weitere Zufuhr billiger Baumwolle zu sichern und gleichzeitig die, auf dem Weltmarkt lästig werdende Konkurrenz des industriellen Nordens aus dem Feld zu drängen, konnte durch machtvolle Kundgebungen der englischen Arbeiterklasse dieser Kriegseintritt verhindert werden. Und das, obwohl die englischen Arbeiter durch die Verhinderung der Zufuhr von weiterer Baumwolle massenweise auf die Straße geworfen worden sind und durch die Krise die Ausbeutung verschärft wurde.

Der proletarische Internationalismus hatte mit der Unterstützung der amerikanischen Arbeiterklasse und des Klassenbündnisses von nationaler Bourgeoisie, kleinen Siedlern und Arbeiterbewegung in dieser zweiten großen bürgerlichen Revolution auf dem nordamerikanischen Kontinent eine seiner ersten großen Bewährungsproben bestanden. Der Kampf der europäischen Arbeiterklasse hat die Intervention der europäischen Staaten verhindert, und die Erfahrungen dieses Kampfes „haben den Arbeiterklassen die Pflicht gelehrt, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig zuvorzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen. Der Kampf für eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die *Emanzipation der Arbeiterklasse.*“ (Marx)

Der amerikanische Bürgerkrieg – revolutionärer Krieg gegen die Sklaverei

z.lup. Im Juni 1861 beschlossen 10 Staaten der nordamerikanischen Union die Trennung von den Vereinigten Staaten von Amerika und schlossen sich damit Süd-Carolina an, das bereits ein Jahr zuvor aus der Union ausgetreten war. Das Programm der Sezessionisten war die Verteidigung und Ausdehnung der Negersklaverei. Auf dem Sezessionskongreß erklärte Stephens, der Vizepräsident der südlichen Konföderation, der wesentliche Unterschied der dort ausgeheckten Konstitution gegenüber der Verfassung Washingtons und Jeffersons bestünde darin, daß jetzt zum ersten Mal die Sklaverei als ein „in sich selbst gutes Institut und als Fundament des Staates anerkannt“ sei, während die „revolutionären Väter, befangen in Illusionen“ die Sklaverei nur als ein importiertes, im Laufe der Zeit zu beseitigendes Übel behandelt hätten. „Es handelt sich um die Gründung einer großen Sklavenrepublik“ rief ein anderer Führer des Südens, Spatt, auf diesem Kongreß aus.

Negersklaverei war praktisch von Anfang an Bestandteil der europäischen Kolonisation des nordamerikanischen Kontinents gewesen. Aber erst mit Beginn des 19. Jahrhunderts hatte sie einen massenhaften, progressiv ansteigenden Umfang angenommen. 1790 hatte es in den Vereinigten Staaten insgesamt knapp 700000 Negersklaven gegeben, 1840 waren es 2,5 Millionen. Die Ausdehnung der Sklaverei war Ergebnis des plantagenmäßig betriebenen Baumwoll- und Zuckerrohranbaus. 1793 hatte Whitney die cotton gin, eine Baumwollentkörnungsmaschine erfunden, die eine gewaltige Entwicklung der Produktivkraft bedeutete. Zuvor brauchte ein Sklave einen Tag, um ein Pfund Baumwolle zu entkörnen. Zu wenig, um die Rohstoffbedürfnisse der englischen Textilindustrie befriedigen, aber auch zu wenig, um den Baumwollanbau plantagenmäßig betreiben zu können. Mit der Baumwollentkörnungsmaschine konnten 150 Pfund pro Tag entkörnt werden, und die Maschine war so einfach, daß Sklaven zu ihrer Bedienung angewandt werden konnten. Bis 1852 war die Baumwollproduktion auf das Tausendfache gestiegen, und in dieser Zeit entwickelte sich ebenfalls, ausgehend von Louisiana, der Zuckerrohranbau, der ebenfalls von Negersklaven plantagenmäßig betrieben wurde.

Es waren Unterschiede in den natürlichen Bedingungen, die dafür sorgten, daß sich vor allem in den Tiefebenen und Morästen des Südens die von Negersklaven betriebene Plantagenwirtschaft entwickelte. Im Norden förderten alle natürlichen Bedingungen die Entwicklung freier Parzellenbauern und einer industriellen, kapitalistisch betriebenen Produktion. Fesselung und Vernichtung der Produktivkräfte ebenso wie der natürlichen Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion gehört zu den Wesensmerkmalen der auf Sklaverei beruhenden, plantagenmäßigen Exportproduktion. In Staaten wie Süd-Carolina, einem der Zentren der Sklavenhalter, begann die Baumwollproduktion nach einiger Zeit auf Grund der Erschöpfung des Bodens zu stagnieren, und diese Staaten verwandelten sich in sklavenzüchtende Staaten, die Sklaven an andere Staaten des Südens und Südwestens verkauften. Sobald dieser Punkt aber eintrat, wurde territoriale Ausdehnung, Ausdehnung der Sklaverei zur Existenzbedingung der Sklavenhalter. In dem Maße aber, wie die Sklavenhalter daran gingen, immer neue Territorien ihrer durch und durch rückschrittlichen Produktionsweise zu unterwerfen, mußte der Widerspruch zu den übrigen Klassen der nordamerikanischen Gesellschaft immer schärfer werden: Zu den kleinen, selbständigen Parzellenbauern des Nordens, die von der Konkurrenz der Großgrundbesitzer erdrückt zu werden drohten, und zu den industriellen Kapitalisten, deren Produktionsweise nicht auf der Sklaverei aufbauen konnte, sondern auf der Ausbeutung freier Lohnarbeiter aufbauen mußte.

Die Einführung der Sklaverei in immer neuen Territorien, den sogenannten Grenzstaaten, erzwangen die Sklavenhalter mittels ihrer traditionellen Mehrheit im Senat und im Kongreß. Der gesamte Staatsapparat wurde bis in die 50er Jahre immer weiter von ihnen beherrscht, angefangen von der Armee bis zum Obersten Gericht, das aus dem Eigentumsartikel der amerikanischen Verfassung ableitete, daß Ausbeutung von Negersklaven das Recht der Sklavenhalter auf dem gesamten Territorium der Vereinigten Staaten sei.

Der Widerstand der kleinen Farmer, der Arbeiter und der industriellen Kapitalisten des Nordens gegen die Sklavenhalter organisierte sich in der 1854 gegründeten Republikanischen Partei, die mit der Wahl Lincolns zum Präsidenten 1860 zum ersten Mal den Präsidenten stellte. Das Programm der Republikaner, für das Lincoln gewählt wurde, war zunächst äußerst beschränkt. Es enthielt die Verhinderung der weiteren Ausdehnung der Sklavenhalterei, die Unterdrückung der Sklaveneinfuhr wie auch die Förderung der Kolonisation des Westens durch selbständige Parzellenbauern. Es war aber von vorneherein unvereinbar mit den Interessen der Sklavenhalter, die ihre parasitäre Existenz nur durch weitere Ausdehnung der Sklaverei aufrechterhalten konnten. Die Sezession der Südstaaten 1861 war die Antwort auf die Wahl Lincolns zum Präsidenten. „Der Süden braucht sein ganzes Territorium“ war der Schlachtruf, mit dem die Sezessionisten durch den Angriff auf das Fort Sumter am 14. April 1861 den amerikanischen Bürgerkrieg eröffneten.

Waren die Kriegsziele der Südstaaten von vorneherein erklärtermaßen offensiv, so beschränkten sich die Kriegsabsichten der Nordstaaten zunächst auf defensive Zwecke: Einschränkung der Sklaverei auf die Territorien der Südstaaten, zunächst aber auch weitere Duldung der Sklaverei in





Sklaven auf einer Baumwollfarm in Georgia – Baumwollballen im Hafen von New Orleans vor der Verschiffung

Marx: Ein Londoner Arbeitermeeting

London, 28. Januar 1862

Die Arbeiterklasse, ein so vorwiegender Bestandteil in einer Gesellschaft, die seit Menschengedenken keinen *Bauernstand* mehr besitzt, ist bekanntlich nicht im Parlament vertreten. Dennoch ist sie nicht ohne politischen Einfluß. Keine bedeutende Neuerung, keine entscheidende Maßregel ist hierzulande je durchgeführt worden ohne pressure from without (Druck von außen), sei es, daß die Opposition solcher pressure gegen die Regierung, oder die Regierung der pressure gegen die Opposition bedurfte. Unter pressure from without versteht der Engländer große, außerparlamentarische Volksdemonstrationen, die natürlich ohne lebhafte Mitwirkung der Arbeiterklasse nicht in Szene gesetzt werden können. *Pitt* verstand es, in seinem Antijakobinerkrieg die Massen gegen die Whigs zu gebrauchen. Die katholische Emanzipation, die Reformbill, die Abschaffung der Korngesetze, die Zehnstundenbill, der Krieg gegen Rußland, die Verwerfung von Palmerstons Verschwörungsbill, alle waren die Frucht stürmischer außerparlamentarischer Demonstrationen, worin die Arbeiterklasse bald künstlich gehetzt, bald spontan handelnd, nur als persona dramatis, nur als Chor, die Hauptrolle oder – je nach Umständen – auch die Spektakelrolle spielte. Um so auffallender ist die Haltung der englischen Arbeiterklasse mit Bezug auf den Amerikanischen Bürgerkrieg.

Das Elend, welches die durch die Blockade der Sklavenstaaten *motivierte* Stillsetzung der Fabriken und Verkürzung der Arbeitszeit in den nördlichen Manufaktur-Distrikten unter den Arbeitern erzeugt hat, ist unglaublich und täglich im Wachsen begriffen. Die anderen Bestandteile der Arbeiterklasse leiden nicht in demselben Grade, aber sie leiden empfindlich unter der Rückwirkung der Krise der Baumwollindustrie auf die übrigen Industriezweige, unter der Verkürzung der Ausfuhr ihrer eigenen Produkte nach dem Norden Amerikas infolge des Norrill-Tarifs und der Vernichtung dieser Ausfuhr nach dem Süden infolge der Blockade. Englische Einmischung in Amerika ist daher in diesem Augenblicke zur Messer- und Gabelfrage für die arbeitende Klasse geworden. Dazu wird von seiten ihrer „natural superiors“ (natürliche Vorgesetzte) kein Mittel verschmäht, um ihren Zorn gegen die Vereinigten Staaten zu entflammen. Das einzige noch existierende große und weitverbreitete Arbeiterorgan, *„Reynolds's Newspaper“*, ist eigens gekauft, um seit sechs Monaten in tobenden Diatriben das Ceterum censeo der englischen Intervention wöchentlich zu wiederholen. Die Arbeiterklasse ist sich daher völlig bewußt, daß die Regierung nur auf den Interventionsschrei von unten lauert, die pressure from without, um der amerikanischen Blockade und dem englischen Elend ein Ende zu machen. Unter diesen Umständen ist die Hartnäckigkeit bewundernswert, womit die Arbeiterklasse schweigt oder ihr Schweigen nur bricht, um ihre Simme gegen die Intervention, *für* die Vereinigten Staaten zu erheben. Es ist dies ein neuer glänzender Beweis der unverwüstlichen Tüchtigkeit der englischen Volksmasse, jener Tüchtigkeit, die das Geheimnis der Größe Englands bildet, und die, um in der hyperbolischen Sprache Mazzinis zu reden, den gemeinen englischen Soldaten während des Krimkrieges und der indischen Insurrektion als einen Halbgott erscheinen ließ.

Zur Charkateristik der „Politik“ der Arbeiterklasse diene folgender Bericht über ein großes Arbeitermeeting, das gestern in Marylebone, dem volksreichsten Distrikt Londons, stattfand:

Herr *Stedman*, der Vorsitzende, eröffnete das Meeting mit dem Bemerken, es handle sich um einen Entschluß über die *Empfangsnahme der Herren Mason und Slidell* seitens des englischen Volkes.

„Es sei zu erwägen, ob diese Gentlemen hergereist kämen, um die Sklaven von ihrer Kette zu befreien oder einen neuen Ring dieser Kette zuzuschmieden.“

Herr *Yates:*

„Die Arbeiterklasse darf bei der jetzigen Gelegenheit nicht schweigen. Die zwei Gentlemen, die über den Atlantischen Ozean unserem Lande zusegeln, sind die Agenten sklavenhaltender und tyrannischer Staaten. Sie befanden sich in offener Rebellion gegen die gesetzliche Konstitution ihres Landes und kommen her, um unsere Regierung zur Anerkennung der Unabhängigkeit der Sklavenstaaten zu bestimmen. Es ist die Pflicht der Arbeiterklasse, jetzt ihre Meinung auszusprechen, soll die englische Regierung nicht glauben, daß wir gleichgültig ihrer auswärtigen Politik zuschauen. Wir müssen zeigen, daß das von diesem Volke für die Sklavenemanzipation verausgabte Geld nicht nutzlos vergeudet werden darf. Hätte unsere Regierung ehrlich gehandelt, so würde sie mit Herz und Seele die Nordstaaten in der Unterdrückung dieser furchtbaren Rebellion unterstützt haben.“

Nach einer ausführlichen Verteidigung der Nordstaaten und der Bemerkung, daß „Herrn Lovejoys heftige Tirade gegen England herausgefordert war durch die Schmähungen der englischen Presse“, stellte der Redner folgenden Antrag:

„Dieses Meeting beschließt, daß die Agenten der Rebellen, Mason und Slidell, jetzt auf der Reise von Amerika nach England, ganz und gar der moralischen Sympathien der Arbeiterklasse dieses Landes unwürdig sind, da sie sowohl Sklavenbesitzer sind als die eingestandenen Agenten der tyrannischen Fraktion, die in diesem Augenblicke gegen die amerikanische Republik rebelliert und die geschworene Feindin der sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse in allen Ländern ist.“

Herr *Whynne* unterstützte den Antrag. Es verstehe sich übrigens von selbst, daß man jeden persönlichen In-

den südlichen Grenzstaaten der Union, in denen die Sklaverei neben der freien Parzellenwirtschaft und einer sich entwickelnden industriellen Produktion existierte, Erhaltung der Einheit der Union und Niederschlagung der Rebellen der Südstaaten. Diese beschränkten Absichten entsprechen dem Klassenbündnis, das die Republikanische Partei repräsentierte und den Klasseninteressen, auf die sie in den ersten Monaten des Krieges Rücksicht nehmen mußte. Das waren zunächst die Sklavenhalter der Grenzstaaten, deren Loyalität mit der Union sie – wenn auch vergeblich – auf diese Weise zu erkaufen suchte, das waren aber auch die Banker und Händler des Nordens, die durch zig Fäden, darunter Hypotheken und Krediteinlagen in die Plantagen der Sklavenhändler des Südens, verbunden waren.

Hinzu kam, daß die Nordstaaten keineswegs von Anfang an über eine wohlorganisierte, disziplinierte und vor allem verläßliche Armee verfügten. – Im Gegensatz zu den Sklavenhaltern, die diese Armee dank ihrer Herrschaft über den Staatsapparat jahrelang hatten aufbauen können, und die zudem ihre Reserven fast vollständig mobilisieren konnten, weil sie von der Notwendigkeit zu produktiver Arbeit durch das System der Sklaverei weitgehend befreit waren. Nord- und Südstaaten führten gewaltige Freiwilligenarmeen ins Feld, aber in den Nordstaaten wurden diese von einem Offizierskorps kommandiert, das in den Jahrzehnten zuvor von den regierenden Sklavenhaltern gebildet worden war und dessen Ablösung nicht von einem Tag auf den anderen möglich war.

Über Mc Cellan, Oberbefehlshaber der Armee der Nordstaaten, der im

Über Mc Cellan, Oberbefehlshaber der Armee der Nordstaaten, der im
November 1862 von Lincoln abgesetzt wurde, sagte Marx, daß seine ,,Generalschaft allein hinreichend war, der größten und bestdisziplinierten Armee den Untergang zu sichern'', und daß er sich vor allem dadurch ausgezeichnet habe, daß er ,,nächst einer großen Niederlage einen entscheidenden Sieg am meisten fürchte''.

Indessen macht die Entwicklung des Krieges es zu einer unabweisbaren Notwendigkeit, die Beseitigung der Sklaverei ausdrücklich zum Programm zu erheben. Es waren vor allem die rasche Entwicklung, die die Entwicklung der Industrie im Norden in den Kriegsjahren durchmachte, die Lehren aus den Niederlagen der ersten Kriegsjahre und der starke Druck, den die Farmer, die weißen Arbeiter und Zugewanderten und vor allem die Schwarzen organisierten, die zu einer Änderung zwangen und den Krieg, der zunächst nur die Niederschlagung der Rebellion der Sklavenhalter bezweckte, in einen Krieg zur Zerschlagung der Sklaverei zu verwandeln.

Im September 1862 verkündete Lincoln die Emanzipationserklärung zur Befreiung der Negersklaven, die am 1. Januar 1863 in Kraft trat. In der Proklamation zum 1. Januar 1862 heißt es:

,,Auf Grund der am 22. September A.D. 1862 vom Präsidenten der Vereinigten Staaten erlassenen Proklamation, daß am 1. Januar 1863 alle Personen, die in einem Staat oder dem bezeichneten Teil eines Staates, dessen Bevölkerung sich zu dem genannten Zeitpunkt in Rebellion gegen die Vereinigten Staaten befindet, als Sklaven gehalten werden, dann, von da ab und für immer frei sein sollen, ... Auf Grund dessen bestimme und bezeichne ich nunmehr ich, Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten, kraft der mir als Oberkommandierendem der Armee und Flotte der Vereinigten Staaten in der Zeit einer tatsächlichen bewaffneten Rebellion gegen die Autorität und Regierung der Vereinigten Staaten verliehenen Befugnis und als geeignete und notwendige Kriegsmaßnahmen zur Unterdrückung der besagten Rebellion ... daß alle Personen, die in den besagten bezeichneten Staaten und Teilen von Staaten als Sklaven gehalten werden, frei sind und von jetzt an frei sein sollen.

Ferner erkläre ich und tue es zu wissen, daß solche Personen, wenn sie in geeigneter Verfassung sind, in die bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten aufgenommen werden, um Forts, Stellungen, Standorte und andere Positionen zu besetzen und Schiffe aller Art in den besagten Streitkräften zu bemannen.''

Karl Marx schrieb damals über diese Erklärung: ,,Lincolns Figur ist einzigartig in den Annalen der Geschichte. Er tut das Bedeutendste immer in der möglichst unbedeutendsten Form. Andere, denen es sich um Quadratfüße Land handelt, proklamieren den ‚Kampf für eine Idee'. Lincoln, selbst, wo er für die Idee handelt, proklamiert ihre ‚Quadratfüße'. Zögernd, widerstrebend, unwillig singt er die Bravour Arie seiner Rolle, als ob er um Verzei-

hung bäte, daß die Umstände ihn nöti-
strebend, unwillig singt er die Bravour Arie seiner Rolle, als ob er um Verzei-
hung bäte, daß die Umstände ihn nötigen, ‚Löwe zu sein'. Die furchtbarsten, geschichtlich ewig merkwürdigen Dekrete, die er dem Feind entgegenschleudert, sehen alle aus und bestreben sich auszusehen wie alltägliche Ladungen, die ein Anwalt dem Anwalt der Gegenpartei zustellt. Rechtsschikanen, engherzig verklausulierte Rechtshandlungen. Denselben Charakter trägt seine jüngste Proklamation, das bedeutendste Aktenstück der amerikanischen Geschichte seit Begründung der Union, die Zerreißung der alten amerikanischen Verfassung, sein Manifest für die Abschaffung der Sklaverei.''

Die Negersklaven des Südens hatten von Anfang an den Kampf der Nordstaaten in allen möglichen Formen unterstützt: indem sie durch massenhafte Flucht, die die Wirtschaft des Südens empfindlich beeinträchtigte, durch Aufstände, die 100000 Mann der Truppen der Südstaaten banden, durch Kundschafterdienste für die Armeen der Nordstaaten usw. Aber erst die Emanzipationserklärung Lincolns ermöglichte die Mobilisierung dieser gewaltigen Reserve. Ungefähr 200000 Schwarze, zumeist ehemalige Sklaven, schlossen sich der Nordarmee an. Dies und die vollständige Mobilisierung der kleinen Farmer und der Arbeiter des Nordens verschaffte erst dem Norden das entscheidende Übergewicht, das zum militärischen Sieg der Nordstaaten und zur Abschaffung der Negersklaverei führte.

Seeblockade und Seekrieg – zwei wirksame Hebel für den Sieg des Nordens

z.mif. Eine der ersten Kriegsmaßnahmen Lincolns war die Verhängung einer Wirtschaftsblockade über den Süden, die er noch im April 1861 auf die südlichen Häfen ausdehnte. Obwohl die Handels- und Kriegsflotte der Nordstaaten klein und veraltet und bei Kriegsbeginn in alle Winde verstreut war, wurde die Blockade bereits ab Juli 1861 wirksam. Fünfeinhalbtausend Kilometer Küste waren zu überwachen, mit zunächst 90 Schiffen, von denen weniger als die Hälfte einsatzbereit war. Innerhalb von fünf Jahren baute der Norden eine Flotte von 641 Schiffen auf. Die Seeblockade erfaßte 1861 eines von zehn Schiffen, 1864 bereits eines von dreien. Die Hoffnung der südlichen Sklavenhalter, England werde die Blockade völkerrechtlich nicht anerkennen und womöglich auf seiten des Südens in den Krieg eingreifen, der Baumwolle wegen, erfüllte sich nicht. Dagegen stand der Kampf der englischen Arbeiterklasse gegen die Sklaverei; auch das in den Nordstaaten investierte britische Industriekapital und der Bedarf an amerikanischem Weizen bestimmten die britische Regierung, ihrer Sympathie für die Südstaaten nicht freien Lauf zu lassen. Die juristische Anerkennung der Blockade hinderte die britische Bourgeoisie freilich nicht, gelockt von Höchstprofiten diese Blockade mit Tausenden von Schiffen zu brechen, die Baumwolle der Südstaaten zum britischen Textilkapital zu transportieren und den Sklavenhaltern große Mengen Lebensmittel und Waffen zu liefern, ohne die diese ausgehungert und kriegsunfähig gewesen wären.

Die Technik der Kriegsführung auf dem Wasser wurde im amerikanischen Bürgerkrieg bedeutend weiterentwickelt. Die Industriebourgeoisie der Nordstaaten verfügte über die erforderlichen Ressourcen – geschickte Arbeiter, Maschinen und Rohstoffe. Der Süden operierte mit Improvisation und vor allem mit in England gebauten Schiffen. Drei wesentliche Entwicklungen wurden im Bürgerkrieg begonnen: eisengepanzerte Rammboote (Widder), eisengepanzerte Kanonenboote und erste U-Boote, die aber noch nicht seetüchtig waren. Mit den Widdern rammte der Norden die Holzschiffe des Südens; auf diesen Widdern waren zahlreiche Scharfschützen postiert, wie sie die Siedlerbevölkerung des mittleren Westens hervorgebracht hatte.

Die gepanzerten Boote ,,Merrimac'' und ,,Monitor'' waren die ersten ihrer Art – mit bis zu 10 cm dicken schmiedeeisernen Platten gepanzert. Die ,,Monitor'' der Nordstaaten war eine durchgängig neue Konstruktion mit voll schwenkbarem und durch eine eigene Dampfmaschine angetriebenem Geschützturm. Die ,,Merrimac'', dem Süden bei Kriegsbeginn in die Hände gefallen, war ein konventionelles Schiff, das der Süden durch schwere Panzerung kriegstauglich machte. Die Schlacht zwischen beiden Schiffen am 9. März 1862 ging unentschieden aus – die Panzerung war weiter entwickelt als die Artillerie. Die ,,Monitor'' begründete eine ganze Klasse von Panzerschiffen, die bis zum 1. Weltkrieg eingesetzt wurden. Wirtschaftlich und militärisch war die Flotte eine wirksame Waffe des Nordens.



,,Am 9. März 1862 eröffnete die Seeschlacht zwischen ‚Merrimac' und ‚Monitor' die Ära des Krieges zwischen eisenbepanzerten Schiffen.'' (Engels)

1861 – 63: Hinhaltende Kriegstaktik des Nordens, | der Kongreß im Norden ebenfalls die

1861 – 63: Hinhaltende Kriegstaktik des Nordens, zögernde Schritte zur Sklavenbefreiung

z.rül. Mit dem Überfall auf Fort Sumter in South Carolina beginnen die Sklavenhalterstaaten des Südens am 12.4.1861 den Bürgerkrieg. Ihre Truppen überfallen Missouri, Tennessee und Ost-Virginia. In der ersten größeren Schlacht des Krieges bei Bull Run in Virginia schlagen sie am 21.7.61 ein 38000-Mann-Heer des Nordens in die Flucht. Trotzdem bleibt ihr Angriff stecken. In den folgenden Monaten verstärken die Kapitalisten im Norden ihre Truppen, vor allem durch Freiwillige, bilden Soldaten und Offiziere besser aus, entfernen unter dem Druck der Volksmassen Verräter – vor allem unter den höheren Offizieren – und stellen die Produktion auf die Erfordernisse des Bürgerkrieges um.

Anfang 1862 gehen sie zum Gegenangriff über. Die Truppen des Südens werden aus Missouri und Kentucky vertrieben, am 26.4. besetzt eine über See herangeführte Truppe New Orleans an der Mündung des Mississippi. Anstatt aber durch einen konzentrierten Angriff auf Georgia bis zur Atlantikküste die Südstaaten zu zerschneiden und dann ihre Truppen einzeln zu vernichten, verlegt sich die Nordarmee unter dem Oberbefehl von McClellan auf zermürbende Feldzüge in Virginia und versucht, den Mississippi unter Kontrolle zu bekommen. Mit der Einführung von Repetiergewehren und den ersten Maschinengewehren gewinnt der Norden bei den Handfeuerwaffen waffentechnische Überlegenheit. Am 22.9. verkündet Lincoln, daß ab 1.1.63 alle Sklaven in den Rebellenstaaten für frei erklärt sind. Scharfe Proteste der Bankiers und Kapitalisten in New York und Chicago verhindern die Ausdehnung der Sklavenbefreiung auf alle US-Staaten. Anfang 1863 werden zum ersten Mal entflohene Sklaven aus dem Süden in Truppen des Nordens einbezogen. Die Truppenstärke des Südens erreicht mit 556000 Mann ihren Höchststand; der Norden hat 918000 Mann unter Waffen. Im Süden hatten die Sklavenhalter bereits 1862 die ,,allgemeine Wehrpflicht'' unter den Weißen eingeführt. Besitzer von mehr als 20 Sklaven sind davon ausgenommen. Am 3.3.63 beschließt der Kongreß im Norden ebenfalls die allgemeine Wehrpflicht; gegen Zahlung von 300 $ oder die Stellung von ,,Vertretern'' können sich die Kapitalisten freikaufen. Das Heer des Nordens bleibt wesentlich Freiwilligenheer.

Während die Südtruppen in Virginia weiter in schweren Schlachten angegriffen werden, sich aber in dem gebirgigen und von zahlreichen Flüssen durchzogenen Gelände halten können, erobert der Norden im Juli die Kontrolle des Mississippi. Im Laufe des Jahres kommt die Waffenproduktion des Nordens auf Hochtouren, die Überlegenheit des Südens bei der Artillerie wird überwunden. Der rasche Ausbau der Eisenbahn, bei dem das Kriegsministerium bis zu 11000 Arbeiter einsetzt, sorgt für zügige Versorgung und Transport der Truppen.



Fast 200000 entlaufene Sklaven hatten sich bis Ende des Krieges den Truppen des Nordens angeschlossen. Bild: Staatsmiliz aus New York.

sult gegen Mason und Slidell während ihrer Anwesenheit in London vermeiden müsse.

Herr *Nichols*, ein Bewohner ,,*des äußersten Nordens* der Vereinigten Staaten'', wie er sich ankündigte, in der Tat als Advocatus Diaboli von Herren Yancey und Mann auf das Meeting entsendet, protestierte gegen den Antrag.

,,Ich bin hier, weil hier Redefreiheit herrscht. Bei uns zu Hause hat die Regierung seit drei Monaten keinem Menschen erlaubt, den Mund aufzutun. Die Freiheit ist nicht nur im Süden, sondern auch im Norden zermalmt worden. Der Krieg hat viele Feinde im Norden, aber sie wagen nicht zu sprechen. Nicht weniger als zweihundert Zeitungen sind unterdrückt oder vom Pöbel zerstört worden. Die Südstaaten haben dasselbe Recht, vom Norden zu sezedieren, das die Vereinigten Staaten hatten, von England abzufallen.''

Trotz der Beredsamkeit des Herrn Nichols ging der erste Antrag einstimmig durch ... Herr Beales widerlegte Nichols in einer ausführlichen Rede und stellte dann einen zweiten Antrag dahin:

,,In Anbetracht der schlechtversteckten Anstrengungen der ‚Times' und anderer irreleitender Journale, die englische öffentliche Meinung über alle amerikanischen Angelegenheiten falsch darzustellen, uns auf beliebige Vorwände hin in Krieg mit Millionen unsrer Blutsverwandten zu verwickeln, die augenblicklichen Gefahren der Republik zur Verleumdung demokratischer Institutionen zu mißbrauchen – betrachtet dieses Meeting als die ganz besondere Pflicht der Arbeiter, da sie im Senat der Nation nicht repräsentiert sind, ihre Sympathie mit den Vereinigten Staaten in ihrem gigantischen Kampf für die Aufrechterhaltung der Union auszusprechen, die schmähliche Unehrlichkeit und Sklavenhalterei-Advokatur der ‚Times' und verwandter aristokratischer Journale zu denunzieren; den emphatischesten Ausdruck zugunsten der strengsten Nicht-Interventions-Politik in Angelegenheiten der Vereinigten Staaten zu geben, zugunsten der Schlichtung aller etwaigen Streitfälle durch von beiden Seiten ernannte Kommissäre oder Schiedsgerichte; die Kriegspolitik des Organs der Börsenschwindler zu denunzieren und die wärmste Sympathie an den Bestrebungen der Abolitionisten für eine schließliche Lösung der Sklavenfrage kundzugeben.''

1864 – 65: Die Eroberung Georgias bricht die Rebellion der Sklavenhalter

z.rül. Im Laufe des Jahres 1864 verstärken die Volksmassen im Norden ihren Druck auf die Regierung, die allgemeine Aufhebung der Sklaverei zu verkünden. Republikanische Klubs, die bereits in den Vorjahren gegründet wurden und für die vollständige Aufhebung der Sklaverei eintreten, weiten sich auf das ganze Land aus. Unter diesem Druck ordnet Lincoln den kriegsentscheidenden Angriff auf Georgia an. General Shermann fällt mit einem 100000-Mann-Heer ab 7. Mai in Georgia ein. Auf ihrem Marsch auf die Hauptstadt Atlanta, die am 2.9. in ihre Hände fällt, verwüsten die Truppen systematisch das Land, während die Truppen des Südens unter General Lee durch ständige Angriffe in Virginia gebunden sind. Am 8.11. wird Lincoln erneut zum Präsidenten gewählt. Sechs Wochen später erreicht Shermann die südliche Atlantikküste und besetzt die Hafenstadt Savannah. Damit ist der Süden in drei voneinander getrennte Gebiete zerschnitten: in die Staaten westlich des Mississippi, die Staaten zwischen Mississippi und Georgia und die nördlich von Georgia. Anfang 1865 brechen schwere Unruhen in den Südstaaten gegen Lebensmittelspekulanten aus. Durch die Massenflucht von Sklaven steht die Sklavenhalterwirtschaft vor dem Zusammenbruch. Die Versorgung der Truppen mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Munition kann nicht mehr gesichert werden. Am 9. April muß sich General Lee mit 54000 Mann ergeben, nachdem er zuvor von doppelt so starken Truppen des Nordens bei Petersburg in Virginia geschlagen wurde. Auch die Ermordung Lincolns am 14. April kann die Sklavenhalterstaaten nicht mehr retten. Shermann, der seit Anfang des Jahres mit seinen Truppen durch Carolina nach Norden zieht, zwingt am 26. April das zweite große Heer des Südens unter General Johnsten zur Kapitulation. Am 26. Mai ist der Bürgerkrieg beendet. Das Gesetz zur allgemeinen Aufhebung der Sklaverei in den USA tritt am 18. Dezember als 13. Verfassungszusatz in Kraft.



Seit 1863 war der Norden durch seine industrielle Produktion auf allen Waffengebieten überlegen. Bild: 12pfündige Geschütze ,,Napoleon''.

Die erste Schlacht für die Vier Modernisierungen konnte 1979 gut begonnen werden

z.frb. Noch Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres wird der 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas einberufen werden. Im Februar hatte das Zentrale Komitee die vorzeitige Einberufung des Parteitages beschlossen. Einer der Tagesordnungspunkte lautet: „Grundzüge eines Perspektivplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft". Kürzlich wurden die ersten Ergebnisse über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1979 veröffentlicht. Sie sind in einem Bericht des Staatsrates an den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses enthalten und sind mittlerweile auch in der „Beijing Rundschau" abgedruckt. 1979 war das erste Jahr der auf einen Zeitraum von drei Jahren veranschlagten Periode der Regulierung, Umgestaltung, Konsolidierung und Hebung des Niveaus der Volkswirtschaft. Es ist dies nach den ersten zwei Jahren seit der Zerschlagung der „Viererbande", in denen die Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft im Vordergrund stand, die erste Schlacht für die vier Modernisierungen.

In dem Bericht über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1979 wird festgestellt, daß alle wichtigen Planziffern gut oder verhältnismäßig gut erfüllt wurden (vgl. Tabelle). Der Bruttoproduktionswert der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion erreichte 617,4 Mrd. Yuan (umgerechnet nach Devisenkurs ca. 716 Mrd. DM), das waren 8,2 Prozent mehr als 1978. Im Jahr zuvor war der Bruttoproduktionswert um 12,3 Prozent gestiegen. Der Plan 1979 wurde zu 101,5 Prozent erfüllt. Das Nationaleinkommen stieg – bereinigt um die Preiserhöhung im vergangenen November) um 7% in Jahresrate; es war 1978 um 12 Prozent gestiegen und war 1977 um 8 Prozent gestiegen. Im laufenden Jahr 1980 soll die gesamte industrielle und landwirtschaftliche Produktion um 5,5% steigen, 3,8% die Landwirtschaft, 6% die Industrie. Diese Steigerungsraten sind etwas niedriger als in den Jahren 1977 und 1978, und die Pläne waren zuvor an realistische Ziele angepaßt worden, aber die höheren Raten der ersten beiden Jahre nach der Zerschlagung der „Viererbande" gingen auch von einer Lage aus, in der die Wirtschaft in weitgehende Stagnation getrieben worden war. Jetzt geht es vor allem darum, ein proportionelles Wachstum zu ermöglichen.

aus, in der die Wirtschaft in weitgehende Stagnation getrieben worden war. Jetzt geht es vor allem darum, ein proportionelles Wachstum zu ermöglichen.

Ende 1978 hatte die III. Plenartagung eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt, um die Produktion, Zirkulation und Verteilung zu regulieren, das Chaos weiter zu beseitigen und verschiedene verschleppte Probleme zu bereinigen. So wurde festgelegt, daß die Hauptkraft gegenwärtig auf die Landwirtschaft zu konzentrieren sei, daß das sozialistische Prinzip „Jedem nach seiner Leistung" angewendet werden muß, daß die Volkskommunen die drei Stufen Kommune, Produktionsbrigade, Produktionsgruppe mit der Produktionsgruppe als grundlegender Rechnungseinheit unbedingt einhalten müssen, daß die übermäßige Konzentration in der Wirtschaftsverwaltung abgebaut werden soll, daß die Rolle des Wertgesetzes beachtet werden soll. Die Tagung hatte vorgeschlagen, die staatlichen Ankaufpreise für Getreide um 20% zu erhöhen und die Preise für das über den Plan hinaus aufgekaufte Getreide um weitere 50% zu erhöhen. Dadurch sollten die Bauern, denen für ihre Produkte bei spontaner Wirkung des Wertgesetzes weniger als der Produktenwert gezahlt wird, mehr Mittel für ihren persönlichen Verbrauch und mehr Mittel für Investitionen erhalten, wenngleich Akkumulation im wesentlichen aus der industriellen Produktion der Volksmassen, Ölmühlen, Düngemittelfabriken usw. stattfinden muß. Den Fabrikarbeitern wurde zum Ausgleich der höheren Preise für Nahrungsmittel eine Lohnerhöhung gezahlt.

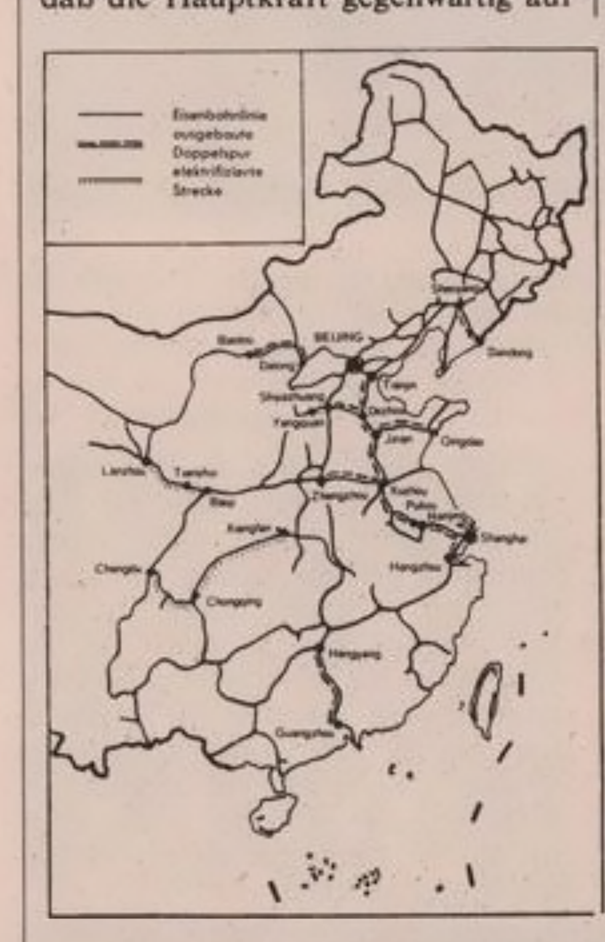


Hua Guofeng mit Abgeordneten des Nationalen Volkskongreß, 31.8.1978

In der zweiten Hälfte des letzten Jahres schließlich wurde die Regulierung als nächste Aufgabe festgelegt. Genosse Hua Guofeng führte diese Leitlinie auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses näher aus. Die Regulierung der Wirtschaft soll die durch langjährige Sabotage verursachten Ungleichgewichte beseitigen. Vor allem geht es um das Ver-

Nationalen Volkskongresses näher aus. Die Regulierung der Wirtschaft soll die durch langjährige Sabotage verursachten Ungleichgewichte beseitigen. Vor allem geht es um das Ver-

hältnis von Landwirtschaft und Industrie, von Leichtindustrie und Schwerindustrie, innerhalb der Schwerindustrie sowie zwischen Akkumulation und Konsumtion. Daraus ergibt sich als Aufgabe: Erstens das Hauptgewicht auf die Landwirtschaft legen. Zweitens soll die Leicht- und Textilindustrie das Wachstumstempo der Schwerindustrie einholen und etwas überholen. Drittens muß innerhalb der Schwerindustrie vor allem die Kohle-, Elektrizitäts-, Erdöl- sowie die Transportmittel- und Baumaterialindustrie entwickelt werden. Viertens muß das Konsumtionsniveau des Volkes auf der Grundlage der Entwicklung der Produktion erhöht werden. Dies bedeutet die Regulierung, die grundlegend ist, während die Reform zweitrangig ist. Die Verwaltungsstruktur soll reformiert, die bestehenden Betriebe sollen reorganisiert und das Niveau der wirtschaftlichen Arbeit soll erhöht werden. Dies sind die Richtlinien und Aufgaben, die das ZK der Kommunistischen Partei Chinas für die nächste Zeit vorgeschlagen hat, und die die Volksmassen Chinas ausführen. Die ersten Ergebnisse des Jahres 1979 lassen erkennen, daß die Ziele realistisch sind und dem weiteren Aufbau des Sozialismus eine sichere Basis verleihen.



Einige wichtige Produktionsmengen

	1977	1978	1977/78 in %	1979	1978/79 in %
Kohle (Mio. t)	550	618	12,4	620	0,3
Rohöl (Mio. t)	93,64	104,05	11,1	106,1	2,0
Elektrizität (Mrd. kWh)	223,4	256,55	14,8	270	5,2
Walzstahl (Mio. t)	16,33	22,08	35,2	23,77	7,7
Roheisen (Mio. t)	25,05	34,79	38,9	34,95	0,5
Stahl (Mio. t)	23,74	31,78	33,9	34,48	8,5
Baumwollgarn (Mio. Ballen)	12,29	13,28	8,1	–	–
Getreide (Mio. t)	282,75	304,75	7,8	324,9	6,6
Baumwolle (Mio. t)	2,05	2,17	5,9	2,21	1,8
Ölpflanzen (Mio. t)	4,02	5,22	29,9	6,43	23,2
Schweine (Jahresende, Mio.)	291,78	301,29	3,3	–	–

Lehrlingsausbildung und Weiterbildung in China im Zuge der Modernisierung

z.thh. Die Modernisierung Chinas erfordert einen umfassenden Stamm an qualifizierten Arbeitern, Bauern, Wissenschaftlern, Technikern und Verwaltungsfachleuten. In dieser Hinsicht gibt es gegenwärtig große Probleme: die Aufnahmekapazitäten der Hochschulen sind zu gering, Berufs- und Fachschulen werden gerade erst wieder eingerichtet, und die Lehrlingsausbildung (im eigentlichen Sinne des Wortes) wird jetzt erst wieder eingeführt.

Insgesamt kann sich China derzeit nur auf einen zahlenmäßig kleinen Stamm von erfahrenen qualifizierten Facharbeitern und Experten stützen, die zudem überwiegend in den großen Industriezentren konzentriert sind.

Während der Kulturrevolution wurde die Lehrlingsausbildung im wesentlichen eingestellt. Arbeiter, die in dieser Zeit ausgebildet wurden, berichten, sie hätten so gut wie kein technisches Wissen vermittelt bekommen, seien lediglich an einer Maschine *angelernt* worden und hätten sich nur mit „Politik" beschäftigen können. Entsprechend ist heute das Niveau der jüngeren Arbeiter, was zu Erscheinungen führt, wie, daß Arbeiter, die bereits 10 Jahre in ihrer Fabrik arbeiten, immer noch nicht selbständig an den neuen Maschinen arbeiten dürfen, weil die älteren Arbeiter, die Meister, ihren Fähigkeiten mißtrauen (Zhongguo Qingnianbao 3.1.80).

Entsprechend sieht es mit den jüngeren Technikern aus, den sogenannten „Arbeiter-Bauern-Soldatenstudenten" aus der Zeit der Kulturrevolution, die immer dafür gelobt wurden, daß sie lieber auf dem Feld arbeiten, als ihre Zeit in Hörsälen zu „verschwenden", und von denen behauptet wurde, ein Buch von Mao sei zehnmal nützlicher für sie als eine Bibliothek mit Fachliteratur.

Heute klagt die Presse darüber, daß keine Fabrik sie haben will und Untersuchungen ergeben haben, daß sie größtenteils als Hilfsarbeiter eingesetzt werden (so Zhongguo Qingnianbao 26.2.80, Renmin Ribao 8.3.80, Beijing Ribao 4.4.80). Partei und Regierung haben deshalb beschlossen, in erster Linie die Fort- und Weiterbildung des bestehenden Arbeiter- und Technikerstamms zu fördern und die Sekundarausbildung zu reformieren.

Zur Reform der Aus- und Weiterbildung

Das Problem in seiner allgemeinen

Zur Reform der Aus- und Weiterbildung
Das Problem in seiner allgemeinen

Form hatte Hua Guofeng bereits auf der Nationalen Wissenschaftskonferenz im März 1978 dargelegt: „Arbeiter ohne wissenschaftliche und kulturelle Kenntnisse, die die neuen Produktionstechniken nicht beherrschen, können schwerlich die moderne industrielle Produktion handhaben." (Beijing Rundschau 13/78, S.9).

In der Renmin Ribao vom 12.8.78 sagte Yuan Baohua, stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission, 1962 habe es in China 1200 technische Fachschulen gegeben, die nach 1966 fast alle geschlossen worden seien. Zwar sei in den letzten Jahren wieder eine Reihe von Fachschulen geöffnet worden, aber das Niveau des Unterrichts und der Schüler sei stark gesunken. Die Studentenzahl an den Freizeitschulen habe 1965 410000, 1972 nur noch 13000 betragen, an den Freizeit-Mittelschulen habe es 1965 6,5 Millionen Schüler, 1972 nur noch 690000 gegeben. Der überwiegende Teil der technischen Fachliteratur habe in den letzten 10 Jahren auf dem Index gestanden, und fast alle wissenschaftlich-technischen Informationszentren seien aufgelöst gewesen. Es habe so gut wie keine Möglichkeit gegeben, sich über in- oder ausländische technische Neuentwicklungen zu informieren oder an in- bzw. ausländische Fachzeitschriften heranzukommen. Techniker und Arbeiter seien von den Informationen über die neue technische Entwicklung abgeschnitten gewesen.

Zur Lösung des Problems schlug Yuan vor:

– Ausbildung der Parteikomitees in Wissenschaft und Technik;
– fachliche Qualifikationsprüfungen, deren Ergebnis eines der Kriterien bei Lohneinstufungen, Höherstufungen und Lohnerhöhungen sein solle;
– Erstellung von Ausbildungsplänen in den Betrieben; diesem Plan entsprechend müßten alte und neue Arbeiter einen Vertrag miteinander schließen, gerade wie Meister und Lehrlinge, in dem sich der alte Arbeiter verpflichte, dem neuen sein Fachwissen zu vermitteln, und der junge, sich dieses Fachwissen anzueignen;
– Ausbau der technischen Hochschulen, der technischen Mittelschulen; Wiedereröffnung der verschiedenen von Fabriken betriebenen Hochschulen, Freizeithochschulen und -mittelschulen; Einführung von Lehrgängen.

Auf dem X. Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes sagte dann Han Ying, Erster Sekretär des ZK des Kommunistischen Jugendverbandes, in etwa acht Jahren müßten die Jugendlichen auf dem Land zumindest das kulturelle Niveau der unteren Stufe der Mittelschule erreichen und die rund 13 Millionen Jungarbeiter in rund fünf Jahren Freizeit-Studium ausnahmslos das Niveau von Absolventen der höheren Stufe der Mittelschule und zum Teil das Niveau von Hochschulabsolventen (Zhongguo Qingnian 3/78, S.10).

Dies wurde später noch dahingehend präzisiert, daß bis 1985 die Arbeiter im allgemeinen das Niveau von Absolventen der oberen Mittelschule besitzen und ein Viertel von ihnen das technische Niveau der Arbeiter der Stufe 7 (es gibt – je nach Qualifikation – 8 Lohnstufen, wobei die achte die höchste ist).

Freizeitbildung

Auf einem Forum der Staatlichen Wirtschaftskommission im Mai 1979 wurde ein Ausbildungsprogramm vorgelegt, das vorsieht, daß in den drei kommenden Jahren (der Regulierungsperiode der Volkswirtschaft) die Arbeiter und Kader aller Betriebe Ausbildungskurse absolvieren sollen. Dies soll in Form von Schnellkursen oder Vollzeitkursen geschehen. (Gongren Ribao 29.5.80)

Eine Nationale Konferenz über Arbeiterbildung beschloß dann, daß 30 Millionen junge Arbeiter der 100 Millionen chinesischen Arbeiter eine Weiterbildung erhalten sollen. Diese jungen Arbeiter sollen in den nächsten fünf Jahren auf das Niveau von Absolventen der Mittelschule unterer Stufe gehoben werden. Ziel soll es ein, die Arbeiter besser auf die technischen Anforderungen in ihrem Beruf vorzubereiten. (Dies bedeutet eine Änderung gegenüber den oben dargelegten Zielsetzungen.)

Heute haben 70–80% der chinesischen Arbeiter immer noch keine Mittelschulausbildung, und ⅔ davon sind Hilfsarbeiter (Xinhua News Bulletin,

setzungen.)
Heute haben 70–80% der chinesischen Arbeiter immer noch keine Mittelschulausbildung, und ⅔ davon sind Hilfsarbeiter (Xinhua News Bulletin,

25.12.79). Nur 3% arbeiten als Techniker.

Aus diesen Zahlen ergibt sich bereits die dringende Notwendigkeit solcher Maßnahmen. Verdeutlicht wird dies noch durch einen Leserbrief an die Renmin Ribao, veröffentlicht in der Ausgabe vom 21.1.80. Dort heißt es über ein Bergwerk mit über 4000 jungen Arbeitern, über 80% hätten nicht einmal den Abschluß der unteren Stufe der Mittelschule, und 700–800 seien Analphabeten. Gerade der chaotische Zustand während der Kulturrevolution, wo nichts mehr gelernt wurde, hat die Zunahme des fast erloschenen Analphabetismus stark begünstigt. Um hier Abhilfe zu schaffen, ist man seit dem Sturz der Viererbande bemüht, besonders Freizeit-Berufsschulen aufzubauen. Gegenwärtig nehmen 500000 Arbeiter aus Industriebetrieben an Hochschulkursen teil, davon 200000 an Freizeitschulen. 100000 studieren voll (d.h., sie sind bei vollem Lohn beurlaubt), und 200000 studieren über die zentrale Fernsehhochschule (Xinhua, 25.12.79). Auf dem Ölfeld Daqing gibt es Halbjahreskurse, Jahreskurse und Zweijahreskurse, die bereits von 24000 Arbeitern und Angestellten durchlaufen wurden. Das Ölfeld verfügt über 2080 Freizeitschulen und führte von Januar bis Oktober 1979 4480 Kurse durch, an denen über 90% der Arbeiter teilnahmen. Die Lehrer sind Ingenieure und Techniker des Ölfelds sowie örtliche Lehrer. Studiert wird zwei Abende pro Woche, und nach erfolgreicher Prüfung besteht auch die Möglichkeit, an eine höhere Lehranstalt zu gehen (Xinhua, 8.10.79).

600000 Arbeiter waren Ende letzten Jahres an den 29 Telekollegs in ganz China eingeschrieben. Die Zeitschrift Renmin Jiaoyu (Volkserziehung) berichtet in ihrer Novembernummer (1979): In der Stadt Weifang in der Provinz Shandong z.B. stehen den 60000 Arbeitern nur 1000 Techniker gegenüber. 3000 weitere werden dringend benötigt. Nach dem gegenwärtigen Ausbildungssystem der Stadt würde es 100 Jahre dauern, bis diese 3000 Techniker ausgebildet wären. Dies beweist, wie notwendig es ist, neue Formen der Aus- und Weiterbildung zu finden.

Ein Vorbild in dieser Hinsicht ist die Bergbaustadt Fushun in der nordostchinesischen Provinz Liaoning. Hier wurden von September bis Dezember 1979 23 neue Berufsbildungsschulen eröffnet für die Ausbildung von Facharbeitern. Die meisten dieser Schulen wurden in den Räumen von oberen Mittelschulen untergebracht. Die oberen Mittelschulen wurden deshalb in Berufsbildungsschulen umgewandelt, weil ohnehin nur 2–3% der regulären Mittelschulabsolventen die Möglichkeit haben, eine Universität oder eine Hochschule zu besuchen, die überwiegende Mehrheit dagegen in den Fabriken und Bergwerken arbeitet, während sie auf diese Arbeit in keiner Weise technisch vorbereitet wurden, andererseits aber dringend Techniker und Facharbeiter gebraucht werden. Die Berufsbildungsschulen haben unter anderem Klassen für Bergbau, Metallverarbeitung, Ingenieurwesen, Landwirtschaftsmaschinen und Brauereiwesen (Guangming Ribao 10.2.80). Für die Freizeitbildung sind die Betriebe im wesentlichen selbst verantwortlich.

Allerdings gibt es auch Probleme bei der Durchführung des Freizeitbildungsprogramms. So heißt es in dem oben erwähnten Leserbrief über ein Bergwerk (Renmin Ribao, 21.1.80), die Betriebsleitung unternehme praktisch nichts für die Weiterbildung der Arbeiter. Ihrer Meinung nach genüge Kraft zur Betreibung eines Bergwerks, Bildung und technisches Wissen seien überflüssig. Und die Beijing Ribao vom 30.1.80 schreibt, in einigen Betrieben, besonders in Kleinbetrieben, werde die Freizeitbildung vernachlässigt, weil die Leitung fürchte, dies beeinträchtige die Produktion.

Sekundarbildung

Ein Artikel in der Beijing Ribao vom 14.10.79 befaßt sich mit den Problemen in der Sekundarbildung. Gegenwärtig würden allein in Beijing rund 200000 Abiturienten ausgebildet, während die Beijinger Hochschulen nur etwa 10000 Studenten aufnehmen könnten. Der überwältigenden Mehrheit der Studenten habe also eine Arbeit zugewiesen werden müssen. Doch diese Leute seien für das Berufsleben nur

ten. Der überwältigenden Mehrheit der Studenten habe also eine Arbeit zugewiesen werden müssen. Doch diese Leute seien für das Berufsleben nur

schlecht ausgebildet. Andererseits bestehe in den Betrieben ein enormer Bedarf an Technikern, der nicht gedeckt werden könne.

Vor der Kulturrevolution habe es in Beijing 41 Berufsschulen gegeben, die eine Ausbildung auf verschiedenen Gebieten vermittelt und jährlich rund 30000 Berufsschüler aufgenommen hätten. Ferner habe es 79 technische Fachschulen gegeben, die jährlich 10000 neue Schüler aufgenommen hätten. 1966 hätten alle diese Schulen den Unterricht einstellen müssen. Heute seien sie zwar zum Teil wieder geöffnet, doch hätten sie längst nicht das frühere Niveau erreicht. Heute hätten diese Schulen nur 10000 Schüler gegenüber 40000 vor der Kulturrevolution.

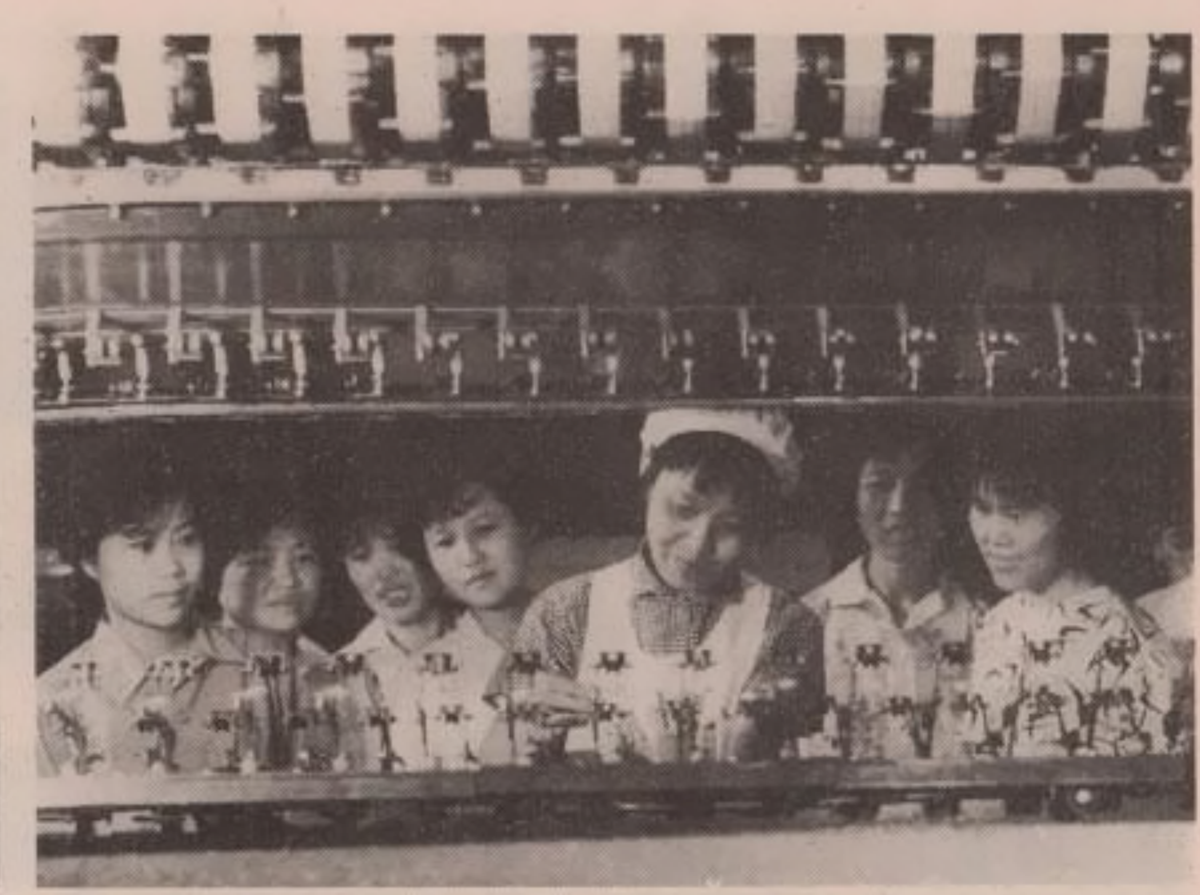
Der Mangel an Fachkräften erfordere dringend eine Reform des Sekundarschulbereiches. Folgende Vorschläge wurden u.a. gemacht:

1. Die Zahl der regulären Sekundarschulen muß verringert und den gegenwärtigen Bedingungen angepaßt werden. Heute sei die Einführung der Sekundarschule mit Oberstufe für alle undurchführbar. Und der Stundenplan der regulären Sekundarschulen müsse dahingehend geändert werden, daß auch ein gewisses Maß an Berufsausbildung vermittelt werde.
2. Der Bereich der Berufsschulen jeder Art und der technischen Fachschulen müsse ausgebaut werden. Dieser Ausbildungsbereich müsse schnellstens auf den früheren Stand gebracht werden, erst dann könne man daran denken, die allgemeine Sekundarschule einzuführen.

Dieser Artikel zeigt, daß auch im Bereich der Schulausbildung jetzt Änderungen vorgenommen werden müssen und sollen. Nach der jahrelangen Bildungsfeindlichkeit in der Kulturrevolution wurde der Schwerpunkt einseitig auf den Ausbau der regulären Sekundarschulen gelegt, während der gesamte Berufsschul- und Fachschulbereich vernachlässigt wurde.







Lehrlingsausbildung an der Maschine in der Beijinger Werkzeugmaschinenfabrik Nr. 1 – Die technische Fachschule derselben Fabrik – Die national bekannte Textilarbeiterin Hu Jiangying der Huzhou Seidenfabrik in der Provinz Zhejiang hilft jungen Arbeiterinnen, ihre technischen Fertigkeiten zu erhöhen.

Lehrlingsausbildung in der Beijinger Werkzeugmaschinenfabrik Nr. 1

Die Lehrlingsausbildung wird in der Presse praktisch nicht behandelt, wodurch auch zum Ausdruck kommt, daß sie – zumindest bisher – vernachlässigt wurde. Unsere Gespräche mit der Gewerkschaft zeigten, daß man in dieser Hinsicht einerseits erst am Anfang steht, andererseits das Problem bereits im Vorfeld anpacken will, nämlich an der Schulausbildung (Ausbildung an Fachschulen anstelle einer traditionellen Lehre).

Mehr über die Lehrlingsausbildung haben wir in der Beijinger Werkzeugmaschinenfabrik Nr. 1 erfahren, in dieser Hinsicht ein Modellbetrieb. Es gibt zwei Formen der Ausbildung: Lehrlingsausbildung und Fachschulausbildung.

Die Lehrlinge (zur Zeit 240) sind Kinder von pensionierten oder verstorbenen Belegschaftsangehörigen, die den Arbeitsplatz ihres Vaters oder ihrer Mutter übernehmen, oder werden vom Arbeitsamt zugewiesen. Die meisten sind Absolventen der unteren Stufe der Mittelschule.

Je nach den technischen Anforderungen des jeweiligen Berufs dauert die Lehrzeit 1, 2 oder 3 Jahre.

Normalerweise wird ein Vertrag zwischen einem Meister und einem Lehrling geschlossen, in dem entsprechend den staatlichen Bedingungen festgelegt ist, was der Lehrling nach Abschluß der Lehre können muß. Die Meister vermitteln den Lehrlingen eine praktische Ausbildung, daneben besuchen sie noch technische Kurse, durchgeführt von Technikern der Fabrik. Die Lehre wird mit einer theoretischen und praktischen Prüfung abgeschlossen, die bei Bedarf nach drei Monaten wie-
Lehre wird mit einer theoretischen und praktischen Prüfung abgeschlossen, die bei Bedarf nach drei Monaten wie-
derholt werden kann. Den staatlichen Bestimmungen zufolge müssen die Lehrlinge bei der Absolvierung praktische Kenntnisse wie die Arbeiter in Stufe 4 und theoretische Kenntnisse wie die Arbeiter in Stufe 3 haben. (Die Lehrlinge verdienen im 1. Lehrjahr monatlich 20, im zweiten 22 und im dritten 24 Yuan; dazu kommen noch je 5 Yuan Teuerungszulage pro Monat (seit 1.11.79 infolge der Preiserhöhungen) und jährliche Zuschüsse für Kleidung, Wohnung, Bus).

Die Schüler der Fachschule setzen sich aus Absolventen der oberen Mittelschule zusammen. Sie werden von der Stadt Beijing nach einer Prüfung der Schule zugewiesen. Diese Schule wird von der Fabrik im Auftrag der Stadt betrieben und von der Fabrik finanziert. Die Schulzeit umfaßt normalerweise zwei Jahre. Es wird hauptsächlich in der Schule gelernt, bei gleichzeitigem Praktikum in der Fabrik (zur Zeit zwei Klassen mit 80 Schülern).

In der Praxis hat sich gezeigt, daß die Absolventen der Fachschule den von Meistern ausgebildeten Lehrlingen theoretisch und praktisch überlegen sind. In den Fachschulen, in denen nach dem staatlichen Lehrplan unterrichtet wird, eignen sich die Schüler systematisch Kenntnisse an, und was sie an Theorie gelernt haben, können sie dann beim Praktikum in der Praxis erproben. Die Meister dagegen unterweisen die Lehrlinge vorwiegend auf praktischem Gebiet.

Während die Lehrlinge nach der Ausbildung alle übernommen werden, bleiben nur 70% der Fachschüler in der Fabrik. Die ehemaligen Fachschüler machen nach der Absolvierung der Schule noch ein Praktikum von ½ Jahr und werden dann Facharbeiter der Stufe 2, während die Lehrlinge nach Abschluß nur in Stufe 1 sind, was ausdrückt, daß die ehemaligen Fachschüler als qualifizierter eingeschätzt werden.

Unter den Jugendlichen gibt es die Tendenz, keine Lehre zu machen, sondern als ungelernte Arbeiter zu arbeiten, weil sie so gleich mehr verdienen (40–50 Yuan). Im letzten Jahr wurden allerdings nur 12 Hilfsarbeiter eingestellt. Diese Arbeiter haben aber die Möglichkeit, sich später in den Fabrikfreizeitschulen weiterzubilden. In Zukunft sollen alle Lehrlinge in der Fachschule ausgebildet werden, weil solche Arbeiter qualifizierter sind.

Die Fortbildung in dieser Fabrik

Es gibt drei Formen: Fortbildungskurse, Freizeitfachschule und 21.-Juli-Arbeiterhochschule.

Die gesamte Belegschaft soll rotationsmäßig eine Weiterbildung erhalten, wofür die Arbeiter gruppenweise von der Produktion freigestellt werden. Jeder Kurs dieser Art hat 150 Teilnehmer. Im letzten Jahr haben 300 Arbeiter solche viermonatigen Kurse absolviert. Pro Jahr sollen drei Kurse à vier Monaten stattfinden. Auch die Kader werden vom Werkhallenleiter aufwärts 2 ½ Tage pro Woche im Management ausgebildet.

Die Studienzeit an der 21.-Juli-Arbeiterhochschule dauert 3 Jahre. Die Bewerber müssen sich einer Prüfung unterziehen, wobei nur die besten aufgenommen werden. Wer nicht älter als 30 ist und mindestens drei Jahre gearbeitet hat, kann sich bewerben. Der Abschluß der oberen Stufe der Mittelschule (Abitur) bzw. das Niveau dieses Abschlusses (kann durch Selbststudium erreicht werden) ist allerdings erforderlich.

Insgesamt gibt es 22 Fächer (wie Maschinenbau, Materialkunde, techni-
Insgesamt gibt es 22 Fächer (wie Maschinenbau, Materialkunde, techni-
sches Zeichnen). Die Ausbildung umfaßt Theorie wie Praxis. Die Studenten erhalten während der Studienzeit weiter ihren Lohn. Die Absolventen arbeiten dann als Techniker und sind dem Universitätsabsolventen gleichgestellt.

Allerdings überprüft der Staat gegenwärtig, ob die 21.-Juli-Arbeiterhochschulen effektiv sind oder nicht. Sollte sich herausstellen, daß sie nicht besonders effektiv sind, sollen sie durch andere, bessere Formen ersetzt werden. Die Freizeitschulen stehen generell jedem Arbeiter offen, und dort kann er neben fachlichen Kursen auch Sprachen u.a. lernen.

Die angeführten Daten ergeben, daß China, um seine Modernisierung verwirklichen zu können, so schnell wie möglich eine große Zahl von qualifizierten Facharbeitern und Technikern braucht. Dazu bedarf es allerdings vielfach erst einmal einer Grundbildung (u.a. Lesen und Schreiben), wie die folgenden Berichte zeigen, und einer Reform der Sekundar- wie der Freizeitbildung. Die Gewerkschaften, die die Hauptrolle dabei spielen müssen, haben gerade erst angefangen, diese Aufgabe anzupacken. Dabei ist zugleich ein Vielzahl von Problemen zu überwinden, wie die vielerorts vorhandene Resignation der Generation aus der Kulturrevolution, der Mangel an Räumlichkeiten, an Lehrmaterial usw.

Wichtig ist, daß nicht nur eine kleine Elite qualifiziert werden soll, sondern, wie die Partei immer wieder hervorhebt, das ,,Bildungswesen der gesamten chinesischen Nation'' gehoben werden soll. Auch der Begriff ,,rot und fachkundig'' wurde nicht fallengelassen, wenn er heute allerdings auch anders interpretiert wird, nämlich: den Sozialismus unterstützen und sich für ihn einsetzen, auch und gerade indem man sich fachlich zu vervollkommnen sucht.

Interview mit einem alten Arbeiter

aus: Gongren Ribao (Gewerkschaftszeitung) vom 18.10.79

Vor dem Nationalfeiertag besuchte ich einen alten erfahrenen Arbeiter. Dieser Arbeiter ist von Beruf Offsetdrucker, in Lohnstufe 7 (der zweithöchsten der acht Lohnstufen). Mit 13 wurde er in diesem Betrieb Lehrling, heute ist er 50 Jahre alt. Er besitzt eine gewisse Bildung, liest gerne Bücher über Geschichte und Zeitungen und interessiert sich für Politik. Wir unterhielten uns zweieinhalb Stunden über die Probleme unseres Landes. Er sagte, das neue China sei nun über 30 Jahre alt, und bei unserem Wirtschaftsaufbau seien bedeutende Erfolge errungen worden. Die Grundlage für die vier Modernisierungen sei also bereits gelegt. Solange man eine gute Führung habe, endlich Schluß mit all den Schwankungen sei, die Betriebe auf richtige Weise geführt würden, könne die Produktion in die Höhe gebracht werden.

Aber seiner Meinung nach gibt es noch eine Fülle von Problemen, die einer Lösung harren. Viele Arbeiter seien darüber unzufrieden, und dies beeinträchtige die Entfaltung ihrer Initiative. Der Arbeiter sagte u.a.:

,,Die Organe in den Betrieben sind zu schwerfällig, ohne Reform geht es da nicht. Unser Betrieb ist heute wie ein ,,Yamen' (ein Beamtentitel der feudalen Zeit, Anm. d. Üb.). Mein Betrieb hat 400 Beschäftigte, über 50 davon sind Kader, die nicht in der Produktion arbeiten. Würden wir die Verwaltungsmethode einführen, die früher mein Kapitalist gehabt hat, die ich als Lehrling kennengelernt habe, dann wären 7 oder 8 solcher Kader sicher genug. Mit den Maschinen, die in unserer Reparaturwerkhalle stehen, könnte
wären 7 oder 8 solcher Kader sicher genug. Mit den Maschinen, die in unserer Reparaturwerkhalle stehen, könnte
man einen neuen großen Betrieb aufmachen. Es gibt alle nur denkbaren Maschinen, nur, keine davon funktioniert. Einige unserer Arbeiter sind Kaderkinder, die durch die ,,Hintertür'' (durch Beziehungen, Anm. d. Üb.) in den Betrieb gekommen sind.

Wir haben heute keine gute Verwaltungsmethode. Ob der Betrieb nun gut betrieben wird oder nicht, der Lohn bleibt eh für alle gleich, die Belegschaft braucht sich darüber nicht den Kopf zu zerbrechen. Wird der Betrieb schlecht geführt, läuft es schlecht, und man will allen etwas abziehen, d.h., daß sich der Stand der Dinge in einem Betrieb auf alle auswirkt, dann schimpfen die Arbeiter und beschweren sich. Ist ein leitender Kader ein Bürokrat, der sich nicht an das Gesetz und die Bestimmungen hält, allem gleichgültig zusieht und von technischen Dingen nichts versteht, dann ist es kein Wunder, wenn er bei den Arbeitern nichts gilt. Ob ein Kader gut oder schlecht ist, das wirkt sich heute allerdings nicht auf die materiellen Interessen der Arbeiter aus, es hat keinen Einfluß auf die ,,Eiserne Reisschüssel'' (d.h., daß jeder einen fest garantierten Arbeitsplatz und Lohn hat, Anm. d. Üb.). Natürlich ist die ,,Eiserne Reisschüssel'' etwas gesellschaftlich Überlegenes, aber das wissen nur wir alten Arbeiter aus Erfahrung. Die alten Arbeiter wissen, wer in der alten Gesellschaft nichts geschafft hat, dessen Reisschüssel war schnell kaputt. Die ,,Eiserne Reisschüssel'' haben wir nicht so leicht erhalten, deshalb arbeiten wir auch heute noch sehr bewußt. Bei den jungen Arbeitern ist das anders. Manche tragen den ganzen Tag nur ihre ,,Eiserne Reisschüssel'' herum, schaffen aber sonst keinen Streich. Will man eine Fabrik gut betreiben, muß man den Arbeitern bestimmte Befugnisse geben: Bist du ein guter Leiter, dann giltst du was bei den Arbeitern, und dann werden sie dich auch wählen; bist du dagegen ein schlechter Kader, dann müssen die Arbeiter die Macht haben, dich aus dem Amt zu entfernen bzw. dann werden sie dich nicht mehr wählen. Ein guter Arbeitsstil der Partei und der Kader ist sehr wichtig. Aber man darf sich nicht ausschließlich auf die ,,Beamten'' stützen, man muß sich vielmehr auf die Massen stützen. Dann läßt sich die Initiative der Arbeiter und Angestellten voll zur Geltung bringen und der Betrieb gut führen.''

Die alten Arbeiter kümmern sich um die Produktion. Die jungen Arbeiter dagegen machen uns Sorgen

,,Die alten Arbeiter kümmern sich in erster Linie um die Produktion. Warum? Weil wir die Herren sind! Auch während der Kulturrevolution haben die alten Arbeiter die Produktion nicht eingestellt. Wir dürfen die Produktion nicht absinken lassen. Wir wollen gute Druckerzeugnisse herstellen, das liegt uns am Herzen. Die älteren Arbeitskollegen unterhalten sich meist über Maschinen, die Produktion, technische Fragen, die Produkte – das interessiert sie.

Aber heute machen sich auch viele Sorgen über den Arbeitsstil einiger Jugendlicher. Zu unserer Lehrzeit haben wir unsere Meister sehr geschätzt, wir haben ihnen sozusagen gedient. Heute ist genau das Gegenteil der Fall. Selbst wenn alles drunter und drüber geht, wagt der Meister nicht, den Lehrlingen
ist genau das Gegenteil der Fall. Selbst wenn alles drunter und drüber geht, wagt der Meister nicht, den Lehrlingen
etwas zu sagen. Die Lehrlinge wollen nichts mehr lernen. Was soll daraus nur werden? Früher war es so: Sobald die Arbeiter an ihren Arbeitsplatz kamen, waren sie wie die Artilleristen an der Front sofort einsatzbereit. Mit Feuereifer gingen sie an die Arbeit, jeder an seinen Platz. Sie haben sich nur um die Arbeit gekümmert und nicht herumgeschwatzt.

Aber wie ist es heute? Nach Arbeitsbeginn liest man Zeitung, hält Schwätzchen, raucht Zigaretten, wäscht Kleider usw. Es geht zu wie in einem Teehaus oder in einer Kneipe. Die alten Arbeiter gehen nach und nach in Rente oder sterben. Ich mache mir Sorgen und frage mich, ob diese jungen Arbeiter dann unsere Arbeit übernehmen können. Das ist wirklich ein ernstes Problem.''

,,Wenn der Arbeitsstil der Partei sich nicht ändert, werden die vier Modernisierungen nur schwer zu verwirklichen sein. Gegenwärtig gibt es da zwar eine gewisse Änderung zum Besseren hin, nur geht das viel zu langsam. Das regt uns Arbeiter ganz schön auf! Früher waren die leitenden Kader unserer Partei sehr gut. Doch während der Kulturrevolution schuf die Viererbande ein heilloses Durcheinander; da gab es die schlimmsten Sachen, von denen ich jetzt nicht sprechen will. Das ist jetzt schon viel besser. Doch als die meisten Kader nach dem Sturz der Viererbande wieder die Arbeit aufnahmen, zeigte sich, daß einige von den üblen Praktiken der Viererbande beeinflußt waren. Deshalb waren die Arbeiter unheimlich sauer. Armut macht uns nichts aus, aber es macht uns viel aus, daß die Kader nicht Freud und Leid mit uns teilen. Kurz nach der Befreiung installierte ich in einer Münzanstalt in Shenyang eine Maschine. Damals gab es für die Arbeiter dort Reis und Fleisch zu essen. Aber die von den alten befreiten Gebieten gekommenen Angehörigen der Achten-Route-Armee aßen Gaoliang, was wesentlich schlechter war. Sie machten alles mit den Arbeitern gemeinsam, trugen schlichte Uniformen aus einfachem Tuch, Uniformen, die voller Ölflecken waren. Wo die Arbeiter waren, da waren damals auch die Kader. Jeden Tag wurde mehr als 10 Stunden hart gearbeitet, aber alle waren mit Eifer bei der Sache. Die Kader machten damals mit Leib und Seele Revolution. Auch nach drei Jahren harter Arbeit ließ sich kein Unterschied zwischen Leiter und einfachen Arbeitern feststellen, und der Arbeitsstil war nach wie vor gut. Die Arbeiter strengten sich an, und es ging voran. Heute spielen sich einige Kader, die eine gewisse Macht haben, ungeheuer auf. Sie tun und lassen, was sie wollen und nehmen sich ungeheure Privilegien heraus. Mit der Revolution haben sie nichts mehr im Sinn. Wenn ich nur daran denke, verläßt mich jeder Mut und ich werde wütend.''

,,Was uns außerdem ärgert, ist die totale Unfähigkeit einiger Kader, die höchstens zu Bürokraten taugen, ansonsten aber Leute ohne Lernbereitschaft und ohne Fähigkeiten sind. Wenn man sich auf solche Leute stützt, wie kann man dann die vier Modernisierungen verwirklichen. Für einen stellvertretenden Parteisekretär unserer Fabrik z.B. ist moderne Produktion ein Fremdwort. Er versteht nicht einmal etwas von konstanten Temperaturen, die in bestimmten Bereichen herrschen müssen; er kennt
nicht einmal etwas von konstanten Temperaturen, die in bestimmten Bereichen herrschen müssen; er kennt
nicht einmal den Unterschied zwischen technologischen Prozessen und Arbeitsvorschriften. Und ein technischer Leiter weiß nicht einmal, wie man eine Klimaanlage richtig einstellt. Die Arbeit eines derartigen Kaders kann ich auch machen, denn ,Abhaken' (ein Dokument der höheren Leitung, nachdem man es gelesen hat, Anm. d. Üb.) kann ich auch. Und wie diese Kader kann ich, wenn Probleme auftauchen, zwei, drei Worte darüber verlieren und ansonsten sagen: ,Das muß man alles zuerst mal gründlich untersuchen'. Wenn solche Leute Kader werden, wie kann man dann eine Fabrik gut betreiben? Auch den Arbeitern gefällt das nicht! Denn kann man so die Vier Modernisierungen verwirklichen? Einige Kader sind völlig untauglich. Sie machen bloß Sprüche, haben von nichts eine Ahnung und denken bei allem nur an sich. Solche Kader können das Steuer nicht herumreißen, taugen nichts für die Vier Modernisierungen.''

Kommentar des Reporters: ,,Die Worte des alten Arbeiters haben mich tief bewegt. Die gegenwärtigen Mißstände machen zwar nur einen Teil unserer gegenwärtigen Gesellschaft aus. Doch in der Praxis, im wirklichen Leben, gibt es sehr viele Probleme, die noch einer Lösung harren. Wir müssen, gestützt auf die breiten Massen, besonders auf die aktiven Teile der Arbeiter, diese Zustände ändern, die Lage in der Gesellschaft verbessern und den Arbeitsstil der Kader ändern. Ich hoffe, daß die Gewerkschaftskader sich unter die Massen begeben, sich mit ihnen beraten, sich ihre Meinungen anhören, ihren Forderungen nachkommen und zu engen Freunden der Massen werden. Ich hoffe, daß die Gewerkschaftsorganisationen wirkliche Vertretungsorgane der Massen werden.''



Forderungen gegen Auslese, für Einheitsschule auf der Hamburger 1. Mai-Demonstration. 15000 beteiligten sich.



1. Mai-Kundgebung in Hannover mit etwa 12000 Beteiligten. Mai-Fest des DGB mit kulturellen Veranstaltungen.



Mai-Demonstration in Westberlin. Beschäftigte der Intern. Bauausstellung-GmbH: Keine Entsendung von BRD-Kriegsschiffen in den Indischen Ozean!

1. Mai 1980 – Politischer Fortschritt der Arbeiterbewegung

z.ges. In Schweden war der 1. Mai direkt Auftakt einer großen Streikbewegung für wirtschaftliche Forderungen der schwedischen Lohnabhängigen. Mit dem 1. Mai traten über 100000 schwedische Arbeiter und Angestellte in den Streik. Schon vor dem 1. Mai hatten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den Kampf aufgenommen. Die schwedischen Kapitalisten und die Regierung wollen die Streikbewegung mit Massenaussperrungen niederschlagen. Auch in anderen Ländern war der 1. Mai nur ein Schritt in anhaltenden Kämpfen.

In Westdeutschland hatte der DGB die Losung aufgestellt: „Einheitsgewerkschaft: unabhängig, stark, erfolgreich. Wir bauen auf unsere Kraft." Diese Losung entsprach den Bedürfnissen der Arbeiterbewegung schon viel besser als die Losungen der letzten Jahre. Die Einheitsgewerkschaft – ein Betrieb, eine Gewerkschaft; auf die Tatsache der Lohnabhängigkeit statt auf Bekenntnisse gegründet – ist in der Arbeiterbewegung unumstritten und wird verteidigt. Unabhängig von fremden Klasseninteressen soll die Gewerkschaft sein und stark in der Durchsetzung der Interessen der Arbeiter und aller Lohnabhängigen. Erfolgreich, – das mußte niemand als Lobhudelei für die bisherige Politik verstehen. Auf die eigene Kraft zu bauen, statt z.B. auf das Parlament ist schon lange die Losung der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung konnte sich an diesem 1. Mai zusammenschließen, ohne in Gegensatz zur Losung des DGB zu geraten. Das ist genutzt worden. Vielfach war die Beteiligung besser als im letzten Jahr. Die einheitlichen Interessen der Arbeiterbewegung kamen in den Transparenten und Sprechchören stärker zum Ausdruck; meist waren es Forderungen nach Arbeiterrechten, aber auch Forderungen zur Unterstützung der unterdrückten Völker wurden mitgetragen und gerufen. Auf manchen Demonstrationen und Kundgebungen wurde die Forderung nach Abschluß eines demokratischen Friedensvertrags erhoben. Mit der drohenden wirtschaftlichen Krise werden sich alle Widersprüche zwischen den Klassen, im Inneren wie international verschärfen. Auch die Widersprüche zwischen den Imperialisten werden sich verschärfen, wodurch die Kriegsgefahr noch mal größer wird, wenn die Arbeiterbewegung nicht politisch Schritt hält.

In manchen Reden, natürlich vor allem wenn SPD-Politiker sprachen, wurde der Entspannung nachgeweint und versucht, den Frieden durch Entspannungsmahnungen heraufzuschwören. Aber das wird den sozialdemokratischen Politikern schon nicht mehr einfach abgenommen. Bei Helmut Schmidt wurde in Stuttgart gepfiffen und er sah sich genötigt, noch einmal drauf zu legen: So hat er lauthals ausgerufen, er werde die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan nächstens direkt gegenüber den sowjetischen Führern erheben, wenn er bald nach Moskau gehe. Dabei ist noch gar nicht heraus, ob er darf. Der Termin aus der UdSSR ist auf Widerruf, und die USA haben sich noch nicht für den Besuch ausgesprochen. Die Volksmassen können sich von dem Besuch sowieso nichts erwarten. Auch in der Außenpolitik ist der Grundsatz richtig ‚Wir bauen auf unsere Kraft', die Kraft der Arbeiterbewegung. Dabei darf man das Nächstliegende nicht auslassen und muß im Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag den Abzug der US-Truppen und den Austritt aus der NATO verlangen. Westdeutschen Zerstörern wird es dann schon schwerer fallen, sich im Indischen Ozean herumzutreiben.

In den kommenden Monaten wird die Inflation weiter an den letzten Lohnerhöhungen nagen und es werden Kämpfe notwendig sein, um überhaupt den Reallohn zu halten. Wenn mit der Krise die industrielle Reservearmee erneut wächst, wird die Durchsetzung politischer Forderungen noch dringlicher: im Kampf gegen die Ausdehnung von Nacht- und Akkordarbeit das Verbot von beidem; die Selbstverwaltung der Versicherungen und die Bezahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten; Steuerfreiheit für 25% des Durchschnittslohns, wie an etlichen Punkten in den Gewerkschaften gefordert. Der 1. Mai hat gezeigt, daß die Durchsetzung solcher Forderungen in den Gewerkschaften vorbereitet wird.

Nach unseren Zählungen hatten die gewerkschaftlichen Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen an die 300000 Teilnehmer. An den Maiveranstaltungen des KBW nahmen rund 3700 Besucher teil: Mit dem 1. Mai konnten 80000 DM zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea gesammelt werden.



Der Block von Krupp/Bochum. Im Ruhrgebiet nahmen etwa 40000 an den Kundgebungen teil, die Hälfte davon in Dortmund (Redner: W. Brandt)



7000 nahmen an der DGB-Kundgebung in München teil. Bestimmend waren Forderungen gegen die Schichtarbeit und für Arbeitszeitverkürzung



IG Druck Stuttgart: Zwei Jahre Auseinandersetzungen sind der Aufstellung der Forderungen vorausgegangen



300 waren auf der DGB-Demonstration in Fürth. Auf der Kundgebung sprach SPD-Landesvorsitzender Rothemund



12000 nahmen an der Demonstration in Frankfurt teil, 20000 an der Kundgebung. Bild: Transparent der Betriebsjugendgruppe Post, Fernmeldeamt 2.